

2025



realist

mittendrin unabhängig selbstbewusst

MAGAZIN 

70. Jahrgang
ISSN 1869-0653 · 2,80 €

Wir leben Realschule

**Ehren-
mitgliedschaft für
Anton Blank**

**Volksantrag „Nicht
ohne unsere
Realschulen!“
beendet**

**Baden-
Württemberg vor
der Landtagswahl**

**Eine Schicksalswahl
für die Realschule?**

**Drei Fragen an
M. Hagel, A. Stoch und
U. Rülke**

**Wir leben
Realschule**

**Anne-Frank-Realschule
Laichingen**

**Realschule
Weil der Stadt**

Landesrealschultag 2025


Inhalt

Editorial	4
Vorwort von Dr. Karin Broszat	6
Titelthema „Wir leben Realschule.“ Der Landesrealschultag 2025	8
Satzungsänderungen	12
In eigener Sache: Beiträge ab 2026	14
Beitrittserklärung	15
Neuer Landesvorstand	16
In Memoriam	20
Neue Landesgeschäftsstelle	21
Ehrenmitgliedschaft für Anton Blank	24
Der digitale Arbeitsplatz	26
Genderzeichen im Behörden-Schriftverkehr	27
Fundstücke	27
Außerschulischer Lernort Frickingen	28
Feuerinsel im Polarkreis	29
Zwischenruf	31
Realschule heute – Was denn noch alles?!?	32
Volksantrag „Nicht ohne unsere Realschulen!“	34
Baden-Württemberg vor der Landtagswahl	
- Eine Schicksalswahl für die Realschule?	36
- Drei Fragen an M. Hagel (CDU), A. Stoch (SPD) und Dr. U. Rülke (FDP)	38 40 42
Dritte Herrenberger Erklärung	44
Realist-Praxistipp: Infos zum Sabbatjahr	46
Tarifverhandlungen 2025/26	47
Wir leben Realschule	48
Ein buntes Mosaik	52
Geburtstage Ehrungen	54
Impressum	54

HOFFNUNG

Hoffnung hintergehet zwar,
Aber nur was wankelmüthig;
Hoffnung zeigt sich immerdar
Treugesinnten Herzen gütig!
Hoffnung senket ihren Grund
In das Herz, nicht in den Mund.

Gottfried Keller



Allen Mitgliedern und Freunden
des Realschullehrerverbands
Baden-Württemberg wünsche ich
von Herzen ein hoffnungsvolles
neues Jahr 2026! ♡

Ihre Karin Broszat

Editorial



Liebe Leserinnen und Leser,

nicht wundern – auch wenn das, zugegebenermaßen, in diesen Zeiten manchmal schwerfällt. Die Ausgabe, die Sie heute in den Händen halten, ist tatsächlich die Ausgabe 2 des Jahres 2025. Wegen aktueller Ereignisse (u. a. Abschluss des Volksantrages Ende November, Landtagswahl 2026) haben wir uns dazu entschieden, die zweite Ausgabe, die eigentlich Mitte Dezember erscheint, auf den Anfang dieses Jahres zu verschieben.

Wundern? Rückblickend habe ich mich im Jahr 2025 das ein oder andere Mal heftig gewundert – manchmal auch mehr. Bildungspolitisch gab es im vergangenen Jahr so manche Ideen, die mich eher fassungslos gemacht haben. Da propagiert doch tatsächlich die Stiftung einer Firma, die in Deutschland tausende von Arbeitsplätzen abbaut (in Bretten wird das gesamte frühere Neff-Werk, gegründet 1877 und schon immer einer der besten Hersteller von Küchengeräten in Deutschland, geschlossen, rund 1000 Menschen verlieren dadurch ihren Arbeitsplatz) im Verbund mit Gemeinschaftsschulbefürwortern das Ende der Realschule in Baden-Württemberg. Diese soll in der „Neuen Sekundarschule“ aufgehen und neben dem Gymnasium die einzige weitere Säule des Schulwesens in Baden-Württemberg bilden. Freudig wird diese Idee von Bündnis 90/Die Grünen und der SPD in Baden-Württemberg begrüßt. Was da an wirtschaftlicher und bildungspolitischer Kompetenz für die „Neue Sekundarschule“ zusammengefunden hat, kann einen nur zum Schaudern bringen. Eigentlich „wundern“ tut mich in diesem Bereich schon lange nichts mehr!

Nicht wundern musste ich mich beim Landesrealschultag im Oktober. Im Gegenteil, wird das Verb „wundern“ zum Adjektiv, ist es plötzlich etwas Positives, Schönes – aus „wundern“ kann „wunderbar“ werden und schon geht es einem besser! Als „wunderbar“ habe ich den Landesrealschultag erlebt, wobei dieser nichts mit einem „Wunder“ zu tun hatte, also „übernatürlich erscheinend“, sondern mir einfach mal wieder gezeigt hat, dass die „DNA“ des RLV und seiner Mitglieder einfach zu mir passt.

Mit großer Geschlossenheit haben die Delegierten einen neuen Vorstand gewählt, die bildungspolitische Ausrichtung neu justiert und einige wichtige Satzungsänderungen auf den Weg gebracht. Weiteres dazu finden Sie in unserem Titelthema.

Es ist nicht selbstverständlich, dass in einer pluralistischen Gesellschaft in zentralen Fragen Einmütigkeit herrscht. Auch in unserem Verband hat jedes Mitglied selbstverständlich seine eigene Meinung, seine eigenen Überzeugungen, die jede und jeder auch vertreten soll. Mir wurde am Landesrealschultag aber wieder einmal bewusst, wie sehr wir uns alle über die grundlegenden Ziele des Verbandes einig sind. Den Verband zeichnet eine Geschlossenheit in Grundsatzfragen aus, die ihn und sein Eintreten für die Realschule zu etwas ganz Besonderem macht. Oder – um eine weitere Bedeutung des Adjektivs „wunderbar“ zu nennen, einfach „großartig“!

Eigentlich müssten wir deshalb unser Motto „Starke Realschule. Starkes Land.“ längst selbstbewusst erweitern in: „Starker RLV. Starke Realschule. Starkes Land.“ Dass nur der Realschullehrerverband die Interessen der Realschulen vertritt, zeigte sich klar beim Volksantrag „Nicht ohne unsere Realschulen!“. Wir haben, ohne jegliche Unterstützung durch andere Verbände und Gewerkschaften, die Realschullehrkräfte in ihren Reihen haben und nach eigener Aussage „Realschule sind“, für die Wiedereinführung der verbindlichen Grundschulempfehlung und damit für das Weiterbestehen des differenzierten Schulsystems und für den Erhalt einer eigenständigen Realschule gekämpft. Wenn es ernst wird im Leben, zeigt sich immer, wen man wirklich an seiner Seite

hat. Diejenigen, die schon immer eine „Einheitsschule“ wollten, freuten sich über die handstreichartigen Schulgesetzänderungen, mit denen das Jahr 2025 begann. Lehrkräfte, die das anders sehen, sind Mitglied im RLV oder verbleiben in einem eigentlich für sie falschen Verband bzw. einer für sie falschen Gewerkschaft.

Spreche ich mit Mitgliedern dieser Verbände und Gewerkschaften, höre ich oft (das habe ich vor einiger Zeit hier schon mal erwähnt, es hat aber nichts an seiner Aussagekraft verloren): „Ja, die Position meines Verbandes, meiner Gewerkschaft zum differenzierten Schulwesen finde ich nicht gut, ich bin auch für eine verbindliche Grundschulempfehlung und den Erhalt eigenständiger und leistungsfähiger Realschulen.“ Auf Nachfrage, warum die Kolleginnen und Kollegen trotz offensichtlicher Diskrepanz u. a. zur schulpolitischen Ausrichtung ihrer Verbände trotzdem Mitglied bleiben, erfolgen oft Antworten wie: „Es ist sowieso schon zu spät, man kann eh nichts mehr ändern.“ Oder auch, dass die schulpolitische Zielrichtung einem nicht passe, aber man aus Bequemlichkeit dennoch dabei bleibe.

„Bequemlichkeit“? Das passt nicht zu uns. Der RLV und seine Mitglieder setzen sich für ihre Überzeugungen ein. „Bequemlichkeit“ ist keine Umschreibung für Mitglieder des RLV, weder bei Arbeit in der Schule noch als Mitglieder in einem Verband, der wahrlich nicht „bequem“ ist, sondern als Verband für die Freiheit und Unabhängigkeit der Realschule kämpft und damit oft weit weg vom Mainstream ist.

Dass der RLV anders „tickt“, konnte man am 13. Oktober beim Landesrealschultag in Herrenberg spüren; wir sind fest davon überzeugt, dass man „noch“ etwas ändern kann und wir alle sind nicht „trotzdem“ Mitglied im RLV, sondern „wegen“

seiner bildungspolitischen Ausrichtung. Das macht, so finde ich, einen großen Unterschied und dies in der Gemeinschaft des Landesrealschultages in Herrenberg erlebt zu haben, zu einem „wunderbaren“ Gefühl.

Im März entscheiden die Wählerinnen und Wähler unseres Landes über die neue Zusammensetzung des Landtages von Baden-Württemberg. Der RLV war, ist und bleibt parteipolitisch neutral. Wir geben deshalb keine Wahlempfehlungen ab. Sie entscheiden, welches Thema bei den Landtagswahlen für Sie besonders wichtig ist, dementsprechend werden Sie vermutlich Ihre Wahlentscheidung treffen.

In den zurückliegenden Ausgaben des *realist* haben wir alle bildungspolitischen Sprecher/innen der Landtagsfraktionen zum Interview gebeten. In der letzten Ausgabe des *realist* haben wir dem Spitzenkandidaten von Bündnis 90/Die Grünen, Cem Özdemir, drei Fragen gestellt. In dieser Ausgabe folgen die restlichen Spitzenkandidaten der demokratischen Fraktionen im Landtag von Baden-Württemberg. Beim Landesrealschultag waren alle bildungspolitischen Sprecher/innen anwesend und stellten sich nach einem Statement den Fragen der anwesenden Delegierten. Machen Sie sich selbst ein Bild und treffen sie am 6. März eine kluge Wahl – das wichtigste Thema für meine Wahlentscheidung im März wird die Erhaltung des differenzierten Schulsystems sein. Danach richte ich meine Wahlentscheidung aus. Ich möchte, dass in Baden-Württemberg mein Arbeitsplatz erhalten bleibt, eine leistungsstarke Realschule, die als „Rückgrat“ unser differenziertes Schulsystem aus Haupt- und Werkrealschulen, Realschulen und Gymnasien zusammenhält und stabilisiert. Mal sehen, wer sich am 6. März 2026 wundern muss ...

**Herzliche Grüße
und ein wunderbares
neues Jahr 2026!**

Ihr Ralf Merkle



Vorwort

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

in diesem Vorwort möchte ich mich heute von Herzen bedanken! Ein ereignisreiches Jahr 2025 liegt hinter uns allen. Auf den Verband bezogen war es das Jahr des Volksantrags ‚Nicht ohne unsere Realschule!‘, mit dem wir Stimmen für eine verbindliche Grundschulempfehlung für alle Schularten sammelten.

In einem Verfahren „aus Postkutschenzeiten“, wie unser Partner bei der Antragsstellung, Michael Mittelstaedt, ehemaliger Vorsitzender des Landeselternbeirats, den Volksantrag einmal so richtig bezeichnete, mussten alle Unterstützer ihre privaten Daten preisgeben und die Formblätter bei ihrem Heimatrathaus auf die Wahlberechtigung prüfen lassen. Wahlweise haben wir das übernommen, mit großen Schwierigkeiten, wie sich gerade am Ende der Frist herausstellte. Viele Mitarbeiter der Gemeinde wussten nicht mit den Formularen umzugehen. Daran waren aber nicht sie selbst

schuld, sondern eine fehlende Verfahrensbeschreibung für den Umgang mit den unterschiedlichen Volksanträgen, Volksbegehren usw.! Wir danken denen, die trotz dieser Erschwernisse unsere Anträge bearbeitet und an uns zurückgeschickt haben. Leider haben wir bis heute noch keine Antwort auf einen Fragekatalog, den wir sowohl dem Innenministerium als auch dem Landtag haben zukommen lassen. Wenn wir die Antworten zurückhaben, wird dieses doch fragwürdige Verfahren der Bürgerbeteiligung noch einmal ausführlich zum Thema werden.

Sehr herzlich bedanke ich mich heute bei den 32.500 Personen, die uns, trotz all dieser Schwachstellen, unterstützt haben. Viele zehntausend Stimmen kamen aus den Schulen. Lehrkräfte, Eltern, ehemalige und aktuelle Schüler aus allen Schularten gaben ihr Stimmen für ein differenziertes Schulsystem in Baden-Württemberg. Auch Verbände, Gemeinden, Parteien und der Realschulförderverein BW haben uns sehr tatkräftig unterstützt.

Die Stimmen bei den Straßensammlungen setzten aber fast noch deutlichere Zeichen: Das Entsetzen über die geplante Zweisäulenregelung war groß. Die wenigsten wussten oder ahnten, welche Vereinheitlichungen im einstmals erfolgreich vielfältigen Schulsystem unseres Landes schon passiert und noch geplant sind und fühlten sich von Politik und Presse schlicht miserabel informiert. Die Nachricht, die wir der Politik überbringen können, ist: Die Baden-Württemberger wollen keine Vereinheitlichung, sondern eine Profilierung der Schularten! Punkt! Und Wirtschaft und Gesellschaft in Baden-Württemberg brauchen unterschiedlich qualifizierten Nachwuchs. Ebenso Punkt!

Die 32.500 Stimmen sind für unseren Verband deshalb ein Auftrag! Der Realschullehrerverband fordert weiterhin eine Schulpolitik, die sich jenseits von Ideologie an der Realität Baden-Württembergs ausrichtet. Am 8. März 2026 wählen die Bürger Baden-Württembergs den neuen Landtag und mit ihm die Bildungspolitik für fünf Jahre. Die faktisch fortschreitende Entwertung der Realschule muss ab März zum Wohle der Kinder ein Ende haben und die so überaus wichtige Werkrealschule darf nicht abgeschafft, sondern muss konkret wieder gestärkt werden! Ansonsten verliert Baden-Württemberg endgültig seine noch vielfältige Bildungslandschaft und damit auch seinen darauf gründenden Wohlstand zugunsten eines ideologischen Wolkenkuckucksheims und wirtschaftlichen Niedergangs!

Der RLV und auch der Volksantrag hatten Wirkung, denn inzwischen ist die verbindliche Grundschulempfehlung in den Wahlprogrammen von drei Parteien festgeschrieben. Es lohnt sich also genau hinzuschauen, bei welcher Partei man seine Kreuze setzt!

Durch Ihre Mitgliedschaft in unserem Verband haben Sie übrigens nicht nur viele Vorteile in Ihrem beruflichen Alltag, sie stärken auch genau diese unsere Forderungen an die Politik! Danke für Ihre Unterstützung und bleiben Sie immer aufmerksam!

**Herzlichst,
Dr. Karin Broszat**



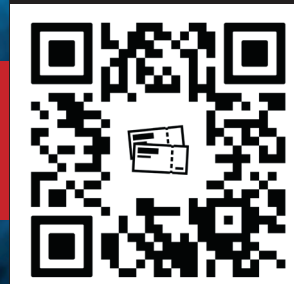
LEARNTEC



5. – 7. Mai 2026
Messe Karlsruhe

Die LEARNTEC zeigt,
wie digitale Bildung
wirklich funktioniert –
praxisnah, relevant
und machbar für den
Schulalltag.

Jetzt einfach QR-Code
scannen & dabei sein!



Sichere dir dein kostenfreies Ticket
mit dem Aktionscode **schule26LT**

messe
— karlsruhe



Wir leben Realschule. Der Landesrealschultag 2025

Gemeinsam stark für den Erhalt unserer Schulart

Alle drei Jahre findet der Landesrealschultag des RLV BW statt. Unter dem Motto „Wir leben Realschule.“ trafen sich am 13. Oktober 2025 trotz einiger krankheitsbedingter Ausfälle rund 70 Delegierte bereits zum dritten Mal in Folge im Tagungshotel am Schlossberg in Herrenberg.

Der Vormittag startete zunächst mit dem nicht öffentlichen ersten Teil der Delegiertenversammlung. Nach der Begrüßung der Delegierten erfolgte der Rechenschaftsbericht der Landesvorsitzenden Dr. Karin Broszat. In ihrer Rede bezog sich die Vorsitzende auf das Motto des Landesrealschultages „Wir leben Realschule.“, indem sie darauf einging, dass die Realschule aller Widrigkeiten zum Trotz weiterhin anmeldestark die zweitbeliebteste Schulart Baden-Württembergs neben dem Gymnasium bleibe. Dies hätten auch die Gespräche während der Unterschriftensammlung zum Volksantrag deutlich gezeigt. Die Bürger hätten sich angesichts der Tatsache, dass die Realschule in ihrer ursprünglichen Form abgeschafft und in einer Sekundarschule neben dem Gymnasium aufgehen könnte, fassungslos gezeigt. Neben der Sammlung von Unterschriften hätten die Gespräche zur Aufklärung und Information der Bevölkerung beigetragen. Dass die Realschule momentan trotz Reformen und Deformierung weiterlebe, das sei vor allem der Arbeit der Lehrkräfte an den Realschulen zu verdanken, die jeden Tag Realschule lebten. Die Aufgabe des RLV sei es, so Broszat, diese Arbeit zu unterstützen und zu verstärken. Dabei ging die Landesvorsitzende auf die Online-Präsenz des Verbandes sowie das regelmäßig erscheinende Mitgliedermagazin „realist“ und auf die zahlreichen Sitzungen und Aktivitäten des RLV in den vergangenen drei Jahren ein. Sie unterstrich die Notwendigkeit des weiteren Einsatzes des Verbandes für den Bestand der Realschulen als eigenständige Schulart, v. a. vor dem Hintergrund der jüngsten Schulgesetzänderungen, die in Windeseile

– ungewöhnlich für Gesetzesänderungen – verabschiedet wurden. Broszat verwies eindringlich darauf, dass das Konglomerat von Änderungsmaßnahmen letztendlich zu einem Ende des differenzierten Schulsystems in Baden-Württemberg führe, indem neben dem Gymnasium eine einzige Sekundarschule anvisiert werde. Sie warnte vor dieser Zerteilung des Schulwesens in Gymnasium einerseits und beruflichem Schulwesen andererseits. Es sei schon jetzt voraussehbar, dass die Mitte, nämlich die Realschule, fehlen werde. Sei die Realschule weg, sei auch die Mitte der Gesellschaft weg. Das Anzählen der Werkrealschulen habe gezeigt, dass an den schwächsten Schülern gespart werde. Die Rückkehr zur verbindlichen Grundschulempfehlung sei nicht aus pädagogischen Gründen erfolgt, sondern diene rein der Regulierung von Schülerzahlen am Gymnasium. Die einzige Möglichkeit sieht die Vorsitzende in einer Erweiterung des Schulgesetzes, sodass auch die Realschule folgerichtig eine verbindliche Grundschulempfehlung erhalte.

Nach der einstimmigen Entlastung des Vorstandes erfolgte die Wahl von Kurt Wörner als Tagungspräsident, der die Veranstaltung kurzweilig und eloquent moderierte.



Als Nächstes folgten die Berichte des scheidenden Schatzmeisters Bernd Jung und der beiden Kassenprüfer Siegfried Probst und Herbert Wehner. Beide Kassenprüfer wurden erneut einstimmig von der

Versammlung wiedergewählt, ebenso die Landesvorsitzende Dr. Karin Broszat.

Ab 10.30 Uhr folgte der öffentliche Teil des Landesrealschultages, der musikalisch von der preisgekrönten Bläserklasse 7b der Realschule Althengstett unter der Leitung ihres Lehrers Dietmar



Peter umrahmt wurde. Die ehemalige und zugleich neu gewählte Landesvorsitzende begrüßte an diesem Landesrealschultag zahlreiche Ehrengäste. Dies waren, neben den im Folgenden einzeln aufgeführten Rednern, der Leiter des Referats 33 am Kultusministerium, Jürgen Striby, sowie sein Stellvertreter. Darüber hinaus wurden die Vertreter der befreundeten Verbände BLV, PhV und der Vorsitzende des Realschulfördervereins, Sven Kubick, sowie der Vorsitzende der AG RR BW, Holger Gutwald-Rondot, die Landesdirektorin öffentlicher Dienst der BBBank, Petra Hasebrink, und Frank Stöcker von der Swisslife Select herzlich willkommen geheißen.



In ihrer Eingangsrede betonte Dr. Karin Broszat noch einmal den Stellenwert der Realschule, die das Rückgrat und die tragende Säule der Mitte in Baden-Württemberg sei. Die Realschule gehöre zum Land wie

Linsen und Spätzle und Unternehmen wie Daimler. Diese Schulart vermittele eine solide, lebensorientierte Bildung mit Praxisbezug. Allerdings sei diese Mitte seit den 2012 begonnenen Bildungsreformen ins Wanken geraten. Im Folgenden ging die Vorsitzende auf die sich daraus ergebenden Herausforderungen ein. Im Leistungsvergleich belege Baden-Württemberg nicht mehr die vorderen Plätze. Eine stark heterogene Schülerschaft führe außerdem zu Frust bei allen am Bildungsleben Beteiligten. Hinzu kämen strukturelle Bedingungen, die die tägliche Arbeit an den Schulen erschweren. Die Wiedereinführung des G9 hätte die Möglichkeit schaffen können, auch die Realschule wieder besser zu strukturieren. Diese Möglichkeit sei jedoch nicht wahrgenommen worden. Stattdessen seien in rasantem Tempo Transformationen erfolgt. So seien die Werkrealschulen angezählt und kämpften um ihre Existenz. Außerdem unterscheide die Grundschulempfehlung nicht mehr nach Schularten, sondern nach Niveau und auch in den Magazinen des ZSL sei von einer Realschule nicht mehr die Rede. Auf einer Art Nebengleis, warnte Broszat, entstehe eine Sekundarschule als zweite Säule neben dem Gymnasium. Auf diese Weise werde das differenzierte Bildungswesen zur Disposition gestellt. Unterschiedliche Kinder bräuchten jedoch unterschiedliche Schularten, wie es die Landesverfassung vorsehe. Noch einmal verwies sie auf die Gespräche mit den Bürgern vor Ort während der Unterschriftensammlung, die die Abschaffung der Realschule als eine Entscheidung wider den gesunden Menschenverstand sähen. Abschließend betonte sie die Rolle der kommenden Landtagswahlen in Baden-Württemberg, die auch für das Bestehen der Realschulen entscheidend seien und unterstrich in ihrem Schlusswort noch einmal die Rolle der Realschule als Mitte und Rückgrat, das unterstützende Flanken benötige. Broszat mahnte: „Verrutscht das Rückgrat, verrutscht alles.“ Dagegen kämpfe der RLV BW.



An die Rede der Vorsitzenden schlossen sich die Grußworte der Ehrengäste an. Kultusministerin **Theresa Schopper** verwies zunächst positiv auf den kontinuierlichen Austausch mit dem RLV, trotz unterschiedlicher Einschätzungen. Sie ging auf die hohe Beliebtheit der Realschule bei der Elternschaft ein, indem sich die Zugangszahlen an die Realschulen nicht verändert hätten. „Realschule hat eine lange Tradition, ist eine bestehende und wichtige Größe und das wird auch so bleiben“, so die Kultusministerin wörtlich. Dass eine Einheitsschule unter Einbezug der Bosch-Stiftung geplant sei, sei ein Gerücht und entspreche nicht der Wahrheit. Die schnelle Einführung des G9 sei dem politischen Druck der Wahlen geschuldet, so die Kultusministerin. Innovationselemente des G9 sollten auch der Sekundarstufe I zukommen. Hier nannte sie z. B. Medienkompetenz und Informatik. Dem schlechten Abschneiden bei der IQB-Studie begegne man mit einer Stärkung der Basiskompetenzen. Denn die Ursache der Verschlechterung beim Ranking läge nicht an den vorgenommenen Strukturveränderungen, sondern in der Veränderung der Schülerschaft. Hier sei u. a. die Migration zu nennen. Man reagiere beispielsweise mit dem SprachFit-Programm darauf. Neben der Stärkung des MINT-Bereichs sei in diesen Zeiten auch die Demokratiebildung ein wichtiges Ziel. Schülermentoring als positives Element der Gemeinschaftsschule solle in anderen Schularten implementiert

werden. Auch die Stärkung der beruflichen Orientierung als Errungenschaft der Realschule sei weiter vorgesehen. Hinsichtlich der Verkürzung der Orientierungsstufe auf ein Jahr habe man einhellig positive Rückmeldungen erhalten, so Schopper, weshalb man diese als richtige Entscheidung sehe. Schulverbände sollten die Differenzierung stärken. Sie verwies darauf, dass diese Option aus der Mitte der Realschulen gekommen sei und sich noch weiterentwickeln werde. Die Kooperation mit den beruflichen Gymnasien sei ein neuer Vorteil. Den Veränderungen in der Schülerschaft und der Transformation in der Gesellschaft müsse mit einem Umbau im Schulsystem begegnet werden. Dieses müsse weiterentwickelt und begleitet werden. Eine Grundschulempfehlung habe es nur für das Gymnasium gegeben, da dies die einzige Schulart mit einer homogenen Schülerschaft sei, so die Kultusministerin. Des Weiteren habe die Umstellung auf die Gemeinschaftsschule es überhaupt erst ermöglicht, Sekundarschulen im ländlichen Raum zu erhalten, zumal die GMS Ganztags- und Inklusionsschulen seien. Das Profil der Schulen sei nach wie vor sehr unterschiedlich, die Heterogenität werde als Ansporn für Kinder und Jugendliche benötigt.



Der Oberbürgermeister von Herrenberg, **Nico Reith**, berichtete von zwei Erfolgsgeschichten ehemaliger Absolventen der Realschule. Als Oberbürgermeister einer Stadt mit vielfältigem Schulwesen



Wir leben Realschule. Der Landesrealschultag 2025

Gemeinsam stark für den Erhalt unserer Schulart

habe er die Realschulrektoren vor Ort zu ihrer Meinung befragt. Diese hätten u. a. den Wunsch geäußert, die Realschule als eigenständige Schulart in einem differenzierten Schulsystem zu erhalten sowie eine verbindliche GS-Empfehlung auch für die Realschule einzuführen. Außerdem sei eine Gleichbehandlung aller Schularten hinsichtlich Klassenteiler und Sachkostenzuschüssen wünschenswert. Der Oberbürgermeister sprach außerdem die derzeit schwierige finanzielle Lage der Kommunen an. Die aktuellen Defizite erlaubten auch in Kitas und Schulen nur ein geringeres Investment.



Kai Rosenberger ging als Vorsitzender des Beamtenbundes BW in seiner Rede auf das aktuelle Bashing gegen das Beamtentum ein und kritisierte dieses scharf. Noch in diesem Jahr erwarte man Urteile des Bundesverfassungsgerichtes hinsichtlich der Alimentation der Beamtenschaft. Eine Hinterfragung des Beamtentums für Lehrkräfte sei nicht sinnvoll, da dies ein Attraktivitätsmerkmal für Bewerberinnen und Bewerber sei. Die Arbeitszeit der verbeamteten Lehrkräfte verlängere sich durch immer mehr unterrichtsbegleitende Tätigkeiten neben dem Unterricht. Seiner Meinung nach führe an der Realschule kein Weg vorbei.



Der Bundesvorsitzende des VDR, Ralf Neugschwender, mahnte die Bildungspolitik an, Fehler aus Schleswig-Holstein und Niedersachsen nicht zu wiederholen. Eine Grundschulempfehlung exklusiv für das Gymnasium sei korrekturbedürftig, denn die Klassen am Gymnasium seien nicht homogen, wie von der Kultusministerin behauptet. Lehrkräfte aller Schularten könnten einer zunehmenden Heterogenität in den Klassenzimmern nicht mehr gerecht werden. Hinzu kämen die Verunsicherungen im Land hinsichtlich der Zukunft der Realschulen. Neugschwender betonte, dass ein Zwei-Säulen-Modell nicht die Antwort auf die Begabungen der Schülerschaft sei, denn eine Begabungsgerechtigkeit gebe es nur durch ein differenziertes Schulsystem. Er unterstrich, dass die Realschule nicht das Sorgenkind sei, sondern von allen Schularten Theorie und Praxis am besten vereine und das Rückgrat der baden-württembergischen Wirtschaft sei. So wechsele im Schnitt jeder zweite Absolvent der Realschule in die duale Berufsausbildung. Er beendete seine Rede mit einem Zitat von Marcel Reif: „Sei ein Mensch“. Dies sei der Kern von Schule, so der Bundesvorsitzende, denn diese lebe nicht allein von Curricula und Strukturen, sondern dem täglichen „Wir leben Realschule“.

Den letzten Teil des Vormittags bildeten die Statements der politischen Sprecher der Landtagsfraktionen zu der Fragestellung „Wahl 2026 – Hat die Realschule aus Sicht Ihrer Partei danach noch eine Zukunft als eigenständige Schulart in BW?“

Thomas Poreski (Bündnis 90/Die Grünen) meinte, dass durch eine verbindliche Grundschulempfehlung 25 % der Kinder nicht mehr an die Realschulen, sondern ans Gymnasium gehen würden. Außerdem würde die Hälfte der Schülerinnen und Schüler mit Hauptschulempfehlung keine mittlere Reife mehr an Realschulen machen. Auch sei die zweite Schulsäule mehrgliedrig. Realschulen könnten durch

Kooperationen und frühere Einführung von G-Zügen stärker profitieren. Kreativität sehe er dabei als einen wichtigen Baustein. Seiner Ansicht nach müsse sich Schule den gesellschaftlichen Realitäten stellen. Der Veränderung der Schülerschaft, erklärte Poreski, müsse man mit einer Stärkung des frühkindlichen Bereichs antworten.

Andreas Sturm von der CDU sagte, dass die Frage nicht sei, ob, sondern wie die Realschule als eigenständige Schulart und Stabilitätsanker im Schulsystem fortbestehe. Er verwies darauf, dass G-Niveau-Schüler an der Realschule auf M-Niveau gehoben würden. Es gäbe nicht gute oder schlechte Schulen, sondern Schulen, die mit den aktuellen Rahmenbedingungen besser bzw. schlechter zurechtkämen. Entsprechende Profilierungen müssten gefördert werden. Hinsichtlich des Umgangs mit G-Schülern könnten Realschulen nur mit starken Werkrealschulen existieren, so Sturm weiter. Zudem könnten eigenständige G-Züge an Realschulen eingerichtet werden. Seiner Meinung nach brauche es Ruhe im System, Vertrauen in die Schulen und ein enges Ohr an der Praxis, jedoch evidenzbasiert. Er verwies auf den CDU-Parteitagbeschluss zur Eigenständigkeit der Realschule. Nach seiner Ansicht seien Schulverbände zwar kein Allheilmittel, aber in vielen Gegenden eine positive Lösung. Das Schulgesetz sei ein Kompromiss, man habe hier auf viele Rückmeldungen gehört. Er endete mit der Botschaft, dass die CDU an der Seite der Realschulen stehe.

Kathrin Steinhülb-Joos (SPD) wollte ihren Beitrag als Plädoyer für Kinder und Jugendliche und nicht gegen die Realschule verstanden wissen. In allen Schularten fehle es an multiprofessionellen Teams und kleineren Schülergruppen, fächerübergreifendem und projektartigem Lernen, mehr Berufsorientierung und mehr Inklusion. Außerdem ging sie auf die Unterschiede zu Bayern hinsichtlich der Finanzierung von

Bildung ein. Eine Zukunft der Realschule könne nur gemeinsam durch eine Bildungsallianz entschieden werden. Das Motto sei nicht „Wir leben Realschule“, sondern „Wir leben bestmögliche Bildung für alle“.

Dr. Timm Kern von der FDP betonte, dass die Realschule erfunden werden müsste, wenn es sie nicht bereits gäbe, da sie in einem vielgliedrigen Schulsystem entscheidend sei. Ohne Wenn und Aber stünde die FDP zur Realschule als eigenständige Schulart. Diese habe schließlich über Jahrzehnte ihre Unverzichtbarkeit bewiesen. Außerdem widersprach er der Kultusministerin in mehreren Punkten. Als ehemaliger Gymnasiallehrer könne er sagen, dass selbst 2011, als es noch eine verbindliche Grundschulempfehlung gab, auch am Gymnasium keine homogenen Klassen bestanden hätten. So könne nur jemand reden, der noch nie vor einer Klasse gestanden habe. Heterogenität sei kein Wert an sich, sondern erschwere es den Lehrkräften nur, auf jedes Kind einzeln einzugehen. In einem ausdifferenzierten Bildungswesen bekomme jedes Kind eine seiner Begabung entsprechende Schulart, so Kern weiter. Baden-Württemberg habe kein drei-, sondern ein vielgliedriges Schulwesen. Ein Zwei-Säulen-System bedeute darum eine Verarmung des Bildungssystems. Er formulierte ein klares Nein zur Einheitsschule und zum Einheitslehrer. Zudem machte er darauf aufmerksam, dass es in Tübingen zum Leidwesen von Eltern und Kindern mittlerweile keine Realschule mehr gebe. Diese Folge müsse den Bürgern vor der Landtagswahl ehrlich kommuniziert werden. Die Abschaffung der Grundschulempfehlung sei der größte Fehler der vergangenen Jahre gewesen. Kern forderte eindringlich, dass es eine Grundschulempfehlung für alle Schularten geben müsse. Auch sehe er die Abschaffung des Werkrealabschlusses als großen Irrtum. Es sollte nicht Aufgabe der Realschule sein, die daraus resultierenden Konsequenzen aufzufangen. Politik sollte die Arbeit der Lehrkräfte nicht noch schwieriger machen,

als diese eh schon sei. Statt einer Schulpolitik konstatierte er in Baden-Württemberg den Einzug einer „Unordnungspolitik“. Abschließend bekräftigte er noch einmal seinen Einsatz für eine Grundschulempfehlung für die Realschule.



Im Anschluss folgten Fragen aus dem Publikum an die politischen Sprecher der Fraktionen. Auf die Frage, warum eine Kooperation von Realschulen mit Werkrealschulen ohne Verbundschule zu werden, nicht erlaubt sei, behauptete Poreski von den Grünen fälschlicherweise, dass solche Kooperationen bereits vielfältig stattfänden. Seine Aussage wurde von Jürgen Striby korrigiert, indem er sagte, dass eine nicht formelle Kooperation stets, aber eine Kooperation mit G-Zug nicht möglich sei.

Nach einer Mittagspause folgte der zweite Teil der Delegiertenversammlung. In den einzelnen Bezirksversammlungen wurden teils neue Bezirksvorsitzende und -stellvertretungen gewählt. Daran anschließend erfolgten die Wahlen zum Landesvorstand. Hier gab es zwei Veränderungen, indem Bettina Bochtler und Andreas Bogner neben dem seitherigen stellvertretenden Landesvorsitzenden, Andreas Kuhn, einstimmig zu weiteren stellvertretenden Landesvorsitzenden gewählt wurden. Auch beim Posten des Schatzmeisters gab es einen Wechsel. Diesen übernimmt nun Florian Gantner.

Bei den Referaten wurden die bisherigen Referatsleiter einstimmig wiedergewählt. Nur im Referat Chancengleichheit gab es eine Änderung, indem Christine Blodig einstimmig zur zukünftigen Leiterin des Referats gewählt wurde.

Nach den Wahlen erfolgten die Anträge mit Aussprachen. Alle Anträge wurden einstimmig angenommen.

Im Anschluss wurde Anton Blank auf eigenen Wunsch aus dem Landesvorstand verabschiedet. Aufgrund seines außerordentlichen Engagements für den RLV – die Landesvorsitzende bezeichnete ihn in ihrer Würdigung als „Puls des RLV“ - wurde er zum Ehrenvorsitzenden des Verbandes ernannt und mit einer Urkunde für erfolgreiches Wirken in 43 Jahren Mitgliedschaft ausgezeichnet.

Am Ende stand die Verabschiedung der Herrenberger Erklärung 2025. Mit kleinen Änderungen wurde diese einstimmig von der Versammlung beschlossen. So endete am späten Nachmittag für die Delegierten eine Veranstaltung mit vielen Eindrücken, in deren Verlauf nicht nur eine Rückschau auf das bereits Erreichte unternommen wurde, sondern man sich auch auf klare gemeinsame Ziele verständigte, die nun mit vereinten Kräften angegangen werden sollen, denn:

„Wir leben Realschule.“



Landesrealschultag 2025 – Satzungsänderungen §

Beim Landesrealschultag haben die Delegierten eine Reihe von Satzungsänderungen beschlossen. Nachfolgend die geänderte Satzung des RLV, Änderungen sind farblich hervorgehoben. Eine Satzungsänderung muss mit Zweidrittelmehrheit erfolgen. Beim Landesrealschultag erfolgten alle Änderungsanträge nicht nur mit einer Mehrheit von Zweidritteln, sondern einstimmig. Die Änderungen beim Paragraphen 5 („Mitgliedschaft“) waren deshalb erforderlich, weil der Verband immer mehr Mitglieder an anderen Schularten hat (u. a. Grundschulen, Gemeinschaftsschulen) und diese bislang als Mitglieder oft nicht wirklich berücksichtigt werden konnten. Durch die Satzungsänderungen sind nun ausdrücklich alle Lehrkräfte als Mitglieder willkommen, für die die Dienstaufsicht bei den Staatlichen Schulämtern liegt, also Grundschullehrkräfte, Haupt- und Werkrealschullehrkräfte, Lehrerinnen und Lehrer an Gemeinschaftsschulen und Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren und natürlich alle Lehrkräfte, die an privaten oder staatlichen Realschulen unterrichten. Dies gilt insbesondere auch für alle Kolleginnen und Kollegen, die als angestellte Lehrkräfte an den genannten Schularten unterrichten.

Satzung des RLV-BW (zuletzt geändert beim Landesrealschultag 2025 in Herrenberg)

§ 1 Name und Sitz

1. Die berufsständische Organisation der Lehrkräfte an Realschulen im Lande Baden-Württemberg führt den Namen REALSCHULLEHRER-VERBAND BADEN-WÜRTTEMBERG (RLV).
2. Verbandssitz ist der Wohnort des/der Landesvorsitzenden.

§ 2 Dachorganisationen

1. Der RLV ist Mitglied im Verband Deutscher Realschullehrer (VDR), im Deutschen Lehrerverband (DL) und im Beamtenbund Baden-Württemberg (BBW).

§ 3 Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr deckt sich mit dem Kalenderjahr.

§ 4 Zweck und Aufgaben

1. Der Verband bezweckt die Erhaltung, Förderung und Weiterentwicklung der Realschulen.
2. Der RLV wahrt und vertritt die Rechte und berufsständischen Interessen seiner Mitglieder.
3. Der RLV arbeitet nach demokratischen Grundsätzen, er ist parteipolitisch und konfessionell unabhängig.

§ 5 Mitgliedschaft

1. Mitglieder können werden:
 - a) alle an öffentlichen und privaten Realschulen in Baden-Württemberg wirkenden Lehrkräfte,
 - b) alle Lehrpersonen mit der Berechtigung zur Anstellung an Realschulen, oder an einer Sekundarschule im Bereich der Staatlichen Schulämter, einschließlich der Lehrkräfte im Ruhestand;

- c) alle, die sich in einer auf das Lehramt an Realschulen sowie einer auf andere Schularten des Sekundarbereiches im Bereich der Staatlichen Schulämter hinzielenden Ausbildung befinden;
 - d) Beamte in den Aufsichtsbehörden für die Realschulen oder ähnlichen Funktionen.
2. Die Mitgliedschaft wird rechtswirksam nach Bestätigung des Aufnahmeantrages.
 3. Ehrenmitglieder können auf Vorschlag des Vorstandes durch die Delegiertenversammlung solche Personen werden, die sich um die Realschule oder den Realschullehrer-Verband besondere Verdienste erworben haben.
 4. Sonderfälle regelt der Vorstand.
 5. Fördermitgliedschaft
Fördermitglieder können natürliche oder juristische Personen werden, denen die Realschule in Baden-Württemberg am Herzen liegt. Die Mitgliedschaft beginnt mit dem Eintrag in die Datenbank des Verbandes (Bestätigung). Sie kann vom Vorstand ohne Angabe von Gründen verweigert werden und endet durch Austritt (schriftlich beim Vorstand), Ausschluss o. Tod. Ein Fördermitglied hat kein Anrecht auf Versicherungsschutz und kein Stimmrecht bei der Landesdelegiertenversammlung (Landesrealschultag). Fördermitglieder erhalten regelmäßig die Verbandszeitschrift und Einladungen zu Veranstaltungen des Verbandes. Der jährliche Mindestbeitrag einer Fördermitgliedschaft im RLV-BW beträgt 250,- €.

6. Prämien bei Werbemaßnahmen
Führt der Verband Werbeaktionen durch, können nur Mitglieder des Verbandes Geld- oder Sachprämien für geworbene Neumitglieder erhalten.

§ 6 Rechte der Mitglieder

1. Die Mitglieder erhalten kostenlos die Zeitschriften des Verbandes.

2. Die allgemeinen Rechte der Mitglieder ergeben sich aus § 4. Sie umfassen: Teilnahme an Mitglieder- und Delegiertenversammlungen, Aussprachen, Abstimmungen und Wahlen in Übereinstimmung mit der Satzung, der Geschäftsordnung u. der Wahlordnung.
3. Die Mitglieder können in allen beruflichen Rechtsfragen unentgeltliche Rechtsberatung beanspruchen.
4. Die Mitglieder erhalten Rechtsschutz im Rahmen der gültigen Rechtsschutzordnung des BBW.
5. Für alle Mitglieder ist eine erweiterte Diensthaftpflicht-Versicherung und Freizeit-Unfallversicherung abgeschlossen, deren Prämien in der Beitragszahlung enthalten sind.

§ 7 Pflichten der Mitglieder

1. Die Mitglieder sind verpflichtet, den von der Delegiertenversammlung festgesetzten Mitgliedsbeitrag zu entrichten.
2. Ist ein Mitglied mit der Beitragszahlung für mehr als ein Kalendervierteljahr im Rückstand, ruht die Mitgliedschaft.
3. Von den Mitgliedern wird erwartet, dass sie die Interessen des Verbandes in pädagogischer, schulpolitischer und standesrechtlicher Hinsicht in ihrem Wirkungskreis vertreten.

§ 8 Erlöschen der Mitgliedschaft

1. Die Mitgliedschaft erlischt durch Austritt, Tod oder Ausschluss eines Mitgliedes, ebenso durch Auflösung des RLV gemäß § 16 dieser Satzung.
2. Der Austritt ist nur zum Ende eines Quartals unter Einhaltung einer einmonatigen Kündigungsfrist zulässig. ~~Die Kündigung muss durch~~
~~Einschreiben erfolgen.~~

3. Vom Verband ausgeschlossen wird, wer im Sinne des § 7.3 vorsätzlich das Ansehen des Verbandes schädigt.
4. Ein Ausschluss erfolgt auf Grund eines Beschlusses im Landesvorstand. Bei Stimmgleichheit gilt der Antrag auf Ausschluss als abgelehnt.
5. Über einen Widerspruch entscheidet die Delegiertenversammlung mit einfacher Mehrheit. Bis dahin ruht die Mitgliedschaft.

§ 9 Gliederung

1. Der RLV gliedert sich in die Bezirksverbände der vier Regierungsbezirke des Landes.
2. Rechte und Pflichten der Bezirksverbände sind in Anlage 1 dieser Satzung geregelt.

§ 10 Verbandsstruktur

Der RLV hat folgende Organe:

- auf Bezirksebene: den Bezirksverband mit dem Bezirksvorstand,
- auf Landesebene: den Landesverband mit dem Landesvorstand (LV) und dem Geschäftsführenden Landesvorstand, die Delegiertenversammlung.

§ 11 Delegiertenversammlung

1. Die Delegiertenversammlung ist das oberste Organ des Verbandes.
2. Sie tritt in der Regel alle drei Jahre als Landesrealschultag zusammen.
3. Die Delegierten werden auf Bezirksebene gewählt bzw. eingeladen.
4. Die Delegiertenversammlung hat folgende Aufgaben:
 - a) Entgegennahme der Geschäftsberichte des Landesvorstandes und des Kassenberichts.
 - b) Beschlussfassung über die Entlastung des Landesvorstandes.
 - c) Neuwahl des geschäftsführenden Landesvorstandes und der Referatsleiter. Neuwahlen finden spätestens nach Ablauf von drei Jahren statt.
 - d) Wahl von zwei Kassenprüfern.
 - e) Festsetzung der Höhe der Mitgliedsbeiträge.
 - f) Erledigung von Anträgen und Festlegung allg. Richtlinien für die Verbandsarbeit.
 - g) Entscheidung über Widersprüche geg. Ausschlussverfahren gem. § 8.5 der Satzung.
 - h) Beschlussfassung über Satzungsänderungen, Wahl- und Geschäftsordnung.
 - i) Ernennung von Ehrenvorsitzenden und Ehrenmitgliedern.

§ 12 Landesvorstand

1. Der Landesvorstand besteht aus den Ehrenvorsitzenden, den Mitgliedern des geschäftsführenden Landesvorstandes, den Bezirksvorsitzenden und den Leitern der Referate

- a) Erziehung, Bildung, Schulpolitik und Lehrerbildung
- b) Chancengleichheit
- c) Beamtenrecht, Besoldung und Personalratsangelegenheiten
- d) Pensionäre und Seniorenpolitik
- e) **Außerschulischer Bereich sowie den Ehrenmitgliedern (ohne Stimmrecht)**
2. Vom Landesvorstand berufene Sachbearbeiter/innen für besondere Aufgabengebiete können an den Vorstandssitzungen mit beratender Stimme teilnehmen.
3. Der Landesvorstand hält auf der Grundlage einer Geschäftsordnung im Jahr in der Regel mindestens drei Sitzungen ab.
4. Auf Antrag von mindestens einem Drittel der Vorstandsmitglieder ist innerhalb von zwei Wochen eine außerordentliche Sitzung einzuberufen.
5. Der Landesvorstand hat folgende Aufgaben wahrzunehmen:
 - a) Leitung des Verbandes,
 - b) Beschlussfassung über pädagogische, schulpolitische, beamtenrechtliche und soziale Fragen im Rahmen der von der Delegiertenversammlung aufgestellten Richtlinien.
 - c) Vertretung der Belange der Mitglieder gegenüber dem Landtag und den obersten Landesbehörden, besonders gegenüber dem Kultusministerium.
 - d) Ausarbeitung von Vorlagen für die Delegiertenversammlung.
 - e) Genehmigung des Haushaltsplanes, Bewilligung von Ausgaben über 500 € und die Genehmigung von Rechtsgeschäften.
 - f) Bearbeitung von Anträgen und Beschwerden, soweit sie nicht der Delegiertenversammlung vorbehalten sind.
 - g) Bildung von Ausschüssen und Berufung von Sachbearbeitern für befristete Sonderaufgaben.
 - h) Wahl eines kommissarischen Nachfolgers, wenn ein Vorstandsmitglied vorzeitig ausscheidet.
 - i) Einberufung einer a. o. Delegiertenversammlung auf Antrag von mind. zwei Dritteln der Landesvorstandsmitglieder.

§ 13 Geschäftsführender Landesvorstand und Landesvorsitzende/r

1. Der geschäftsführende Landesvorstand besteht aus dem / der Landesvorsitzenden, bis zu drei stellv. Landesvorsitzenden, dem/der Geschäftsführer/in, dem/der Schatzmeister/in, dem/der Chefredakteur/in des Verbandsorgans und dem/der Referenten/Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.

2. Der/die Landesvorsitzende ist Vorstand im Sinne des § 26 des BGB. Bei Verhinderung wird er/sie durch einen stellvertretenden Landesvorsitzenden vertreten. Die Vorsitzenden haben mit dieser Maßnahme die Stellung des gesetzlichen Vertreters im Sinne des § 710 BGB. Ihre persönliche Haftung nach § 54 BGB ist ausgeschlossen.
3. Der geschäftsführende Landesvorstand erledigt die laufenden Geschäfte, bereitet die Sitzungen des Landesvorstandes und die Delegiertenversammlung vor und führt ihre Beschlüsse durch.
4. Sitzungen des geschäftsführenden Landesvorstandes finden nach Bedarf statt. Auf Antrag von dreien seiner Mitglieder ist eine Sitzung einzuberufen.

§ 14 Beschlussfähigkeit des Vorstandes

Landesvorstand und geschäftsführender Landesvorstand sind beschlussfähig, wenn jeweils mindestens die Hälfte ihrer Mitglieder anwesend sind.

§ 15 Satzungsänderungen

Satzungsänderungen können nur von der Delegiertenversammlung mit Zweidrittelmehrheit beschlossen werden.

§ 16 Auflösung des Verbandes

Die Auflösung des Verbandes kann nur von einer zu diesem Zweck einberufenen außerordentlichen Mitgliederversammlung mit Zweidrittelmehrheit beschlossen werden.

§ 17 Schlussbestimmung

Im Übrigen gelten die einschlägigen gesetzlichen Regelungen des BGB in seinem Zweiten Titel. Juristische Personen. I. Vereine. 1. Allgemeine Vorschriften' (§ 21-115). Diese Satzung wurde durch die Delegiertenversammlung am 20. Oktober 2000 beschlossen. Sie gilt mit sofortiger Wirkung. Satzungsänderungen durch die Delegiertenversammlung vom 24. November 2010 in Wernau sowie redaktionelle Änderungen sind eingearbeitet.

Ergänzende Satzungsänderung am 17. Oktober 2013 in Niefern. (Stand 10/2013)
Satzungsänderungen durch die Delegiertenversammlung vom 24. Oktober 2019 in Herrenberg sind eingefügt (Stand 10/2019).

ANLAGE I ZUR SATZUNG

(beschlossen am 11.10.1991 in Pforzheim, ergänzt am 17. Oktober 2013 in Niefern)

Rechte und Pflichten der Bezirksverbände

1. Die Bezirksverbände tragen die Verbandsarbeit in ihrem jeweiligen Regierungsbezirk gemäß der Satzung des Landesverbandes im Einvernehmen mit dem Landesvorsitzenden.



2. Die Bezirksverbände können sich eine eigene Geschäftsordnung geben.

3. Die Bezirksvorstände haben folgende Aufgaben wahrzunehmen:

a) Die Bezirksvorsitzenden nehmen gem. § 12 der Satzung an den Sitzungen des Landesvorstandes teil.

b) Die Bezirksversammlung wählt alle drei Jahre einen Bezirksvorstand mit dem Bezirksvorsitzenden, dem stellv. Bezirksvorsitzenden und dem Referenten für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.

c) Die Bezirksvorsitzenden unterrichten den Landesvorstand und die Mitglieder ihres Bezirks über wichtige Vorgänge

innerhalb ihres Bereichs und über wichtige Beschlüsse des Bezirksvorstands. Die Unterrichtung der Mitglieder findet in der Regel auf elektronischem Wege statt.

d) Sie können ein Aktionsprogramm aufstellen und andere Verbandsveranstaltungen durchführen. Die Bezirksversammlung findet immer alle drei Jahre – im Rahmen des Landesrealschultages – statt.

e) Sie führen eine Mitgliederkartei ihres Bezirks.

f) Sie bitten RLV-Mitglieder an den Schulen ihres Bezirkes, die neuesten Informationen aus dem Verband über das „Info-Brett Verbände“ an Kolleginnen und Kollegen weiterzugeben.

g) Sie halten Verbindung zum Regierungspräsidium, zu den Päd. Hochschulen, den Seminaren für schulpraktische Ausbildung und zu den Abgeordneten ihres Bezirks.

4. Es bleibt den Bezirksvorsitzenden überlassen, einzelne Aufgaben bestimmten Mitgliedern zu übertragen.

5. Die Bezirksverbände erhalten zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben einen angemessenen Beitrag aus den Mitgliedsbeiträgen, den der Landesvorstand im Rahmen des jährlichen Haushaltsplanes festlegt.

Stand: Oktober 2025

In eigener Sache

Beiträge ab 2026

Liebe RLV-Mitglieder,

auf dem Landesrealschultag im Oktober 2025 hat die Delegiertenversammlung der vorgeschlagenen Erhöhung der RLV-Mitgliedsbeiträge zum 01.01.2026 einheitlich zugestimmt.

Um diese Entscheidung besser nachvollziehen zu können, möchten wir Ihnen gerne einen kleinen Einblick in die „Schatzkammer“ des RLV und damit in die Hintergründe der Beitragserhöhung geben.

Für diese inbegriffenen Leistungen fielen dem RLV bislang Kosten in Höhe von knapp 7,- € pro Monat und Mitglied an und zwar unabhängig vom Deputat und Beitrag des einzelnen Mitglieds. Diese Beiträge steigen im kommenden Jahr und ließen sich durch Einsparungen auch nicht mehr auffangen. Deshalb war es für uns ein unvermeidlicher Schritt, den Mitgliedsbeitrag anzuheben, um als Verband auch mittel- und langfristige handlungsfähig zu bleiben und um die Realschule weiterhin tatkräftig und wirkungsvoll vertreten zu können.

Mit den neuen Beitragshöhen haben wir zugleich, im Sinne einer bestmöglichen Beitragsgerechtigkeit, für Lehrkräfte, die nicht in A13 eingestuft sind, weitere Beitragsgruppen geschaffen.

Die Beiträge im RLV waren davor 6 Jahre konstant und liegen – auch nach der Erhöhung – weiterhin sehr deutlich unter denen der anderen Lehrerverbände. Da wir auch nur alle drei Jahre mit dem Landesrealschultag eine Generalversammlung durchführen, können wir auch nur in diesen Abständen eine Erhöhung vornehmen, um die Kostensteigerungen abzufedern.

Eine gute und qualitativ hochwertige Verbandsarbeit ist uns sehr wichtig. Dafür benötigen wir aber neben dem engagierten Team – das wir glücklicherweise haben – auch ausreichende finanzielle Ressourcen, die uns durch diese Beitragserhöhung nun wieder zur Verfügung stehen.

Bitte melden Sie uns im Sinne der Beitragsgerechtigkeit auch Veränderungen ihrer Tätigkeit. Sollten Sie ihr Deputat reduziert haben, in Elternzeit sein oder in den wohlverdienten Ruhestand gehen, wirkt sich die Meldung auch für Sie positiv aus.

Ich danke Ihnen allen im Namen des RLV-Vorstands für Ihr Verständnis für diesen Schritt und Ihre bleibende Unterstützung. Sollten noch Fragen offengeblieben sein, so stehe ich Ihnen unter kasse@rlv-bw.de als Schatzmeister gerne Rede und Antwort.

Ihr Florian Gantner, Landesschatzmeister

MONATSBEITRÄGE ab 01/2026

Studierende	frei
Lehramtsanwärter/innen	2€
Lehrer/innen ohne Anstellung	4€
Lehrkräfte in Elternzeit (zuvor in TZ bis 14 Std.)	4€
Pensionierter Ehepartner im RLV	5€
„Nichterfüller/innen“ (Teilzeit)	6€
Lehrkräfte in Elternzeit (zuvor in TZ bis 20 Std.)	6€
Lehrkräfte in Elternzeit	8€
Angestellte Lehrkräfte – bis 14 Std.	8€
Fachlehrer/innen bis 14 Std. (A11)	8€
Fachlehrer/innen (A 10 Teilzeit bis 14 Std.)	8€
Ehepartner-Mitglied im RLV	10€
„Nichterfüller/innen“	10€
Lehrer/innen Teilzeit (A12 bis 14 Std.)	10€
Realschullehrer/innen Teilzeit (A13 bis 14 Std.)	10€
Angestellte Lehrkräfte – bis 20 Std.	11€
Fachlehrer/innen bis 20 Std. (A11)	11€
Fachlehrer/innen (A 10 Teilzeit bis 20 Std.)	11€
Pensionäre	12€
Fachlehrer/innen (A10)	13€
Angestellte Lehrkräfte – Vollzeit	14€
Lehrer/innen Teilzeit (A12 bis 20 Std.)	14€
Realschullehrer/innen Teilzeit (A13 bis 20 Std.)	14€
Fachlehrer/innen (A11)	15€
Lehrer/innen (A12)	16€
Realschullehrer/innen	18€
RS-Konrektoren/innen u. Schulaufsicht (A14)	20€
Realschulrektoren/innen u. Schulaufsicht (A15)	22€



Die Stimme der Realschule

Realschullehrerverband Baden-Württemberg

Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Realschulen

Monatsbeitrag ab 01/2026:

- Studierende beitragsfrei
- Lehramtsanwärter/innen 2,00 €
- Lehrer/innen ohne Anstellung 4,00 €
- Angestellte Lehrkräfte 14,00 €
- Fachlehrer/innen 15,00 €
- Realschullehrer/innen 18,00 €
- Realschulkonrektoren/innen und Schulaufsicht (A14) 20,00 €
- Realschulrektoren/innen und Schulaufsicht (A15) 22,00 €
- Pensionäre 12,00 €
- Ehepartner-Mitglied im RLV 10,00 €

Bitte teilen Sie uns jede Veränderung mit.

Alle Beiträge verstehen sich als Mitgliedsbeitrag bei Vollzeitbeschäftigung, Beiträge bei Teilzeitbeschäftigung und anderer Eingruppierung (z.B. Fachlehrer A 10, A11, Sekundarlehrer) entsprechend niedriger, alle Beiträge unter rlv-bw.de oder durch Anfrage bei info@rlv-bw.de

Informationen und Anmeldung:

Realschullehrerverband Baden-Württemberg
Landesgeschäftsstelle
Frau Christine Blodig
Zeisigweg 11
72108 Rottenburg am Neckar
Tel.: 0176 – 3127 24 03
info@rlv-bw.de

Landesvorsitzende:
Dr. Karin Broszat
landesvorsitz@rlv-bw.de

Beitrittserklärung

Hiermit erkläre ich unter Anerkennung der Satzung* meinen Beitritt zum Realschullehrerverband Baden-Württemberg. *www.rlv-bw.de

Name Vorname	Telefon
Straße Nr.	Handy
PLZ Ort	
E-Mail (privat)	Geburtsdatum
Anschrift der Dienststelle	
Amtsbezeichnung	Teilzeit ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/>
Wenn Teilzeit, Anzahl der Stunden	
Besoldungsgruppe	Eintrittsdatum RLV
Datum Unterschrift	

Geworben von:

Vor- und Nachname

Einzugsermächtigung

Mit meiner Unterschrift ermächtige ich widerruflich den Schatzmeister des RLV, den von mir zu entrichtenden satzungsgemäßen Beitrag von meinem Konto abzubuchen:

vierteljährlich <input type="checkbox"/>	halbjährlich <input type="checkbox"/>	jährlich <input type="checkbox"/>
IBAN		
BIC		
Datum Unterschrift		

Im Mitgliedsbeitrag sind enthalten:

- Rechtsberatung und Rechtsschutz nach der Verordnung des BBW
- Diensthaftpflichtversicherung, Deckungssumme 10.000.000 € bei Personen- und Sachschäden, 50.000 € bei Vermögensschäden, Obhutsschäden und Schäden aus Schlüsselverlusten
- Freizeit-Unfallversicherung mit 1.500 € im Todesfall, 3.000 € bei Vollinvalidität und 6,00 € Krankenhaus-Tagegeld
- „Bildung Real“, Bundeszeitung des VDR
- „realist“ – Die Realschule in Baden-Württemberg, Magazin des RLV

Bitte senden Sie Ihre Beitrittserklärung auf dem Postweg oder per E-Mail an:

Realschullehrerverband Baden-Württemberg, Landesgeschäftsstelle
Frau Christine Blodig · Zeisigweg 11 · 72108 Rottenburg am Neckar
Tel.: 0176 – 3127 24 03 · info@rlv-bw.de

Herzlichen Dank!



Neuer Landesvorstand gewählt



Beim Landesrealschultag 2025 wurden einige Ämter im Landesvorstand des RLV neu besetzt. Bettina Bochtler (Laichingen) und Andreas Bogner (Hamberg) wurden zu stellvertretenden Landesvorsitzenden gewählt. Ebenfalls neu im geschäftsführenden Landesvorstand ist Florian Gantner (Baden-Baden), der zum Landesschatzmeister gewählt wurde. In den Landesbezirken kam es zu folgenden Veränderungen: Sonja Jouvenal (Mönsheim) ist die neue Bezirksvorsitzende in Nordbaden, Christina Beer (Weil im Schönbuch) führte den Bezirk Nordwürttemberg seit dem Ausscheiden ihrer Vorgängerin bereits seit einigen Monaten und wurde nun beim Landesrealschultag zur neuen Bezirksvorsitzenden gewählt. Der neue gewählte Stellvertreter in Nordwürttemberg ist Jan Küster (Sindelfingen). Ebenfalls neu im Landesvorstand sind Christine Blodig (Rottenburg am Neckar), sie führt das Referat Chancengleichheit, und Christine Kienzler (Zell am Harmersbach) als neue stellvertretende Bezirksvorsitzende in Südbaden.

Dank der deutlich gestiegenen Mitgliederzahl konnten erstmals seit langer Zeit wieder Kreisvorsitzende in Nordbaden gewählt werden. Diese sind Alexander Oberst (Mannheim), Yvonne Roß (Karlsruhe), Sonja Jouvenal (Pforzheim) und Florian Gantner (Rastatt).

Die Delegierten ehrten den ausscheidenden stellvertretenden Landesvorsitzenden, Anton Blank, mit langanhaltendem Beifall für seine jahrzehntelange sehr engagierte Arbeit im RLV und wählten ihn einstimmig zum Ehrenmitglied. In dieser Funktion ist er ebenfalls nun Mitglied im Landesvorstand.

Den ausgeschiedenen Mitgliedern im Landesvorstand dankte die Landesvorsitzende für die großartige Arbeit, die sie für den Realschullehrerverband, seine Mitglieder und die gesamte Realschulfamilie in Baden-Württemberg geleistet haben. Unzählige Stunden haben Anton Blank (Bezirksvorsitzender und stv. Landesvorsitzender), Marlon Lamour (stv. Landesvorsitzender), Bernd Jung (Landesschatzmeister), Stefan Jaitner (stv. Bezirksvorsitzender) und Stephanie David (Bezirksvorsitzende) in unterschiedlichen Ämtern ehrenamtlich für den RLV gearbeitet. Dafür gebührt ihnen großer Dank!

Landesvorstand RLV BW

Landesvorsitz: Dr. Karin Broszat

Stellv. Landesvorsitzende: Andreas Kuhn, Bettina Bochtler, Andreas Bogner

Landesgeschäftsführer: Ralf Merkle

Landesschatzmeister: Florian Gantner

Chefredakteur Verbandsmagazin: Ralf Merkle

Bezirksvorsitzende Nordbaden: Sonja Jouvenal

Stellvertreter: Christof Schiemer

Bezirksvorsitzender Südbaden: Daniel Janka

Stellvertreterin: Christine Kienzler

Bezirksvorsitzende

Nordwürttemberg: Christina Beer

Stellvertreter: Jan Küster

Bezirksvorsitzender

Südwürttemberg: Christian Abt

Stellvertreter: Timo Habdank

Referat Beamtenrecht, Besoldung, Personalratsangelegenheiten: Rolf Thalgot

Referat Erziehung, Bildung, Schulpolitik & Lehrerbildung: Prof. Dr. Konrad Fees

Referat Pensionäre und Seniorenpolitik: Herbert Winkler

Referat Chancengleichheit: Christine Blodig

Referat Presse und Öffentlichkeitsarbeit: Dr. Karin Broszat

Referat Außerschulischer Bereich: Florian Gantner

Ehrenmitglied: Anton Blank

Zusätzliche Funktionen:

Referent Presse und Öffentlichkeitsarbeit Südwürttemberg: Christian Fischer

Kreisvorsitzende Nordbaden:

A. Oberst (Mannheim), Y. Roß (Karlsruhe), S. Jouvenal (Pforzheim), F. Gantner (Rastatt)



»Ich brenne für das gegliederte Schulsystem!«

Ich möchte mich mit dieser Nachricht als neuer stellvertretender Landesvorsitzender des Realschullehrerverbandes vorstellen. Dies ist seit letzter RLV-Jahresversammlung Realität! Eine Vorstellung, welche mir einst völlig unrealistisch schien, fordert das Lehredasein/die Schulleitung bereits sehr viel. Realität ist es auch, dass unser Schulsystem massiv im Wandel ist und allem Anschein nach dem gegliederten Schulsystem das Ende bereitet wird. Diese Vorstellung ist mir derart ein Grauen, dass ich mein Bestmögliches tun möchte, um diese Realität gemeinsam mit Euch zu verhindern.

Mit dem großen Glück ländlich und wohlbehütet am äußersten Rand des Nordschwarzwaldes aufwachsen zu dürfen, führte mich mein Weg mit einer damals noch nahezu unumstrittenen Grundschulempfehlung, trotz gymnasialer Empfehlung aus der Verbandsschule im Biet, an die sehr gute LUS-Realschule nach Heimsheim. Sowohl in meiner Grundschulzeit als auch zu Realschulzeiten hatte ich das große Glück, überwiegend großartige Lehrkräfte zu haben. Da es mir in meiner Familie sehr gut erging, das Geld aber nicht für alle Dinge reichte, hatte ich bereits mit 13 Jahren einen Nebenjob. Alles begann mit dem Austragen von Werbeprospekten und kurze Zeit später arbeitete ich in der ortsansässigen Firma in der Elektroabteilung nebenher zur Schule.

Ganz ohne Mentoring, fragwürdige Projekte und mit klassischem Unterricht fühlte ich mich pudelwohl und hatte das Rüstzeug für ein Leben außerhalb der Schule. An dieser Stelle ein Dank an meine Lehrer. An eine Rückkehr an die Schule verschwendete ich eigentlich keinen Gedanken. Doch nach weiteren Schuljahren und einer kaufmänni-

schen Ausbildung führte mich mein Weg wieder in die Schule. Über ein Praktikum bei einer Förderschule und die Ausbildung zum Fachlehrer ging es 2000 zu meiner ersten Dienststelle an die Eichlebergschule nach Ölbronn. Wie gut eine Hauptschule funktionieren kann und vor allem ganz anders als in der Presse dargestellt, durfte ich dort erfahren. Doch in den kommenden Jahren nahm der Druck auf diese kleine, feine Schule, an der jeder jeden kannte, immer weiter zu. Die drohende Abwicklung schmerzte und ich beantragte die Versetzung. Zu dieser Zeit wollte ich mich über weitere Studiengänge und Möglichkeiten für Fachlehrer beim Personalrat informieren. Zu meinem Erstaunen wollte man mir nach zwei Fragen nicht mehr antworten, da ich ja kein GEW-Mitglied sei. Mein Verständnis der Tätigkeit eines Personalrates war ein anderes und ich arbeitete weiter als Fachlehrer. Meine Versetzung führte mich an die Werkrealschule Althengstett. In dieser Zeit der ersten rot-grünen Landesregierung kam es zu großen Umstrukturierungen in der Schullandschaft, die nach meiner Einschätzung weder für Lehrer noch Schüler einen Vorteil bringen konnten. Aufgrund eines nicht gekannten Schwunds an Mitgliedern ging die GEW damals auf alle Schulen zu, um Gespräche über die Sorgen und Nöte der Lehrer zu führen. Der Austausch damals war sehr ernüchternd, da man lediglich den Gedanken der Einheitsschule darlegte und es nicht so schien, als hätte man wirklich Interesse daran, andere Sichtweisen aus der Lehrerschaft anzuhören. Auch an dieser Werkrealschule fühlte ich mich in einer funktionierenden und sinnvollen Schulart sehr wohl. Die Möglichkeit einer Fachoberlehrerstelle führte mich erstmalig als Lehrkraft an eine Realschule in Ludwigsburg. Die Schülerschaft dort war sehr herausfordernd, deutlich

mehr, als ich es von meiner Zeit an der HS und WRS kannte. In dieser Zeit bot sich mir der berufsbegleitende Aufstieg zum Realschullehrer und im Anschluss die Möglichkeit, wieder näher an meinem Wohnort zu unterrichten. Auch war diese Zeit von einer damals zwanghaft gewollten Umstrukturierung der Elly in eine Realschule geprägt. Es war ein schwerer Kampf, diesen politischen Willen von der Schule abzuwenden, schließlich wollten dies dort weder Eltern, Schüler noch Lehrkräfte. Da aber mit finanziellen Mitteln und weiteren Annehmlichkeiten gelockt wurde, versuchte man es aufzuzwingen.

Meine anschließende Zeit an der Reuchlin-Realschule in Bad Liebenzell war im Anschluss Balsam für meine „Lehrseele“. Dort gab es keine Diskussion über die Schulart und man war überzeugt vom gegliederten und funktionierenden System. Zudem durfte ich dort wundervolle Momente durch großartige Schüler und Kollegen erleben. Unterricht war auf einem guten Niveau möglich und ich ging davon aus, an dieser Schule für die nächsten 25 Jahre bis zu einer Pensionierung als Realschullehrer zu bleiben. Der unerwartete Tod unserer Schulleiterin änderte meine Rolle in der Schule. Fortan musste mein guter Freund und Konrektor die Schule führen und ich unterstützte ihn in der Schulleitung. In diese schwierige Zeit fielen auch die Jahre rund um die Corona-Infektionen mit teils fragwürdigen und sehr kurzfristigen Entscheidungen zum Nachteil aller, insbesondere unserer Schüler. In dieser Zeit der riesigen Herausforderungen wurde es mehrfach verschoben, mich offiziell zum Konrektor der Schule zu machen, dennoch hatte ich diesen Job de facto inne. Gegen Ende dieser Zeit



Neuer Landesvorstand gewählt

erfolgte auch meine Ernennung in dieses Amt. Auf eine konkrete Nachfrage im Februar 2022, die Realschule in Weil der Stadt zu leiten, ließ mich diese Herausforderung nicht los. So darf ich diese wunderbare Realschule seit September 2022 zusammen mit einem sehr gut funktionierenden Team aus Konrektorin, Lehrern, Sekretärin und Hausmeistern leiten. Beeindruckend an unserer Schule ist nicht nur die große Anzahl an freundlichen und motivierten Schülern, sondern auch die enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Eltern. Gemeinsam stellen wir uns der Aufgabe von Bildung und Erziehung. Das große Engagement zeigt sich nicht nur in unseren Schulveranstaltungen, sondern auch an den 1000 Unterstützungsanträgen

für den Volksantrag, welcher durch das Engagement des Elternbeirats zustande kam. Diese Zeit mit massiven Eingriffen ins gegliederte Schulsystem bewegte mich zu einem größeren Engagement im RLV, dem einzigen Verband im Sekundarbereich 1, der vollumfänglich hinter dem gegliederten Schulsystem steht. Gemeinsam mit Euch Mitgliedern möchte ich um unsere Schullandschaft kämpfen. Außerdem möchte ich meine Realschule in ihrer Form mit der tollen Kooperation zum ansässigen Gymnasium und der ausgezeichneten Würmtal-Werkrealschule vor Ort ebenso erhalten wie in möglichst vielen Landesteilen. Den Weg der Gemeinschaftsschule fand ich vor Jahren ebenso falsch wie die Gedanken an eine „neue Sekundarschule“ und das

nun propagierte Zweisäulensystem. Ich möchte mich dahingehend einbringen, die Vorteile des gegliederten Schulsystems aufzuzeigen und die Realschule zu stärken. Hierbei lautet mein Motto: „Wenn die Schwachen und Starken in einem gemeinsamen System überwiegend voneinander profitieren würden, dann würde ein Profiverein mit einem Verein der C-Klasse zusammen trainieren oder die Philharmoniker mit der Dorfkapelle!“ Jeder wüsste, was passiert: Die einen geben auf, die anderen lassen nach. Gegebene Heterogenität nehmen wir alle an, diese bewusst als Ziel zu sehen und auszuweiten, halte ich für falsch. Lasst uns gemeinsam weiter für unser gegliedertes Schulsystem kämpfen.

Christine Blodig



Referatsleiterin
Chancengleichheit

Mein Name ist Christine Blodig und ich freue mich sehr, künftig die Aufgabe der Chancengleichheitsbeauftragten im Realschullehrerverband Baden-Württemberg zu übernehmen. Seit nunmehr 33 Jahren arbeite ich mit großer Überzeugung und Leidenschaft an der Realschule – einer Schulart, die jungen Menschen vielfältige Wege ins Berufsleben oder in weiterführende Schulen eröffnet und individuelle Begabungen ebenso fördert wie gemeinsames Lernen und Verantwortungsbewusstsein.

Als Lehrerin an einer Mädchenrealschule liegt ein besonderer Schwerpunkt meiner Arbeit auf der Mädchenbildung. Immer wieder erlebe ich, wie wichtig es ist, Schülerinnen in ihrer persönlichen Entwicklung zu stärken, ihnen Selbstvertrauen zu vermitteln und Räume zu schaffen, in denen sie ihre Potenziale entdecken können. Dieses Anliegen begleitete mich auch in meinem Masterstudium der Schulentwicklung an der Pädagogischen Hochschule Weingarten. In meiner Masterarbeit „Lernberatung aus der Sicht von Schülerinnen“ habe ich mich intensiv mit der Frage beschäftigt, wie Schule Lernprozesse so gestalten kann, dass Schülerinnen sich gesehen, ernst genommen und unterstützt fühlen.

Neben der pädagogischen Arbeit liegt mir die Zusammenarbeit mit Eltern sehr am Herzen. Eine vertrauensvolle Elternarbeit ist für mich ein wesentlicher Baustein erfolgreicher schulischer

Bildung und trägt entscheidend dazu bei, dass Kinder und Jugendliche ihren Weg selbstbewusst gehen können. So leite ich seit vielen Jahren mit einer Kollegin zusammen Elternseminare nach dem Dialogprinzip von David Bohm.

Gleichstellung bedeutet für mich, allen Mitgliedern einer Schulgemeinschaft faire Chancen und gleiche Wertschätzung zu ermöglichen. Es geht nicht um Gegeneinander, sondern um Miteinander: um den respektvollen Umgang, die Anerkennung unterschiedlicher Lebensentwürfe und die Förderung individueller Stärken. Dies habe ich auch in meiner mehrjährigen Tätigkeit in der Mitarbeitervertretung (MAV) versucht umzusetzen. Als Gleichstellungsbeauftragte möchte ich nun ebenso dazu beitragen, dass Gleichberechtigung im schulischen Alltag und im RLV selbstverständlich gelebt wird – mit Augenmaß, Empathie und einer klaren Haltung für Gerechtigkeit.

Sonja Jouvenal



**Bezirks-
vorsitzende
Nordbaden**

Mein Name ist Sonja Jouvenal und ich bin Realschullehrerin an der Ludwig-Uhland-Schule in Heimsheim im schönen Heckengäu. Seit 22 Jahren arbeite ich an dieser Schule und unterrichte die Fächer Englisch, Geschichte und Gemeinschaftskunde (studiert), aber auch Geographie, Kunst und Sport.

Eigentlich kenne ich diese Schule aber schon sehr lange, denn es ist meine

eigene Schule, da ich selber ein Kind der Realschule bin. Ich weiß genau welcher Klassenkamerad die Löcher in die Wand im Klassenzimmer gebohrt hat, die heute noch immer zu sehen sind.

Nach der „Mittleren Reife“ habe ich eine Ausbildung zur Industriekaufrau gemacht, aber nach der Lehre gekündigt, weil mein Chef meinte, dass er mir als „Mädel“ nicht den gleichen Lohn wie den Jungs zahlen müsse.

Nach einem Aufenthalt als Au Pair in England folgte dann die fachgebundene Hochschulreife in Stuttgart und der Weg für das Lehramtsstudium in Ludwigsburg war frei. Nach dem Referendariat gab es für mich mit 1,5 leider keine Stelle. Es folgten 3 Jahre der beruflichen Selbständigkeit mit einer

Schule für Nachhilfe und Wirtschaftsentenglisch. Dann kam eines Tages der Anruf vom Schulamt, weil es klemmte, ...

Nun bin ich schon seit mehr als 20 Jahren im Schuldienst und zwischenzeitlich auch im Personalrat des Schulamtes Pforzheim tätig. Für die momentane Legislaturperiode konnten wir 2 Sitze erringen, worauf wir sehr stolz sind. Die Arbeit im ÖPR Pforzheim funktioniert sehr gut, auch wenn wir nicht immer gleicher Meinung sind, obwohl allerorts dieselben Probleme drücken. Beim letzten Realschultag habe ich mich zur Wahl der Bezirksvorsitzenden für das RP Karlsruhe aufstellen lassen, weil der bisherige Amtsinhaber nun einen neuen Posten innehat. Man wächst eben auch mit seinen Aufgaben.

»Ich liebe und lebe Realschule«

Mein Name ist Christine Kienzler und ich bin frisch gebackene stellv. Bezirksvorsitzende der „Enklave“ Südbaden, wie Anton Blank uns einst bezeichnete.

Meine Heimat, der ich bis heute treu geblieben bin, ist das wunderschöne „Hahn und Henne Städtle“ Zell am Harmersbach. Hier lebe ich mit meinem Mann und unseren beiden Kindern.

Nach meinem Studium als „Exilchwäbin“ an der PH Ludwigsburg, habe ich das Referendariat an der Heinrich-Heine-Realschule in Gengenbach absolviert.

Und dann kam erst mal nichts. Was heute kaum vorstellbar ist, war damals

die knallharte Realität: im ganzen Ortenaukreis gab es nur eine Stelle über Liste und drei schulscharfe Ausschreibungen für Physik.

Doch wie so oft im Leben, war die scheinbare Misere mein größtes Glück. Mitte Oktober 2010 bekam ich eine KV-Stelle an der Realschule Wolfach, genau an der Schule, an der ich schon immer sein wollte.

Mittlerweile unterrichte ich seit 15 Jahren Englisch, Deutsch und katholische Religion an der RSW und bin nach wie vor begeisterte Realschullehrerin und „Fan“ der Realschule, als eigenständige Schulform.

Das ist auch der Grund, warum ich vor einigen Jahren in den RLV eingetreten bin, mich für die Personalratswahlen

aufstellen ließ und mich jetzt im Bezirksvorstand engagiere.

Die Realschule muss und soll als eigene Schulform, als Schule der Mitte, erhalten bleiben. Wir bzw. „Ich liebe und lebe Realschule.“

**Stellv.
Bezirks-
vorsitzende
Südbaden**



Christine Kienzler



Neuer Landesvorstand gewählt

Name: Jan Küster

Funktion im RLV: neu gewählter stellv. Bezirksvorsitzender Nord-Württemberg

Alter: 56

Familienstand: glücklich verheiratet, drei Kinder, zwei Enkel

Studium: PH Freiburg, Lehramt an Realschulen, Technik, Physik, Geographie

Jan Küster



Stellv. Bezirksvorsitzender Nordwürttemberg

Liebe Realisten, vielen Dank dafür, dass ich mich hier kurz vorstellen darf. Ich wurde einstimmig gewählt, was vor allem daran lag, dass ich mich nicht ganz so arg dagegen gewehrt habe wie alle anderen Delegierten aus dem Bezirk Nordwürttemberg.

Zunächst das Offensichtliche: Ja, ich bin Realschullehrer. Seit 2006 unterrichte ich an der Theodor-Schüz-Realschule

Herrenberg, der gleichen Schule wie unsere Bez.-Vorsitzende Christina Beer.

Jetzt das Besondere: Der Job als Realschullehrer allein hat mir noch nie gereicht. Nach meinem Referendariat war ich zunächst in der Elektronik-Industrie, um angeblich „pädagogisch wertvolles“ Elektronik-Spielzeug zu entwickeln. Als ich wieder Lehrer wurde, hatte ich zunächst die ganz normalen Nebenjobs: Klassenlehrer, Fachschafts- und Sammlungsleiter, dank NWA sogar gleich von drei Sammlungen, Sicherheitsbeauftragter, Schulsanitäter... Und als mir auch das nicht mehr ausgereicht hat, habe ich nebenbei Lehrerhandbücher geschrieben, bis ich meine Begeisterung für den Katastrophenschutz entdeckt habe. Als Strömungsretter bei Hochwasserlagen durfte ich kostenlos alle Ausbildungen machen, für die Adrenalin-Junkies viel Geld zahlen, hauptsächlich Rafting und Canyoning, gepaart mit Höhenrettung und viel Sanitätsausbildung.

Das hat natürlich auch wieder Einfluss auf meine schulische Tätigkeit gehabt. Schon lange, bevor es das ZSL gab, durfte ich Lehrer-Fortbildungen in Rettungsfähigkeit

halten, und bin so in meine zweite Laufbahn als Lehrer-Fortbildner hineingerutscht. Inzwischen gebe ich Fortbildungen für alles, was mit Schwimmen zu tun hat, erweiterte Erste Hilfe, aber auch den „kleinen Maschinenschein“ für den Technikunterricht. Vielen Dank an dieser Stelle an meinen Mentor Eckhard Schauerhammer, der mich zum RLV gebracht hat.

Da ich durch die vielen Fortbildungen an vielen Schulen bekannt bin, hat es natürlich auch mit der Wahl zum Personalrat für den RLV geklappt. Meine aktuelle Tätigkeit ist etwa ein Drittel Unterricht, ein Drittel Fortbildungen und ein Drittel Personalratsarbeit.

Große Reichweite beim ZSL, im Personalrat oder im Verein bedeutet auch viele Möglichkeiten, Unterschriften für den Volksantrag zu sammeln. Um rechtssicher zu sein, wechselte ich sogar immer mein Namensschild aus, je nach Funktion, in der ich gerade spreche.

Viele liebe Grüße und auf eine gute Zusammenarbeit, Jan Küster

Aus unserem Verband ist verstorben

RLin a. D. Rita Binder

RR a. D. Wolfgang Sauter

RL a. D. Michael Schrader

Villingen-Schwenningen

Sigmaringen

Baden-Baden

In Memoriam

Wir nehmen Abschied und werden ein ehrendes Andenken bewahren

Neue Landes- geschäftsstelle

Seit dem 1. Februar 2026 wird die Landesgeschäftsstelle des RLV von Christine Blodig geführt. Damit ändert sich auch die bisherige Adresse.

Nach vielen Jahren hervorragender Arbeit für den RLV hat die bisherige Geschäftsstellenleiterin, Frau Dunja Bartsch, auf eigenen Wunsch hin ihre Tätigkeit beendet und geht nun auch in diesem Amt (Dunja Bartsch war viele Jahre lang Schulsekretärin an einer Realschule) in den wirklich wohlverdienten Ruhestand. Bei der Übergabe der Geschäfte Ende Januar 2026 bedankten sich der Landesschatzmeister, Florian Gantner, und der Landesgeschäftsführer, Ralf Merkle, im Namen der Landesvorsitzenden und aller Mitglieder des RLV für die dem Verband und seinen Mitgliedern geleisteten Arbeit bei Dunja Bartsch.

Neue Adresse der Geschäftsstelle:

Christine Blodig
Zeisigweg 11 | 72108 Rottenburg am Neckar
Mail: info@rlv-bw.de | Tel.: 0176 - 31 27 24 03

Die Geschäftsstelle ist für alle Mitglieder der direkte Ansprechpartner. Bitte informieren Sie die Geschäftsstelle auch über alle Änderungen, die für den Verband wichtig sind (z. B. Adressänderungen, Änderungen im Beitragsstatus). Nur so können wir ordnungsgemäß für Sie arbeiten. Der aktuelle Beitragsstatus (u. a. dienstliche Veränderungen, die zu Beitragsanpassungen führen könnten) ist vor allem auch wichtig für die Gewährung von Versicherungsleistungen (z. B. Leistungen in der Diensthaftpflicht). Nur wenn ein Mitglied seinen Beitrag in der vorgegebenen Höhe korrekt bezahlt hat (dies müssen wir der Versicherung in einem Versicherungsfall bestätigen), kann es Leistungen erhalten. Ansonsten müssen die Leistungen in einem Schadensfall verweigert werden.

Wichtig deshalb!!

- 3_ Stimmt meine Adresse noch? Telefon / E-Mail??
- 2_ Stimmt mein Beitragsstatus? Von A13 auf A14 gestiegen? Vorbereitungsdienst beendet? Nur noch teilzeitbeschäftigt? Elternzeit?
- 1_ Bitte einfach alle Veränderungen rechtzeitig melden – so können wir in Kontakt bleiben & wir uns um SIE kümmern! Veränderungen an info@rlv-bw.de - auch in allen anderen Fällen (u. a. Schadensfall, allgemeine Nachfragen) **info@rlv-bw.de** – die E-Mail-Adresse für Ihre Anliegen!



econo_me
 Wettbewerb Wirtschaft und Finanzen 2025/26

Jetzt Anmelden!

WAS ZOLL DAS?
 Wir und der Welthandel









RLV verleiht Ehrenmitgliedschaft

an Anton Blank

Beim Landesrealschultag am 13.10. 2025 in Herrenberg verlieh der RLV dem scheidenden Stellvertretenden Landesvorsitzenden Anton Blank die Ehrenmitgliedschaft. Die Landesvorsitzende, Frau Dr. Karin Broszat, würdigte die herausragenden Verdienste für den Verband. Die Delegiertenversammlung ernannte ihn einstimmig zum Ehrenmitglied und verabschiedete ihn mit langanhaltendem Applaus.



In ihrer Rede anlässlich der Verleihung der Ehrenmitgliedschaft an Anton Blank beim Landesrealschultag 2025 sagte die Landesvorsitzende: „Mit Anton Blank wird heute nicht nur ein äußerst wichtiges Mitglied des Landesvorstands, sondern auch ein ganz besonderer Mensch verabschiedet. Die Realschule war für ihn schon immer viel mehr als ein Arbeitsplatz und so setzte er sich sehr früh und unermüdlich für unsere Schulart ein. Als kluger Kopf und Praktiker entwickelte er ein untrügliches Gespür für politische Gefahren, die dann leider auch zahlreich kamen.

So ruhig er immer wirkte, war er doch entscheidende Triebfeder in 'seinem' Verband und das 43 Jahre lang! Eigentlich ist der RLV ohne Anton undenkbar, aber er hat so viele Jahre – über seine Pensionierung

hinaus – seine guten Ideen, seine Tatkraft, seine bemerkenswerte Empathie und menschliche Wärme erfolgreich eingebracht, dass er nun, von uns allen verstanden, ein bisschen kürzertreten darf und auf seine (sichere) Wiederwahl verzichtet hat.



»Blumen und Geschenke können nicht ausdrücken, was der RLV und viele davon auch sehr persönlich ihm zu verdanken haben.«

Anton Blank ist am 1. Januar 1981, nur wenige Jahre nach seinem Vorbereitungsdienst, den er in seiner Heimatstadt Horb am Neckar an der dortigen Realschule geleistet hat, dem RLV beigetreten. Zuvor war er kurze Zeit Mitglied in der GEW, ist aber bald ausgetreten, weil er sich mit deren schulpolitischen Vorstellungen – damals Gesamtschule, heute Gemeinschaftsschule – nicht identifizieren konnte.

Als studierter Realschullehrer für die Fächer Chemie und Biologie unterrichtete er zunächst an der Adalbert-Stifter-Realschule in Heidenheim und später, bis zu seiner Pensionierung, an der Realschule Erbach, dort auch fachfremd die Fächer Mathematik und Erdkunde. Blank stellte sich ab den 80er Jahren als Kandidat des RLV bei den Personalratswahlen zur Verfügung, wohlwissend, dass er kaum Aussichten auf ein Mandat hatte, denn der RLV war landesweit nur in zwei oder drei Örtlichen Personalräten (OPR) vertreten.

2010 wurde er auf dem Landesrealschultag in Wernau zum RLV-Bezirksvorsitzenden von Südwürttemberg gewählt und war somit Mitglied im Landesvorstand unseres Verbands. In Zusammenarbeit mit den anderen drei Bezirksvorsitzenden hatte er die Idee der Mitgliederrundbriefe ins Leben gerufen.

2016 erfolgte seine Wahl zum Stellvertretenden Landesvorsitzenden. Schwerpunktmäßig widmete er sich in diesem Amt dem Kontakt mit den Menschen im RLV und der Gewinnung von neuen Mitgliedern. Er organisierte und betreute RLV-Infostände bei Personalversammlungen, Neueinstellungen von Lehrerinnen und Lehrern und am Seminar für Lehrerbildung in Reutlingen, um den Verband bekannter zu machen. Er schlug der Verbandsleitung auch die Einführung einer Werbepremie zur Mitgliedergewinnung vor, welche prompt umgesetzt wurde und bis heute mit Erfolg läuft. Der breiten Mitgliedschaft im Verband bekannt wurde er durch seinen Mitglieder-rundbrief RLV AKTUELL, welcher meistens am späten Sonntagnachmittag als E-Mail bei den Mitgliedern ankam.

Im Schuljahr 2013/2014 folgte Blank als Nachrücker seiner pensionierten Vorgängerin im ÖPR am Staatlichen Schulamt Biberach nach. Als einziger RLV-Vertreter im 20-köpfigen Gremium musste er feststellen, dass bei der Personalvertretung des Verbandes etwas im Argen lag und der RLV seine Position bei der Personalvertretung dringend stärken müsse. Die ehemalige Landesvorsitzende sah dies nicht so. Trotzdem machte sich der damalige RLV-Bezirksvorsitzende Blank daran, die Teilnahme an den Personalratswahlen 2014 vorzubereiten. Es hatte sich gelohnt. Der RLV war jetzt mit 2 Vertretern im ÖPR Biberach, weiterhin mit 1 Vertreter im ÖPR Albstadt und neu mit 1 Vertreter im ÖPR Markdorf. Sensationell war der Einzug in den Bezirkspersonalrat (BPR) am Regierungspräsidium Tübingen. Das Mandat bei der Wahl errang Blank.

von Dr. Karin Broszat und Ralf Merkle

Erfolg beflügelt und so steigerten wir unsere Ergebnisse bei den Personalratswahlen 2019 und 2024. Inzwischen ist der RLV an 12 Schulämtern im ÖPR nicht nur mit Männern, sondern auch mit Frauen vertreten. Bei den Wahlen 2019 errangen wir zum ersten Mal in der Geschichte des RLV einen Sitz im Hauptpersonalrat (HPR) am Kultusministerium in Stuttgart. Das Mandat errang unsere Landesvorsitzende, Frau Dr. Karin Broszat. Dieses konnten wir bei den Wahlen 2024 genauso verteidigen wie das Mandat im BPR am RP Tübingen, errungen durch Herrn Johannes Treß, Schulleiter der Anne-Frank-Realschule Laichingen.

Ebenfalls sensationell war 2024 das Wahlergebnis zum ÖPR in Albstadt. Erstmals in der Geschichte der Personalratswahlen konnten RLV und VBE zusammen die absolute Mehrheit der GEW in einem ÖPR brechen. Ein Erfolg in Südbaden war uns leider nicht vergönnt.

Es wären noch weitere Aktivitäten von Anton Blank zu nennen wie die Mitarbeit im Redaktionsteam unseres Magazins „realist“, seine Besuche an Realschulen zu Gesprächen mit Schulleitungen und nicht zuletzt sein unermüdlicher Einsatz bei unserem Volksantrag.

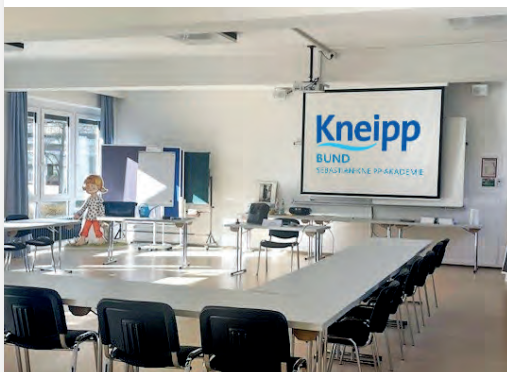


Der scheidende Stellvertretende Landesvorsitzende Anton Blank hat sich in besonderer Weise um den Realschullehrerverband Baden-Württemberg verdient gemacht.

SEBASTIAN-KNEIPP-AKADEMIE (SKA)

Die Sebastian-Kneipp-Akademie (SKA) ist das Bildungszentrum des Kneipp-Bund e. V. Seit 1977 bieten wir Aus- und Weiterbildungen rund um ganzheitliche Gesundheit nach den Lehren von Sebastian Kneipp an. In unserer Akademie verbinden wir traditionelle Kneipp-Prinzipien mit modernen Erkenntnissen aus Gesundheits- und Bildungswissenschaften. In idyllischer Umgebung mit modernen Seminarräumen und viel Natur lernen unsere Teilnehmenden in entspannter Atmosphäre – fernab vom Alltagsstress.

Kneipp
BUND
SEBASTIAN-KNEIPP-AKADEMIE



UNSERE ANGEBOTE

Aus- und Weiterbildungen sowie Zertifikatskurse in den Bereichen:

- Kneipp-Gesundheit & Anwendungen
- Ernährung
- Bewegung, Haltung & Entspannung
- Heilpflanzen
- Yoga, Qigong und Tai Chi

Unsere Kurse eignen sich auch zur Verlängerung bestehender Lizenzen.



Jährlich 400 Aus- & Weiterbildungen in ganz Deutschland!

**DAS SKA-PROGRAMM ALS BLÄTTERKATALOG UNTER:
WWW.KNEIPPAKADEMIE.DE**





Der digitale Arbeitsplatz (DAP)

„DAP“ – dappig oder top?

von Florian Gantner

Vor einigen Jahren blamierte sich das Kultusministerium beim Versuch, für alle Lehrer einen digitalen Arbeitsplatz einzurichten. „Ella“ scheiterte bereits im Versuch, noch vor dem Hochlauf, und wurde, nachdem damit 24 Millionen Euro in den Sand gesetzt wurden, sang- und klanglos eingestampft. Danach schwenkte das KM um und versuchte einen Neustart mit dem DAP (Digitaler Arbeitsplatz für Lehrkräfte), der modular aufgebaut ist und nach und nach an den Start ging. Mit dem zwangsweisen Abschalten der Belvue-Mail-Adressen und Angebote für die Schulen erhielten in den vergangenen anderthalb Jahren etwa 60.000 Lehrkräfte den Zugang zum DAP, der seither auch einige neue Funktionen erhielt. Das heißt, dass mittlerweile etwa die Hälfte aller Lehrkräfte diesen DAP zumindest sporadisch nutzt und die anderen ihn noch nicht kennen. Dies soll sich nun 2026 dahingehend ändern, dass nach weiteren Änderungen auch jede Lehrkraft einzeln den DAP für sich beantragen kann, auch wenn sich die Schule für ein anderes System entschieden hat.

Eine Hemmschwelle für viele ist die Zweifaktoraufentifizierung, die nötig ist, um sich anzumelden. Damit ist es auch nicht mehr möglich, eine Dienstmil in einen eigenen E-Mail-Account zu verknüpfen, was viele Schulen davon abgehalten hat, auf den DAP umzustellen. Rein rechtlich und aus Datenschutzgründen blieb dem Land allerdings gar nichts anderes mehr übrig, als eine Zweifaktoraufentifizierung einzurichten. Die Zukunft bringt hier hoffentlich mittelfristig einfachere Lösungen. Was bietet der DAP nun aktuell und was kommt im Laufe des Jahres 2026 hinzu?

Neben der klassischen Nutzung für die dienstliche E-Mail ist der DAP mittlerweile ein veritabler Arbeitsplatz geworden: Neben einer Kalenderfunktion können Dateien gespeichert werden und sehr bald soll eine Office-Suite eingebunden

werden, die es ermöglicht, abseits von Microsoft Textdateien, Präsentationen und anderes zu erstellen. Je nachdem, was die Schule im Portfolio hat, ist über den DAP der Zugang zum schulischen Moodle oder zu Itslearning möglich. Wer noch keinen Threema-Account hat, kann auch diesen über den DAP beantragen und per Threema datenschutzkonform mit Kollegen chatten. Das mühsame Suchen des Antrags auf der Homepage des KM entfällt damit. Die dienstliche Nutzung von anderen Messengern ist ja bekanntlich verboten. Auch die Noteneingabe ist selbstverständlich eingebunden.

Neu hinzugekommen ist 2025 die Möglichkeit, die KI F13 zu nutzen und kurz danach wurden auch weitere KI-Modelle aufgenommen, die über den DAP datenschutzkonform genutzt werden können. Die Modelle neben F13 sind allerdings nachvollziehbarerweise im Nutzungsumfang beschränkt, da sie ja Kosten verursachen. Hierzu steht eine bestimmte Anzahl von Token zur Verfügung, die auch für den Unterricht, wenn Schüler die KI nutzen, aufgebraucht werden.

2026 kommt nun noch mit der Neugestaltung des Intranets des Kultusministeriums auch hier für alle Lehrkräfte ein beschränkter Zugang auf diese Seiten hinzu, die bisher nur mit Dienstrechnern des Landes erreichbar waren. Dank des Hauptpersonalrates des außerschulischen Bereichs sollen dabei Lehrkräfte, die am IBBW oder ZSL tätig sind und keinen Dienstrechner haben, einen erweiterten Zugang erhalten, der dem entspricht, den man vom Dienstrechner aus erreichen kann.

Auch wenn es zu Spitzenzeiten schon mal gehakt hat, funktioniert der DAP im Alltag recht gut. Der modulare Aufbau scheint der richtige Weg zu sein, was man daran merkt, dass auch der Wechsel auf ein anderes E-Mail-System im Laufe des letzten Jahres den Nutzern gar nicht auffiel. Ein Tipp für Wenig-Nutzer: Man kann sich über den Eingang neuer Mails eine Mitteilung an eine andere E-Mail-Adresse schicken lassen. Das erspart unnötige Logins mit der Zweifaktoraufentifizierung.

Wer mittelfristig alle geplanten Möglichkeiten des DAP nutzt, wird dies aber wahrscheinlich kaum noch benötigen, da er während der Arbeitszeit wahrscheinlich sowieso die meiste Zeit über gerade eine Anwendung des DAP nutzen wird.



Fazit: Eher still und leise hat das KM es geschafft, nach dem Desaster mit Ella eine digitale Umgebung zu schaffen, die nach und nach ein guter Baustein ist und es Lehrkräften ermöglicht, datenschutzkonform viele digitale Anwendungen für den Arbeitsalltag von einer Plattform aus zu nutzen. Der DAP ist noch nicht top, auf jeden Fall aber schon jetzt um Längen besser als Lösungen in anderen Bundesländern. Es bleibt zu hoffen, dass der Endausbau gelingt und das System über längere Zeit auch stabil läuft.

Sobald die Beantragung des DAP auch für einzelne Lehrkräfte möglich ist, kann man jedem nur empfehlen, diesen zu beantragen, sollte er in der eigenen Schule noch nicht eingeführt worden sein.

Genderzeichen

im Behörden-Schriftverkehr

Von Andreas Kuhn

Die Frage, wie staatliche Behörden in Baden-Württemberg schreiben sollen – und ob dabei sogenannte Genderzeichen wie der Genderstern (*), Doppelpunkt (:) oder das Binnen-I verwendet werden dürfen – hat seit Anfang 2024 für politische und gesellschaftliche Diskussionen gesorgt. Im Zentrum steht eine Entscheidung der grün-schwarzen Landesregierung, die Verwendung solcher Sonderzeichen im amtlichen Schriftverkehr der Landesverwaltung zu untersagen.

Verbot seit Januar 2024

Im Januar 2024 legte die Landesregierung fest, dass im amtlichen Schriftverkehr ausschließlich die amtlichen Regeln der deutschen Rechtschreibung anzuwenden sind. Nicht normierte Sonderzeichen zur geschlechtergerechten Schreibweise dürfen seither in Schreiben von Ministerien, nachgeordneten Behörden und staatlichen Einrichtungen nicht mehr verwendet

werden. Zulässig bleiben hingegen ausgeschriebene Paarformen („Schülerinnen und Schüler“) oder geschlechtsneutrale Begriffe („Lehrkräfte“, „Studierende“). Ziel der Regelung sei es laut Innenministerium, Einheitlichkeit, Rechtssicherheit und Verständlichkeit im Verwaltungshandeln zu gewährleisten.

Regelung oft ignoriert

In der praktischen Umsetzung zeigt sich jedoch ein anderes Bild – insbesondere im Bereich der Schulen. Zahlreiche staatliche Institutionen verwenden in Rundschreiben oder E-Mails an Schulen weiterhin Genderzeichen wie Sternchen oder Doppelpunkte, obwohl diese nach der Entscheidung der Landesregierung ausdrücklich nicht vorgeesehen sind.

Schulleitungen, die in solchen Fällen auf das bestehende Verbot und die Einhaltung der amtlichen Rechtschreibregeln hinweisen, berichten immer wieder von überraschend scharfen Reaktionen. Statt einer sachli-

chen Klärung reagierten einzelne Einrichtungen zumindest teilweise irritiert, abwehrend oder gar beleidigt auf entsprechende Hinweise. Kritiker sehen darin einen problematischen Umgang mit berechtigter Kritik sowie einen Widerspruch zwischen politischer Vorgabe und Verwaltungspraxis.

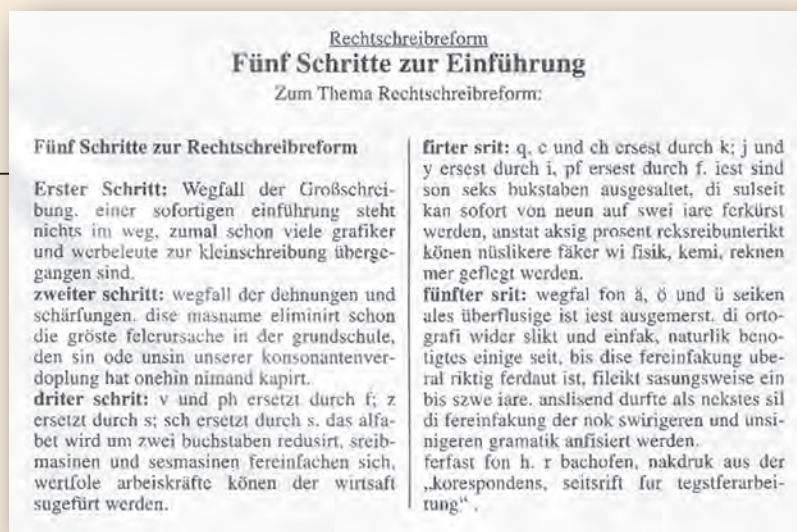
Kritik an mangelnder Durchsetzung

Sprachwissenschaftler und Verwaltungsrechtler weisen darauf hin, dass gesetzliche Regelungen o. Ä. ihre Wirkung nur dann entfalten, wenn sie konsequent umgesetzt werden. Die fortgesetzte Verwendung von Genderzeichen in staatlichen Schreiben könne das Vertrauen in die Verbindlichkeit politischer Entscheidungen untergraben und zu Rechtsunsicherheit führen – insbesondere, wenn Bürger für die Einhaltung von Regeln sensibilisiert werden, diese jedoch von staatlichen Stellen selbst missachtet werden.

Fundstücke

Vor 30 Jahren...

Die Rechtschreibreform trennte damals die Menschen in Deutschland in zwei Teile: Befürworter und Gegner. Auch in Lehrerkreisen war die Reform umstritten. Im Heft 3/1996 unseres Organs „Die Realschule“ trieb ein Humorist die Sache auf die Spitze. Hat die Reform die Rechtschreibfähigkeit der Kinder verbessert?



Erfindergeist vom Bodensee – ein ganz besonderes Museum entdecken

Tüftler-Werkstatt-Museum in Frickingen

Von Florian Gantner

In Frickingen findet sich eine kleine ehemalige Werkstatt, die auf kleinstem Raum aufzeigt, was die DNA unseres Landes ausmacht. Der berühmte Erfindergeist schwebt noch heute in dem Gebäude in der Hauptstraße des kleinen Ortes oberhalb des Bodensees. Schon vor der Werkstatt wird man von einer selbstfahrenden Holz-säge begrüßt, die seinerzeit in Kleinserie in der Werkstatt gebaut wurde.

Im Jahre 1896 wurde diese Werkstatt von Karl Widmer und seinem Sohn, ebenfalls mit Vornamen Karl, eingerichtet, später erweitert und mit teils selbstgebauten Maschinen ausgestattet. Karl senior erwarb dazu eine zuvor abgebrannte Ölmühle nebst Wasserrechten und baute mit dem Junior diese als mechanische Werkstatt auf. Nach dem Ersten Weltkrieg stieg auch der Enkel, Karl der Dritte, in den Betrieb ein. Seit den 1930er Jahren wurde in der Werkstatt fast nichts mehr verändert. Wohl gerade aus diesem Grund waren die Mechaniker Widmer Tüftler im wahrsten Sinn des Wortes und haben ihr Wissen auch so an ihre Lehrlinge weitergegeben.

Die Werkstatt ist über einem Bach errichtet und wurde zunächst direkt mit Wasserkraft, später mit einer Wasserturbine elektrisch angetrieben. Die Maschinen werden über heute noch funktionsfähige Transmissionsriemen angetrieben. Drehbänke und Fräsmaschinen sind teils selbstgebaut. Sie waren teils so komplex, dass Lehrlinge manchmal nachweisen mussten, dass von ihnen gebaute Werkstücke überhaupt in der Werkstatt gebaut werden konnten.

Einer dieser Lehrlinge, Josef Maier, wurde zum Erfinder und Konstrukteur von Produktionsmaschinen für Brillenscharniere, Metalluhrenarmbänder und Schmuck, beschäftigte sich aber auch mit der Konstruktion von Hubschrauber- und Flugzeugmotoren.

Maier kam als Kriegsgefangener nach Frankreich, blieb dort und gründete eine lange Zeit erfolgreiche Firma. Ihm ist im

Tüftler-Werkstatt-Museum ein eigener Raum gewidmet. Diesen hatte seine Witwe nach Maiers Tod dort errichtet. Hierzu gründete sie eine Stiftung, die das Museum bis heute seit 2003 unterstützt. Neben Erzeugnissen aus Maiers Firma rundet ein interessanter Film die Ausstellung ab.

Das Museum wird von Ehrenamtlichen mit viel Engagement betrieben. Neben regelmäßigen Führungen am Sonntagnachmittag gibt es für Klassen auch die Möglichkeit, direkt einen Besuch zu buchen. Beeindruckend ist, wie die Maschinen auch heute noch funktionieren und was auf diesen primitiv anmutenden Geräten gebaut wurde. Das zeigt auch, dass der oft plumpe Begriff des Dorfschmieds den damaligen Fähig-

keiten vieler kleiner Betriebe nicht gerecht wurde. Oft waren gerade solche Betriebe die Keimzelle großer Firmen und Konzerne. Wer verstehen will, wie die Industrialisierung unseres Landes begann, woher der Begriff des schwäbischen Tüftlers kommt und dazu noch ein gelungenes Beispiel deutsch-französischer Aussöhnung kennen lernen möchte, ist in diesem unscheinbaren Kleinkod der Museumslandschaft goldrichtig.

Kontakt

Museen der Gemeinde Frickingen
Kirchstr. 7 | 88699 Frickingen/Bodensee
Telefonnummer: 07554 9830-30
www.museen.frickingen.de/tueftler-werkstatt-museum/das-museum



8 Tage Island

6. BIS 13. OKTOBER 2026

STUDIENREISE des RLV Baden-Württemberg



Bitte senden Sie die Anmeldung
baldmöglichst, spätestens jedoch
bis zum **31. März 2026** an:

Alfred Merkle
Achalnsteige 11/3
72768 Reutlingen
Tel. 07121/610180
Fax 07121/620799
Mail: agmerkle@web.de

REISEPREIS:

€ 3.420,- p.P.

im Doppelzimmer
ab 16 Teilnehmern

Einzelzimmerzuschlag:

€ 670,- p.P.

Reykjavik

Nicht enthalten

- Landesübliche Trinkgelder von ca. € 5,- bis € 6,- p.P./Tag für Reiseleiter/Busfahrer, Restaurant- und Hotelservice
- Reiserücktrittskostenversicherung (ohne Selbstbehalt) € 169,- p.P. bei Reisepreis bis € 4.000,- bzw. € 199,- p.P. bei Reisepreis bis € 4.500,-
- Fakultativ: Turm-Aufzug Hallgrimskirche
- Evtl. gewünschte Rail & Fly-Fahrkarte vom Heimatort zum Flughafen Frankfurt und zurück: € 79,- p.P.

Einreisebestimmungen

- Gültiger **Personalausweis** oder **Reisepass** für deutsche Staatsangehörige

Leistungen

- Flüge mit ICELANAIR Frankfurt – Keflavik – Frankfurt
- Übernachtungen lt. Programm in guten Mittelklassehotels in Doppelzimmern mit Bad/Dusche und WC
- Halbpension (Frühstück und Abendessen) im Hotel
- Deutschsprachige, qualifizierte Reiseleitung bei den Besichtigungen durch einen „driver-guide“
- Alle Transfers und Fahrten
- Programm im 19-Sitzer Reisebus lt. Programm Reykjavik ohne Bus
- Besuch der Secret Lagoon
- Besuch des Fridheimar Gewächshauses mit Führung
- Flughafensteuern, Lande- und Sicherheitsgebühren, aktueller Kerosinzuschlag
- Versicherungsschein für Pauschalreisen

Reynisfjara

ISLAND

Studienreise  

Stokkur



6. BIS 13. OKTOBER 2026 – 8 TAGE

Feuerinsel am Polarkreis

Leitung:
Alfred Merkle, RLV Baden-Württemberg

Reiseveranstalter:

ECC – Studienreisen GmbH
Kirchliches und Kulturelles Reisen
Deutschherrnrufer 31
60594 Frankfurt
Telefon 069 - 9218790
Telefax 069 - 92187979
info@eccstudienreisen.de

www.ecc-studienreisen.de



REISEANMELDUNG

ISLAND

8 Tage „Feuerinsel am Polarkreis“

6. – 13. Oktober 2026

Leitung: Alfred Merkle, RLV Baden-Württemberg

1. PERSON / NAME: _____ 2. PERSON / NAME _____
VORNAME lt. Ausweis _____ VORNAME lt. Ausweis _____
STRASSE: _____ STRASSE: _____
PLZ/ORT: _____ PLZ/ORT _____
TELEFON: _____ TELEFON: _____
E-MAIL: _____ E-MAIL: _____
GEBURTSDATUM: _____ GEBURTSDATUM: _____

Deutsche Staatsangehörige benötigen für die Einreise nach Island einen für die Dauer der Reise **gültigen Personalausweis** oder **Reisepass**. Bitte übersenden Sie mit Ihrer Anmeldung eine Kopie Ihrer Ausweis-Bildseite.

REISEPREIS PRO PERSON: € 3.420,-- p. P. im Doppelzimmer ab 16 Teilnehmern, Leistungen lt. Programm
Einzelzimmerzuschlag: € 670,-- p. P. (nur begrenzt verfügbar)

Ihr Zimmerwunsch: Doppelzimmer (zusammen mit: _____) Einzelzimmer

Bitte kreuzen Sie die gewünschten Versicherungen der **Ecclesia Versicherungsdienst GmbH** an.
Alle Tarife **ohne Selbstbehalt**. Der Abschluss muss mit der Anmeldung erfolgen!

Reiserücktrittskosten-Versicherung und Reiseabbruch-Versicherung

€ 169,-- p. P. bei Reisepreis bis € 4.000,-- bzw. € 199,-- p. P. bei Reisepreis bis € 4.500,--

erwünscht 1. Name

erwünscht 2. Name

Reisekranken-Versicherung inkl. Rücktransport und vor-Ort-Notfallservice, Reisegepäck-Versicherung

(bis € 3.000,--) € 21,-- p. P.

erwünscht 1. Name

erwünscht 2. Name

Rail & Fly-Fahrkarte der Deutschen Bahn von Ihrem Heimatbahnhof zum Flughafen Frankfurt und zurück in der 2. Klasse inkl. IC, ICE Zuschläge (ohne Sitzplatzreservierung): € 79,-- p.P

erwünscht ab/bis Bahnhof erwünscht ab/bis Bahnhof

Nähere Versicherungs-Informationen und Bedingungen sind auf www.ecc-studienreisen.de einsehbar.
Es gelten die Allgemeinen Geschäftsbedingungen der ECC-Studienreisen, Frankfurt.

Datum/Unterschrift

Datum/Unterschrift

Bitte senden Sie diese Anmeldung **baldmöglichst, spätestens jedoch bis 31. März 2026** an:

Alfred Merkle
Achalmsteige 11/3
72768 Reutlingen
Tel.: 07121/610180
Fax: 07121/620799
E-mail: agmerkle@web.de

Nach Eingang Ihrer Anmeldung erhalten Sie, wenn feststeht, dass die Reise zustande kommt, Ihre Reisebestätigung mit Rechnung. Gleichzeitig wird eine Anzahlung in Höhe von € 425 pro Person fällig.

Die Studienreise findet statt in Zusammenarbeit mit **ECC-Studienreisen, Kirchliches und Kulturelles Reisen, Deutschherrnufer 31, 60594 Frankfurt/M.**

Faule Lehrer!

Ein Zwischenruf zur Debatte nach dem Landesparteitag der CDU



von Andreas Bogner

„Wir versetzen Schulleitungen in die Lage, Engagement, Verlässlichkeit und besondere Leistung zu honorieren und schaffen dafür nachvollziehbare Kriterien sowie geeignete Evaluationsinstrumente“, heißt es im Regierungsprogramm, das der Landesparteitag der CDU Anfang Dezember in Heidelberg beschlossen hat. In den Tagen danach haben die Medien und andere eine Debatte über angeblich „faule Lehrer“ geführt, die im Wesentlichen auf der Berichterstattung der dpa nach dem Landesparteitag in Heidelberg basierte. Darin hieß es, dass die Südwest-CDU angeblich mehr Druck auf „Drückeberger an den Schulen“ ausüben möchte.

Jeder kennt sie im eigenen Arbeitsleben. Kollegen, die nicht gerade vor Ehrgeiz strotzen. Kollegen, die von anderen aufgefangen werden müssen und deren ausfallende Arbeitskraft andere mitbelastet.



Überwiegend sind Lehrer sehr gewissenhafte, zuverlässige und fleißige Beamte, die oft weit mehr tun, als es der Beruf gebieten würde. Für viele ist es eben eine Berufung.

Aber es gibt sie dennoch, diese Lehrer, die ihre Pflichten nicht erfüllen. Eigentlich ist es ein Skandal, dass die dpa hier den Terminus der GEW übernommen hat und von „faulen Lehrern“ sprach. Davon sprach die CDU bzw. deren bildungspolitischer Sprecher, Andreas Sturm, keineswegs. Für mich persönlich klingt es wiederholt wie Hohn,

wenn hier die GEW gemeinsam mit der SPD scharfe Kritik übt und die Zustände in unserer Bildungslandschaft kritisiert. Gemeinsam hat man (bewusst) aus dem PISA-Schock die falschen Schlüsse gezogen, um die im GEW-Grundsatzprogramm festgeschriebene Einheitsschule voranzutreiben. Gerne hat man hier ignoriert, dass Baden-Württemberg als einzelnes Bundesland sehr gut im Ranking dagestanden hatte.

Vielmehr noch: Umgerechnet auf das investierte Geld in die Bildung, hat gar kein Land der Welt besser abgeschnitten!

Natürlich ist es gut, mehr Geld in die Bildung zu investieren, aber die vergangenen Jahrzehnte zeigten deutlich, dass wir viel mehr Geld in BW investieren, dennoch immer weiter abstürzen. Dieser Abstieg wurde maßgeblich durch die damalige grün-rote Landesregierung in einer Melange mit Ideen der GEW angestoßen.

Leistungsforderung und Anspruch zu senken, führte dazu, dass wir mit der Bildung in der Welt nicht mehr mithalten können. Heutige Prüflinge in fast allen Bereichen können Aufgaben nicht mehr erfüllen, die vor 20 Jahren noch gut gelöst wurden. Keine Koalition war für Bildung, Lehrkräfte und Schule derart negativ.

Jedoch zurück zum Kern der Aussage „faule Lehrer“. Im Gespräch mit unzähligen Lehrern und Schulleitern kommt dies immer auch auf die angesprochenen Kollegen an, die es eben bei Lehrern ebenso gibt wie in jedem anderen Beruf.

Der Unterschied liegt in der nahezu vollkommenen Machtlosigkeit eines Schulleiters gegenüber den Möglichkeiten in der freien Wirtschaft. Oftmals gar der übergeordneten Behörden im Schulamt und RP gegen diese „Minderleister“. Extremfälle

gingen in den letzten Monaten insbesondere aus NRW zahlreich durch die Presse, wenn hier auch das jeweilige Versagen mit den wenigen zur Verfügung stehenden Mitteln einzelner Personen zu sehen ist.

Den Schulleitungen Instrumente an die Hand zu geben, um hier reagieren zu können, könnte also durchaus sinnvoll sein. Die Überschrift hätte also auch lauten können: „Die CDU schützt Lehrerkollegien durch neue Möglichkeiten der Schulleitungen“. Man kann eben mit der Art einer Berichterstattung oder einem Titel bereits viel Eindruck machen.

Letztlich baden Kollegien es aus, wenn einzelne Lehrkräfte eben keine Sonderaufgaben übernehmen, sich zurückhalten, vielleicht gar öfter krankmelden, als es notwendig wäre. Auf Dauer funktioniert dieses System so nämlich nicht weiter und belastet die leistungswilligen Lehrer ungemain.

Vielleicht taktisch vor der Wahl nicht klug, aber ehrlich, wird somit eine Thematik angesprochen, welche um zahlreiche Bausteine ergänzt werden könnte. Ist es richtig, bereits nach ein bis zwei Jahren bei vollem Gehalt dauerhaft fest verbeamtet zu sein, oder ist die vorgesehene Bewährung im Beamtenamt vielleicht doch etwas später zu erkennen? Sind Belastungen wirklich gerecht verteilt, wenn der Studiengang alle möglichen Fächerkombinationen erlaubt?

Wie können Belastungen fair verteilt werden und wie geben wir Schulleitungen mehr Möglichkeiten, die benötigten Lehrkräfte mit passenden Fächern an die Schule zu bekommen, um auch die Fachlichkeit garantieren zu können? Es gäbe viele Punkte, die dringend geklärt werden sollten. Eine gesunde Diskussion in der Sache wäre auch hier angebracht, anstatt der üblichen vorschnellen und plakativen Reaktionen von Akteuren, die eine Misere mitverantworten haben.



Realschule heute

Was denn noch alles?!?

Früher

Ich möchte mit einem kurzen Rückblick starten. Ich bin nun seit 25 Jahren an derselben Realschule tätig. Ich habe in dieser Zeit viel erlebt und gesehen. Mein Fächerportfolio ist inzwischen auf acht angewachsen, wobei ich sowohl naturwissenschaftliche als auch geisteswissenschaftliche Inhalte vermitteln durfte. Durch diverse Nebentätigkeiten als Fortbildner, Referent, Regionalteam-Mitglied usw. konnte ich auch immer wieder einen Blick über den Tellerrand hinauswerfen und mir somit einen guten Überblick über die anderen Schulen, Schularten und die Erlebnisse der Lehrkräfte dort verschaffen.

Zu Beginn meiner Lehrertätigkeit lag der Fokus der Arbeit noch zu 80% auf der Wissensvermittlung. Dies wurde durch vielfältige Methoden mit größerem oder kleinerem Erfolg praktiziert. Die Schülerschaft an der Realschule war zum überwiegenden Teil motiviert und offen für Neues.

Erziehungsarbeit fand zu einem geringen Maß in den Unterrichtsstunden statt, meist jedoch wurde dies in außerunterrichtlichen Veranstaltungen wie Ausflügen, Schullandheimen oder Projekten realisiert und praktiziert. Die Schule wurde als wichtige Institution wahrgenommen und ein Großteil der Lehrer genoss Wertschätzung oder zumindest Amtsautorität bei Schülern und Eltern.

Die Elternarbeit fand an Elternabenden, Elternsprechtagen, teilweise bei Elternstammtischen und ab und zu sogar zwischen Supermarktregalen statt. Es gab selten Telefonate und noch seltener Elterngespräche in der Schule. Wenn dies geschah, dann aufgrund von gravierenden Vorkommnissen oder großer Diskrepanz von Eltern- und Schulwahrnehmung. Diese Fälle waren, wie schon erwähnt, aber eher selten. Die Eltern waren in den meisten Fällen Unterstützer der Schule und vermittelten dies auch ihren Kindern. Somit war die Zusammenarbeit mit der Elternschaft, bis auf wenige Fälle, auch harmonisch und unkompliziert.

Heute stellt sich für mich die Wirklichkeit anders dar. Vielleicht liegt es auch an meinem Alter und der damit einhergehenden Veränderungen im Leben. Vielleicht sehe ich die „gute, alte Zeit“ mit verklärtem Blick und beschönigender Nostalgie. Vielleicht liegt es wirklich zum Großteil an mir, dass ich das Gefühl habe, dass sich mein Wirken und Handeln als Lehrer dermaßen gewandelt hat.

Heute

Bezüglich der Wissensvermittlung habe ich den Eindruck, dass sich die Stofffülle in den meisten Fächern eher erweitert hat. Trotzdem muss ich feststellen, dass sich das Niveau der Prüfungen deutlich nach unten bewegt. Dies führt bei meinem Unterricht dazu, dass der Stoff oberflächlicher behandelt wird und selbst dafür mehr Wiederholungen als früher notwendig sind. Dies liegt auch an immer häufiger fehlenden sogenannten „Basics“. Hierzu zählen z. B. sinnentnehmendes Lesen und damit einhergehende Textarbeiten sowie grundlegende mathematische Kenntnisse. Dazu kommt eine deutlich geringere kognitive Problemlösebereitschaft von Teilen der Schülerschaft. Der Augenblick, wenn einen ein Schüler mit großen Augen anschaut und sagt: „Jetzt hab' ich es kapiert“, findet immer seltener statt. Oft hapert es auch an sogenannten „Andockpunkten“, um vertiefendes Wissen zu vermitteln. Die teilweise erschreckend geringe Allgemeinbildung sowie kaum vorhandenes aktuelles Wissen verhindert oft eine sinnvolle Auseinandersetzung mit einem neuen Thema.

Erziehungsarbeit findet inzwischen in fast jeder Unterrichtsstunde statt. Sei es thematisch oder durch erzieherische Maßnahmen, die zur Herstellung oder Aufrechterhaltung des zielführenden Unterrichts dienen. In fast jedem Fach finden sich inzwischen Inhalte, die den erzieherischen Aspekt deutlich stärker in den Fokus setzen als die Vermittlung von Wissen. Diese Inhalte sind bei den meisten Fächern aber zusätzlich zum klassischen „Stoff“ hinzugekommen. Um dies

zu belegen, muss man sich nur alte und neue Schulbücher anschauen. Man kann sich als Beleg aber auch die neuen Unterrichtsfächer anschauen, welche durch das neue Schulgesetz generiert wurden. Diese Fächer zielen hauptsächlich auf die Defizite ab, welche die Wissensvermittlung heute erschweren. Sie beschäftigen sich mit den Grundlagen des Zusammenlebens sowie mit anderen Problematiken, welche die heutigen Kinder beschäftigen, wie zum Beispiel die zunehmende Einsamkeit sowie dem altersgerechten Umgang mit den neuen Medien. Aufgrund der dazukommenden steigenden Heterogenität der Klassen sind diese Maßnahmen auch sinnvoll und nötig. Erziehungsarbeit ist hier dringend geboten. Im heutigen Unterricht liegt der Fokus leider häufig auf den Störern und Verweigerern, wobei die motivierten und engagierten Schüler oft vernachlässigt werden. Dies gilt es zu ändern, wobei die neuen Fächer durchaus Hilfen anbieten.



Die Elternarbeit hat sich im Hinblick auf meine ersten Jahre ebenso drastisch verändert. Es gibt natürlich auch weiterhin viele Eltern, welche der Schule positiv und wertschätzend gegenüberstehen. Dass es deutlich mehr Kontakt mit Eltern gibt, ist ja per se nicht negativ zu bewerten. Leider ist es aber auch hier so, dass der Fokus auf den Defiziten liegt und hauptsächlich problemorien-

tierte Gespräche geführt werden. Dies liegt einerseits an den angesprochenen Veränderungen in der Schülerschaft, aber auch am veränderten Bild von Eltern bezüglich der Schule. Die Wertschätzung der Arbeit von Lehrkräften sinkt. Immer häufiger wird die Schule argwöhnisch oder sogar feindselig betrachtet. Es wird unterstellt, dass die Schule dem Kind schaden will und die Lehrkräfte ihre Maßnahmen unreflektiert und unprofessionell einsetzen. Die Eltern sehen sich dann als „Anwalt“ ihres Kindes und versuchen, es mit allen Mitteln zu verteidigen. Andererseits gibt es immer häufiger Eltern, welche sich der Zusammenarbeit komplett verweigern und keinerlei Interesse am Schulleben ihrer Kinder zeigen. Hier ist dann eine Kontaktaufnahme seitens der Schule beschwerlich oder unmöglich. Die zunehmende Heterogenität der Elternschaft erfordert sehr differenziertes Agieren der Schulleitungen, welches diese oft an und über die Grenzen der Belastungsfähigkeit bringt.



Aber nun genug geschimpft und gemurmelt. Die Problemorientierung ist kein guter Ratgeber. Ich versuche, auch Lösungsmöglichkeiten aufzuzeigen, welche meiner Ansicht nach hilfreich wären. Ich argumentiere vielleicht aus einer naiven und eingegrenzten Sichtweise heraus, möchte aber nicht ohne diese von dannen gehen.

Ich würde eine grundlegende Überarbeitung des Bildungsplanes bezüglich der Inhalte anregen. Bisher hatte ich das Gefühl, dass immer mehr Neues on top kam und das Vorhandene trotzdem in fast gleichem Umfang vermittelt werden sollte. Dass dies irgendwann zu Überlastung und Frust führt, war logisch. Der Satz „Was soll ich denn sonst noch alles machen?!“ ist inzwischen einer der häufigsten im Lehrerzimmer. Es gibt viele Inhalte, die auf den Prüfstand gestellt werden könnten. Zumindest sollte man abwägen, was heutzutage für die Schülerschaft wichtig ist und was nicht mehr. Schulen, die dies eigenverantwortlich und eigentlich unerlaubt machen, bekommen übrigens in auffälliger Regelmäßigkeit den deutschen Schulpreis.

Die Elternschaft sollte mehr in das Schulleben integriert werden. Dies kann in regelmäßigeren Kontakten sowie im Möglichmachen von Mitarbeit am Schulleben erfolgen. Es ist immens wichtig, dass sich Eltern vermehrt mit der Schule identifizieren und somit auch wieder eine höhere Akzeptanz in der Gesellschaft erzielt wird. Dazu bedarf es aber auch der Unterstützung der Politik, welche die Schulen nicht als Kostenfaktor oder politische Experimentierfelder sehen darf, sondern wieder mehr die Bedeutung der Schulen für den gesellschaftlichen Erfolg in den Vordergrund stellen muss. Es bedarf verstärkter Werbung für die Schulen als Zukunftswerkstätten.

Dazu muss den Schulen aber auch wieder mehr Autorität zugebilligt werden. Die oft pauschalen Berichte über Missstände an einzelnen Schulen oder Verfehlungen einzelner Lehrkräfte sind da nicht hilfreich für die große Anzahl der gut und professionell arbeitenden Mitglieder der Schulgemeinschaft. Darunter leidet die Akzeptanz und auch die genannte Autorität der Schulen. Schulen müssen wieder als handlungsfähige Institutionen wahrgenommen werden, welche für bestimmte Werte stehen und diese auch verteidigen können. Dazu gehören auch geeignete Maßnahmen, welche auf Vermeidung oder

Sanktionierung von Fehlverhalten abzielen. Die „Neue Autorität“ nach Haim Ömer ist da ein interessanter Ansatz, der aber auch von Politik und Gesellschaft gestützt werden muss. Die Schulleitungen müssen hier breiter durch die übergeordneten Instanzen unterstützt werden. Zudem sollten die Möglichkeiten der Schulleitungen erweitert werden, um schnell und effizient gegen das erwähnte unerwünschte Verhalten vorgehen zu können.

Wie es in der Schulkultur an sich weitergehen soll, ist ein weiteres Problemfeld. Dies kommt auf die Ausgestaltung der Rahmenbedingungen an. Die so oft proklamierten heterogenen Modelle von Schule sind meines Erachtens nur mit deutlich mehr Ausstattung und Personalaufwand sinnhaft realisierbar. Da dies auch deutlich höhere Investitionen in den Bildungsbereich mit sich bringen muss, bin ich hier momentan nicht sonderlich optimistisch. Daher finde ich eine Orientierung an homogenen Schulmodellen derzeit realistischer. Das viergliedrige Schulsystem mag auch nicht der Weisheit letzter Schluss sein, ist aber meines Erachtens unter den momentanen Bedingungen immer noch das effizienteste von allen. Dies wird mir auch immer wieder von Vertretern der Wirtschaft in meinem Umfeld so bestätigt. Aber auch hier müssen dann die vorher genannten Verbesserungen durchgeführt werden.

Die Zukunft der Schulen in Baden-Württemberg ist ungewiss. Eins ist aber sicher: Die momentanen Bedingungen sind belastend und herausfordernd wie noch nie in meinem Lehrerdasein. Es wird auf vielfältige Weise darauf reagiert, wobei mir oft die nötige Konsequenz, gepaart mit Fingerspitzengefühl, fehlt. Des Weiteren fehlt mir der politische und gesellschaftliche Wille, die Schulen wieder zu stärken und ihnen die nötige Autorität zur Erledigung ihrer Aufgaben zuzuschreiben. Ich bleibe aber optimistisch, dass wir die bestehenden und kommenden Probleme lösen und nicht daran verzweifeln werden. Was bleibt mir auch anderes übrig ...



Volksantrag „Nicht ohne unsere Realschulen!“

Das Ergebnis

Gegen großen Widerstand wurde vor einigen Jahren die verbindliche Grundschulempfehlung in Baden-Württemberg von Bündnis 90/Die Grünen und der SPD abgeschafft. „Die Eltern wüssten am besten, was gut für ihre Kinder sei“, so lautete eine der Begründungen. Der RLV hat dieses Vorgehen immer als einen Versuch gesehen, das differenzierte Schulsystem in Baden-Württemberg, das jahrzehntelang leistungsmäßig zu den besten in Deutschland gehörte, abzuschaffen.

In der Folge der Abschaffung der Verbindlichkeit (dem „Heiligen Gral“ linker Bildungspolitik) wurden die Leistungs- und Bildungsprofile der Schularten immer weiter nivelliert. Das Profil der einzelnen Schularten ist teilweise kaum noch erkennbar. Vor allem der Realschule wurde mit der Einführung des „G-Niveaus“ der Weg zu einer „Gesamtschule“ vorgezeichnet. Eine „Gesamtschule“ ohne eine Ausstattung, die andere „Einheitsschulen“ haben (an den Gemeinschaftsschulen ist der Klassenteiler niedriger, sie haben eine deutlich höhere Personalversorgung und einen höheren Sachkostenbeitrag). Offensichtlich wollte man die Realschulen bewusst in ihrem Profil schwächen, um so ein Scheitern dieser Schulart zu verursachen.

Im Zusammenhang mit der flächendeckenden Wiedereinführung von G9 sahen alle Bildungsbeteiligten Handlungsbedarf. Die Sorge, dass, ohne Verbindlichkeit bei der Grundschulempfehlung, G9 womöglich Auswirkungen auf sämtliche andere Schularten hätte, stand im Raum. Und so wurde die Koalitionsvereinbarung, in dieser Legislaturperiode keine Strukturveränderungen vorzunehmen, von der Regierung schlicht fallen gelassen.

Der RLV, die Vertretung der Realschulen, setzte große Hoffnungen in eine intelligente und sinnvolle Lösung für das gegliederte Schulsystem. Letztlich wären mit einer verbindlichen Grundschulempfehlung und der Rückkehr zu G9 gleichzeitig zwei fatale



Fehler der Bildungspolitik in Baden-Württemberg korrigiert werden!

Das verabschiedete Schulgesetz sieht jedoch die verbindliche Grundschulempfehlung nur für die Gymnasien vor. Daraus folgt eine Zerteilung des Schulsystems in Baden-Württemberg. Bündnis 90/Die Grünen und die CDU haben durch diese Schulgesetzänderungen faktisch entschieden, dass es neben dem Gymnasium in Baden-Württemberg nur noch den „Rest“ geben soll. In diesem „Rest“ soll die Realschule mittelfristig in der „Neuen Sekundarschule“ aufgehen und ihren Status als erfolgreichste Schulart im Sekundarbereich verlieren. Eine „Zerteilung“, die schon sehr weit fortgeschritten ist. So gibt es u. a. beim ZSL keine Fortbildungen mehr für die Realschulen, es wird immer nur vom „Sekundarbereich“ gesprochen. Das Realschulreferat im Kultusministerium wurde ebenfalls schon vor geraumer Zeit abgeschafft. Hier bestimmen ehemalige Protagonisten der Gemeinschaftsschule im Referat „Sekundarschulen“ die Geschicke der Realschule und arbeiten an ihrem baldigen Ende.

Die Regierung argumentiert stets, dass es zu wenige Plätze für hauptschulempfohlene Kinder gäbe, um die Verbindlichkeit für alle Schularten einzuführen. Das ist falsch! Es gibt in Baden-Württemberg noch 229 Haupt- und Werkrealschulen und 323 Gemeinschaftsschulen (Stand 2024), die das Hauptschulniveau in ihrem Konzept von Gründung an integriert haben (viele

davon von der Schülerzahl nicht ausgelastet, die Anzahl der Schülerinnen und Schüler an Gemeinschaftsschulen ist, wenn es „echte“ Alternativen vor Ort gibt, insgesamt auf niedrigem Niveau). Mit der Abschaffung des Werkrealschulabschlusses setzt die Regierung noch einen weiteren Hebel an, um ihre Ablehnung der verbindlichen Grundschulempfehlung zu begründen. Selbst die Ursachen schaffen, um anschließend die Probleme zu beklagen und „Lösungen“ durchzusetzen, die man von Anfang an geplant hat, nämlich die Vielgliedrigkeit und vor allem die Realschule abzuschaffen.

In dieser komplexen schulpolitischen Gemengelage hatte sich der Realschullehrerverband zusammen mit anderen Akteuren entschlossen, durch die Initiative zu einem Volksantrag Gesetzesänderungen durchzuführen (wir haben mehrfach darüber berichtet). Der Volksantrag „Nicht ohne unsere Realschulen!“ hatte u. a. das Ziel, auch für die Realschule eine verbindliche Grundschulempfehlung wieder einzuführen; so sollte die Transformation in ein „Zweisäulensystem“ verhindert werden. Für einen Volksantrag benötigt man in Baden-Württemberg ca. 40 000 Unterschriften wahlberechtigter Bürger.

Im November 2024 begann die Sammlung für diesen Volksantrag. Zunächst wurden von den Initiatoren nahezu alle Realschulen des Landes mit Unterschriften, Flyern & Plakaten versorgt. Bei rund 400 Realschulen hätten also rechnerisch jeweils rund 100 Unterschriften genügt, um das Quorum zu erreichen.



von Ralf Merkle

An manchen Realschulen wurden hunderte Unterschriften u. a. durch die Elternvertreter gesammelt. Teilweise kam es jedoch auch zu massiven Behinderungen der Sammlungen an Schulen. So gab es Schulleitungen, denen von der Schulaufsicht nahegelegt wurde, sich nicht aktiv am Volksantrag zu beteiligen. Enttäuschung herrschte bei vielen Migrantenfamilien, die ihre Kinder unserem Schulsystem anvertrauen, aber aufgrund fehlenden Wahlrechts keine Stimme für den Erhalt ihrer Schulart abgeben durften.

Spannend war an vielen Realschulen zu erleben, dass zahlreiche Kolleginnen und Kollegen der Intention des Volksantrages zwar zustimmen, das wurde in vielen Gesprächen deutlich, letztlich aber nicht unterschrieben, weil sie ja in einer anderen Gewerkschaft bzw. einem anderen Verband seien. Überzeugungen, die man mit einer Mitgliedschaft abgibt? Sehr fragwürdig.

Parallel zu den Sammlungen an den Schulen wurden auf vielfältige Weise Unterschriften zusammengetragen. So bei der didacta im Frühjahr 2025, auf Marktplätzen, bei Elternabenden und sonstigen schulischen Veranstaltungen. Auch Straßensammlungen fanden statt. Gesammelt wurden Unterschriften auch im Familien- und Freundeskreis, bei Geburtstagen und Vereinsfesten.



Schulen wurden regelmäßig über den Volksantrag informiert und mit Infomaterialien versorgt.

Im November 2025 endete der Volksantrag. Bis dahin konnten 32.500 Unterschriften von wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürgern gesammelt werden – das Quorum von 38.500 Unterschriften wurde um 6.000 Stimmen verfehlt, damit ist der Volksantrag „Nicht ohne unsere Realschulen!“ formal gescheitert.

Bei einer Landespressekonferenz, auf der Dr. Karin Broszat und Michael Mittelstaedt als Vertreter aller Initiatoren des Volksantrages die Ergebnisse am 12. Dezember 2025 vorstellten, sagte die Landesvorsitzende: „Die Besonderheit an diesem Volksantrag war, dass wir die Menschen erst darüber aufklären mussten, was gerade in Baden-Württemberg mit unserem Schulsystem passiert, was weiter geplant ist und warum die verbindliche Grundschulempfehlung diese Entwicklung verhindern kann.“

Michael Mittelstaedt (ehemaliger Vorsitzender des Landeselternbeirates) ergänzte: „Während sich das Kultusministerium jedem tatsächlichen Diskurs über die skandalöse Entwicklung entzieht und die verantwortlichen Politiker schweigen, fanden die Diskussionen darüber auf der Straße, in Podiumsdiskussionen betroffener Gemeinden und in Elternabenden statt.“ Diese Diskussionen haben alle, die beim Sammeln von Unterschriften aktiv waren, ständig erlebt. Ungläubiges Staunen über die schulpolitischen Entwicklungen und die Folgen für die Realschule war oft noch die schwächste Reaktion bei den Menschen, mit denen wir sprachen. Nahezu jeder, den wir ansprechen konnten, unterschrieb das Formblatt und äußerte klar seinen Willen, dass ein vielfältiges Schulsystem und vor allem die Eigenständigkeit der Realschule zu erhalten sei.

„Die Bürger, die wir erreichen konnten, werden sich sehr genau überlegen, wo sie bei der Landtagswahl im März ihr Kreuzchen setzen“, so die Landesvorsitzende. Deshalb werten die Initiatoren auch den Volksantrag als vollen Erfolg! Auch wenn das notwendige Quorum in einem sehr aufwendigen und fragwürdigen (vermutlich liegen noch viele Unterschriften auf den Rathäusern und warten auf ihre Bestätigung; der Ablauf war den Kommunen nicht immer bekannt) Verfahren nicht erreicht wurde, hat die Unterschriftensammlung dazu geführt, dass die Regierung nicht gänzlich still und heimlich die Abschaffung des vielgliedrigen Schulsystems vorantreiben konnte. Auch das drohende Ende der

Realschule in Baden-Württemberg konnten wir der Öffentlichkeit ein Stück weit bewusst machen. Wie immer, wenn es um die Realschulen geht, ohne mediale Unterstützung, da sich Journalisten offensichtlich nur für das Gymnasium und linke Bildungsideen interessieren. Eine weitreichende Berichterstattung, trotz aller Informationen, die der Presse zugingen, kam kaum zustande. Dafür, dass bis auf ein paar löbliche Ausnahmen der Antrag auch unter dem medialen Wahrnehmungsradar fliegen musste, ist das Ergebnis phänomenal und höher als unter den Umständen zu erwarten war.

Trotz der fehlenden Stimmen hat der Volksantrag dazu beigetragen, einen öffentlichen Diskurs über den dramatischen Umbau unseres Bildungssystems anzustoßen. Ein Diskurs, der bei den bevorstehenden Landtagswahlen zum entscheidenden Faktor für das Abgeben der Stimme sein kann; inzwischen haben drei der im Landtag vertretenen Parteien, die verbindliche Grundschulempfehlung im Wahlprogramm stehen.

Dr. Karin Broszat schloss auf der Landespressekonferenz in Stuttgart mit den Worten: „Ein Schulsystem ist nur dann gerecht, wenn es sich an den Leistungsmöglichkeiten der unterschiedlichen Kinder orientiert und Schulen samt Lehrkräften ihren Unterricht mit entsprechender Methodik und Didaktik darauf abstimmen können, so, wie es die Landesverfassung vorsieht.“





Baden-Württemberg vor der Landtagswahl

Eine Schicksalswahl für die Realschule?

Am 8. März wählt Baden-Württemberg einen neuen Landtag. Nach 15 Jahren an der Spitze der Regierung tritt Winfried Kretschmann nicht mehr als Spitzenkandidat seiner Partei an.

Die aktuellen Umfragen

Nach den aktuellen Umfragen zeichnen sich nach der Wahl keine klaren Mehrheitsverhältnisse ab. Bündnis 90/Die Grünen haben in den Umfragen schon lange ihren Spitzenplatz, den sie vor fünf Jahren mit Winfried Kretschmann erreichten, verloren. Die meisten Stimmen, dieser Trend hat sich über Monate hin verfestigt, scheint die CDU zu erhalten, gefolgt von der AfD, die knapp vor den Grünen auf dem zweiten Platz liegen könnte. Abgeschlagen die ehemalige Regierungspartei SPD mit ihrem Spitzenkandidaten Andreas Stoch, die laut den letzten Umfragen gerade noch ein zweistelliges Ergebnis schaffen könnte. In den Umfragen nahezu halbiert hat sich die FDP, die in den Umfragen zwischen 5 und 7 Prozent schwankt und damit in ihrem Stammland um den Einzug in den Landtag kämpfen muss. Ein weiteres Novum bei der Landtagswahl könnte sein, dass erstmals die Linke den Einzug in das Parlament schafft, sie hat ihre Stimmenzahl bei den letzten Umfragen auf 7 % stabil halten können.

Interviews mit den Parteien

In den vergangenen Ausgaben des „realist“ wurden alle bildungspolitischen Sprecherinnen und Sprecher der aktuellen Landtagsfraktionen ausführlich interviewt. Abschließend folgen nun in den beiden letzten Ausgaben des realist vor der Wahl die Spitzenkandidaten der demokratischen Parteien im Landtag von Baden-Württemberg, den Anfang machte dabei in der Ausgabe 1/2025 Cem Özdemir, Bündnis 90/Die Grünen, dem wir, wie den anderen Spitzenkandidaten in dieser Ausgabe, drei Fragen gestellt haben.

Bei allen Interviews und dem Format „Drei Fragen an...“ wurde immer primär nach der Situation der Realschule gefragt. Auch konkret, welche Zukunftschancen die Parteien der Realschule als eigenständige Schulart geben. Keine der befragten Personen hat dabei explizit von einer Abschaffung der Realschule gesprochen, oft wurde in „blumigen Worten“ die positive Zukunft der Realschule umschrieben oder von Bildung im Allgemeinen gesprochen, ohne die Realschule konkret zu erwähnen. Lediglich der Vertreter der CDU war hier konkreter, eindeutig wurde Dr. Timm Kern von der FDP, der einer geplanten Abschaffung der Realschule entschieden entgegnet.

Ein Blick in die Wahlprogramme

Die Wahlprogramme, mit denen die Parteien in die Landtagswahl gehen, sind da eindeutiger als manche Aussagen in den Interviews.

Das Wahlprogramm der SPD steht unter dem Motto „Weil es um dich geht“. Die Grünen geben ihrem Wahlprogramm den Titel „Stabil in bewegten Zeiten“.

„In den vergangenen Jahren haben wir in Baden-Württemberg wichtige Schritte hin zu mehr Bildungsgerechtigkeit und Qualität unternommen.“ (Wahlprogramm 2026, Bündnis 90/Die Grünen)

Schaut man sich die beiden Wahlprogramme im Bereich „Bildung“ an, fällt auf, dass die Realschule für beide Parteien keine Rolle mehr in der künftigen Bildungslandschaft von Baden-Württemberg spielt. Die Grünen erwähnen in ihrem Wahlprogramm neben dem Gymnasium und den beruflichen Schulen explizit nur die Gemeinschaftsschulen. „Wir haben 2012 die Gemeinschaftsschule auf den Weg gebracht. Sie stellt die individuelle Förderung und das Von- und Miteinanderlernen der Schüler*innen in den Mittelpunkt ihres pädagogischen Konzepts. Davon profitieren die Leistungsstarken ebenso wie die

Schwächeren.“ (Wahlprogramm Bündnis 90/Die Grünen, Seite 34)

Die Realschule findet keinerlei Erwähnung, zumindest nicht direkt. Es wird aber klar, wohin die „Grüne Bildungsreise“ in Baden-Württemberg gehen soll. Wenige Zeilen später steht im Wahlprogramm, dass langfristig eine „übersichtlichere Schullandschaft“ entstehen soll. Sprich, ein Zwei-Säulen-System. Das wird zwar nicht direkt genannt. Die Zielrichtung ist aber klar. Die Grünen benennen ihr Ziel so: „Wir machen Baden-Württemberg wieder zum Bildungsland mit hohem Niveau: leistungstark, gerecht und zukunftsfähig.“ (Wahlprogramm Bündnis 90/Die Grünen, Seite 26)

Ein Ziel, an dem man die letzten 15 Jahre auch hätte arbeiten können.

„Wir sorgen für mehr Bildungsgerechtigkeit.“ (Wahlprogramm 2026, SPD)

Noch deutlicher wird die SPD in ihrem Wahlprogramm „Weil es um dich geht“. Um die Realschule geht es dabei nicht, denn diese wird, wenn die SPD Regierungsverantwortung übernimmt, abgeschafft. Im Wahlprogramm steht dazu klar: „Deshalb schaffen wir zwei gleichwertige Wege: das Gymnasium und eine leistungsstarke, integrative zweite Säule auf Basis einer weiterentwickelten Gemeinschaftsschule.“ (Wahlprogramm SPD, Seite 13) Punkt, das war's – nach dem Willen der SPD – Ende der Realschule.

„Sekundarstufe – Klare Profile, echte Durchlässigkeit“ (Regierungsprogramm 2026, CDU)

Die CDU, nach allen Wahlumfragen vermutlich nach der Wahl am 8. März die stärkste Partei in Baden-Württemberg, nennt ihr Wahlprogramm „Agenda der Zuversicht. Unser Land in guten Händen.“ und spricht gleich von einem Regierungsprogramm.

Die Punkte zum Bildungsbereich kommen erst spät, ab Seite 35, und fallen dann doch auch recht kurz aus. Dafür sind sie prä-

nant und die Realschule findet Erwähnung. „Wir stehen für ein gegliedertes und durchlässiges Schulsystem mit drei Abschlüssen – Hauptschulabschluss, Realschulabschluss und Abitur – und klar profilierten Schularten sowie Schulen mit spezifischem Profil.“ (Regierungsprogramm CDU, S. 38) Des Weiteren fordert die CDU in ihrem Regierungsprogramm eine verbindliche Grundschulempfehlung für alle Schularten. Warum erst ab 2026? Das erschließt sich einem nicht so ganz, bei der Einführung der verbindlichen Grundschulempfehlung für G9 saß man ja bereits in der Regierung ...

Dennoch ... immerhin gönnt die CDU der Realschule ein eigenes „Kapitel“ im Regierungsprogramm, dort steht u. a. „Wir werden unsere Realschulen stärken und wollen ihnen die Möglichkeit geben, sich wieder zu bilingualen Schulen zu entwickeln.“ (Regierungsprogramm CDU, S. 41)

„Die Realschule verdient Respekt, Stärkung und klare Perspektiven.“ (Wahlprogramm 2026, FDP)

Das Wahlprogramm der FDP wird in Bezug auf die Realschule am deutlichsten und nennt die Realschule „Kaderschmiede des Mittelstandes“ (Wahlprogramm FDP, S. 24). Die FDP formuliert in ihrem Wahlprogramm, im Gegensatz zu Grünen und SPD, dass sich das gegliederte Schulwesen in Baden-Württemberg bewährt habe.

Deshalb will die FDP, sollte sie Teil der Regierung werden, die Realschule bewusst stärken und nennt sie ein „Erfolgsmodell“. Für diese Stärkung braucht es laut Wahlprogramm der FDP „... die Einführung der verbindlichen Grundschulempfehlung gerade auch für die Realschule als tragender Bildungspartner für Eltern und Schüler. Das pädagogische Selbstverständnis der Realschule muss geschützt werden gegen

ideologisch motivierte Vereinheitlichungsversuche, die unter dem Deckmantel der Bildungsgerechtigkeit die Qualität der Realschule opfern. Für uns ist klar: Die Realschule muss als eigenständige Schulart mit klarem Profil sichtbar bleiben.“ (Wahlprogramm FDP, S. 24)

Als einzige Partei schließt deshalb die FDP vor der Landtagswahl eine mögliche Koalition mit Bündnis 90/Grünen und SPD aus. Wohlwissend, dass mit diesen Parteien ihre Ziele, u. a. hinsichtlich der Realschule und des gegliederten Schulwesens, nicht zu erreichen sind. Der Spitzenkandidat der FDP, Dr. Ulrich Rülke, begründete dies gegenüber der Presse auch explizit mit Bildungsthemen. Der dpa sagte Dr. Rülke: „In 15 Jahren grün geführter Regierungen wurde unser Land in den Bildungsstatistiken durchgereicht und bis zu 2.500 Lehrerstellen blieben unbesetzt, ohne dass Kultus- oder Finanzminister das merkten.“

Die Positionen zu einem vielfältigen Schulsystem und zur Realschule kurz und knapp:

Aussage	Position RLV	Position Grüne	Position CDU	Position SPD	Position FDP
Einführung verbindliche Grundschulempfehlung für alle Schularten	JA ✓	NEIN ✗	JA ✓ (laut Regierungsprogramm) ✗ NEIN (während Regierungszeit 2021-2026)	NEIN ✗	JA ✓
Abschaffung des eigenständigen Realschulreferates im KM war ein Fehler	JA ✓	NEIN ✗	NEIN ✗	NEIN ✗	JA ✓
Erhaltung eines vielfältigen Bildungswesens in BW	JA ✓	NEIN ✗	JA ✓	NEIN ✗	JA ✓
Erhaltung der Realschule als eigenständige Schulart	JA ✓	NEIN ✗	JA ✓	NEIN ✗	JA ✓



Drei Fragen an... Manuel Hagel (CDU)

Zur Person

Manuel Hagel wurde 1988 in Ehingen (Donau) geboren. Er ist verheiratet und Vater dreier Kinder.



Nach seinem Realschulabschluss 2005 in Ehingen absolvierte er zunächst eine Ausbildung bei der Sparkasse Ulm. Nach Weiterbildungen zum Bankfachwirt und Bankbetriebswirt arbeitete er bis 2014 als Filialdirektor in Ehingen.

Von 2009 bis 2019 war er Stadtrat in Ehingen und in dieser Funktion auch stellvertretender Oberbürgermeister.

Seit 2016 ist Manuel Hagel Abgeordneter im Landtag von Baden-Württemberg und bekleidete das Amt des Generalsekretärs der CDU. Seit 2021 ist er der Vorsitzende der CDU-Fraktion im Landtag. Vor drei Jahren wurde Manuel Hagel zum Landesvorsitzenden der CDU in Baden-Württemberg gewählt.

INTERVIEW



Gealist: Sehr geehrter Herr Hagel, Grundlage für Ihre berufliche und politische Karriere war die Mittlere Reife, die Sie 2005 an der Realschule Ehingen erlangt haben. Wie blicken Sie heute auf Ihre Schulzeit an der Realschule zurück?

Mit Freude und mit großer Dankbarkeit für all die Lehrerinnen und Lehrer, die mich damals begleitet haben – und wirklich auch mit Respekt, denn ich denke, es war nicht immer nur ganz einfach *lacht*. Wenn man an seine eigene Schulzeit zurückdenkt, dann kommen einem ja automatisch so ein paar Gefühle in den Kopf. Wenn ich das versuche, in Worte zu fassen, sind das bei mir das Gefühl der Vertrautheit, Bodenständigkeit und Rückenwind. Die Realschule Ehingen war ein Ort, der einen ernst nimmt, aber nicht zu früh in Formen presst. Da herrschte eine angenehme Mischung aus klaren Erwartungen und einer sehr menschlichen Atmosphäre.

In der 7. und 8. Klasse hatte ich auch meinen kleinen „Durchhänger“ – eine Zeit, in der es schulisch und persönlich durchaus auch ein bisschen ruckelte. Da haben mir Schule und Lehrkräfte Orientierung gegeben, ohne abzustempeln oder zu sehr einzuengen. Durchaus auch mit sanftem Druck. Das hat mir damals sehr geholfen. Was mich im Nachhinein geprägt hat, war wahrscheinlich der ganz spezielle Ehinger Mix der Realschule: Lehrkräfte, die einem auch mal ein ehrliches Wort mitgeben, ohne große Show, und Klassen, in denen man Freundschaften schließt. Ich glaube, die Realschule hat mir genau das gegeben, was ich in dieser Lebensphase gebraucht habe: eine solide Basis – und die Freiheit, meinen eigenen Weg zu finden.“

Gealist: Die CDU in Baden-Württemberg hat die Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung 2011 durch das erste Kabinett Kretschmann immer als falsch angesehen. Vor kurzem wurde die Verbindlichkeit mit Ihrer Beteiligung wieder eingeführt. Allerdings nur für das Gymnasium. Warum hat sich die CDU nicht dafür eingesetzt, dass die Verbindlichkeit auch für die Realschule gilt?

„Ich sage es offen: Wir hätten die Verbindlichkeit nach dem Modell „2 aus 3“ für alle Schularten eingeführt: Der Elternwille, die Empfehlung des Klassenlehrers und das Ergebnis eines Tests müssen die Grundlage für die Schulwahl bei allen weiterführenden Schulen sein. Für mich persönlich – als jemand, der gerade durch die Realschule seinen Weg gefunden hat – war das ein echtes Anliegen. Wir haben uns intensiv dafür eingesetzt, aber in einer Koalition braucht es Partner, die bereit sind, diesen Weg mitzugehen. Ehrlich gesagt schien eine Grundschulempfehlung, egal in welcher Form, zu Beginn der Legislatur unerreichbar. Aus diesem Grund war es für die CDU durchaus ein Erfolg, die Grundschulempfehlung überhaupt wieder einzuführen.“



von Ralf Merkle

Beim Gymnasium war der Kompromiss mit dem grünen Partner möglich – bei der Realschule und der Hauptschule leider nicht. Das bedauere ich. Aufgeschoben ist aber nicht aufgehoben. Politische Mehrheiten dafür kann man schaffen. Zum Beispiel bei der Landtagswahl am 08. März.

Ich weiß aus eigener Erfahrung, wie viel eine passende Schule aus einem jungen Menschen machen kann. Ich möchte, dass jedes Kind Erfolgserlebnisse hat – nicht Frust. Wenn die Schule unterfordert oder durch Überforderung zu einem dauernden Misserfolg wird, ist das eine unglaubliche Qual – für Lehrkräfte wie auch für Kinder und Familien. Eine klare Empfehlung schützt und öffnet Wege statt sie zu versperren.

Daher müssen wir noch klarer herausstellen: Die Realschule ist ein Erfolgsmodell. Fakt ist: Wer in der Realschule startet, hat alle Wege offen.

Unsere Realschulen in BW sind Garanten für Durchlässigkeit und Chancengerechtigkeit und müssen das auch bleiben. Sie eröffnen Perspektiven – schulisch wie beruflich. Ich wünsche mir unsere Realschulen weiterhin als echtes Sprungbrett für unseren Jugendlichen. Deshalb ist es meine tiefe Überzeugung, dass wir unsere Realschulen stärken müssen – finanziell, personell aber auch inhaltlich – etwa mit der Möglichkeit, sich wieder zu bilingualen Schulen zu entwickeln. Multiprofessionelle Teams werden hier hilfreich sein.

Realist: „Sollten Sie nach der Wahl 2026 Teil der Regierung sein bzw. als Ministerpräsident die Regierung führen... kommt dann die Wiedereinführung der verbindlichen Grundschulempfehlung auch für die Realschule und damit die Stärkung des differenzierten Schulsystems in Baden-Württemberg?“

Ja, das ist für mich ganz klar. Wir haben die Wiedereinführung der verbindlichen Grundschulempfehlung auch für die Realschule bewusst in unserem Wahlprogramm verankert. Uns geht es dabei aber nicht um Schlagzeilen, sondern um etwas sehr Grundsätzliches: Kinder brauchen einen guten Start in der weiterführenden Schule – und Lehrkräfte wie Eltern brauchen Verlässlichkeit. Alle internationalen Studien zeigen: Kinder brauchen klare, gut strukturierte Übergänge – nicht Experimente nach Bauchgefühl.

Eine verbindlichere Empfehlung sorgt genau dafür. Sie nimmt Druck aus Familien, sie stärkt die Expertise der Grundschulen und sie hilft, dass Kinder dort ankommen, wo sie sich am besten entwickeln können. Wir wollen die Eltern nicht aus dem Prozess drängen, sondern besser einbinden – durch klare Gespräche, transparente Kriterien und gemeinsame Verantwortung. Wahr ist doch, dass gerade Kinder aus Nicht-Akademikerfamilien besonders davon profitieren, wenn Schule klare Orientierung gibt. Und daher sage ich offen: Unsere Realschulen verdienen dafür die gleiche Unterstützung und Wertschätzung wie die Gymnasien – und das gilt auch für die Lehrerinnen und Lehrer, die dort jeden Tag unglaublich gute Arbeit leisten.

Gerade deshalb ist es mir wichtig, dass Schulen Anerkennung gezielt aussprechen können. Schulleitungen sollen die Möglichkeit haben, besonderes Engagement oder Verlässlichkeit auch sichtbar zu würdigen – mit klaren Kriterien und fairen Verfahren. Das ist kein Luxus, sondern Ausdruck von Respekt.

Bei allem, was wir verändern wollen, gilt für mich ein Grundsatz: Reformen mit Maß. Unterrichtsqualität steht vor Strukturdebatten, Gründlichkeit vor Schnelligkeit. Am Ende zählt immer die Frage: Steigert es die Bildungsqualität?

Und dazu gehört auch, dass wir die Berufsorientierung früher und besser aufstellen – etwa mit regelmäßigen Praktika über alle Schularten hinweg.

Ein großer Punkt sind die Arbeitsbedingungen. Wir müssen Besetzungsverfahren beschleunigen, Berichtspflichten reduzieren und dafür sorgen, dass Lehrkräfte sich wirklich auf ihren Kernjob konzentrieren können. Mit einem Entlastungspaket für Schulleitungen und Lehrkräfte werden wir schon im ersten Jahr für spürbare Erleichterungen sorgen.

Für die Sekundarstufe brauchen wir Lehramtsstudiengänge, die sich stärker am tatsächlichen Bedarf der Schulen orientieren: weniger fachfremder Unterricht, ein gestärktes Klassenlehrerprinzip und eine Ausbildung, die wirklich zu den Herausforderungen im Klassenzimmer passt.“

Sehr geehrter Herr Hagel, herzlichen Dank!

Die Fragen stellte Ralf Merkle



Drei Fragen an... Andreas Stoch (SPD)

Zur Person

Der Spitzenkandidat der SPD, Andreas Stoch, wurde 1969 in Heidenheim geboren. Er ist verheiratet & Vater von vier Kindern.



Nach dem Abitur in Giengen studierte er bis 1995 Rechtswissenschaften in Tübingen und Heidelberg und arbeitete anschließend bis 2013 als Rechtsanwalt in Heidenheim.

Seit 2009 ist Andreas Stoch Mitglied des Landtages von Baden-Württemberg, in dieser Zeit war er u. a. Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion. Von 2013 bis 2016 war er Minister für Kultus, Jugend und Sport.

Seit 2016 ist er der Fraktionsvorsitzende im Landtag von Baden-Württemberg. Zwei Jahre später wurde er zum Landesvorsitzenden der SPD gewählt und ist seit 2025 Mitglied des SPD-Bundespräsidiums.

INTERVIEW



Gealist: Herr Stoch, 2011 hat die SPD zum ersten Mal in der Geschichte unseres Landes das Kultusressort übernommen. In dieser Zeit wurden von Ihnen und Ihrer Vorgängerin im Amt entscheidende Veränderungen durchgesetzt. Sie haben u. a. die Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung abgeschafft, die Gemeinschaftsschule als neue Schulart etabliert und an den Realschulen den Hauptschulabschluss eingeführt. Wie beurteilen Sie heute rückblickend diese Änderungen?

Als wir 2011 das Kultusministerium übernommen haben, bestand in Baden-Württemberg ein erheblicher Reformdruck – insbesondere auch im Bereich der weiterführenden Schulen bestand Handlungsbedarf – weil die Übergangszahlen insbesondere auf die Haupt- und Werkrealschulen trotz der verbindlichen Grundschulempfehlung immer weiter gesunken waren.

Wir haben darauf reagiert und die Gemeinschaftsschulen als neue Schulform eingeführt. Gleichzeitig wurden auch die Realschulen durch erhebliche weitere Poolstunden in ihrer pädagogischen Arbeit gestärkt.

Das Ziel war und ist, dass wir neben dem Gymnasium eine Schulart bzw. Schularten haben, die den Schülerinnen und Schülern beste pädagogische Förderung bietet und den Weg zu dem jeweils passenden Schulabschluss ebnet. Leider konnte dieser Reformprozess bis 2016 nicht abgeschlossen werden. In Bundesländern, die diese Reformen erfolgreich umgesetzt hatten, waren regelmäßig zwei Legislaturperioden notwendig. Da hier aus meiner Sicht weiterhin Handlungsbedarf besteht, habe ich mit der von mir angeregten Bildungsallianz versucht, den Reformprozess über die Grenzen von Regierung und Opposition hinweg wieder in Gang zu bringen. Leider haben Grüne und CDU dieses Angebot nicht angenommen. Es wird die Aufgabe der nächsten Landesregierung sein, ein stabiles und verlässliches Bildungssystem in Baden-Württemberg zu schaffen, das über die Dauer der nächsten Legislaturperiode hinweg gute Rahmenbedingungen für unsere Schülerinnen und Schüler schafft.

Gealist: Sie wissen es, der Realschullehrerverband BW hat vor allem die Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung immer als schweren Fehler angesehen. Die SPD beharrt weiterhin darauf, dass diese Entscheidung richtig war. Warum eigentlich?

Die Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung war eine gemeinsame Entscheidung von Grünen und SPD zu Beginn der gemeinsamen Regierungszeit und geht auf eine Forderung aus verschiedenen Gewerkschaften, dem Landeselternbeirat und insbesondere auch aus

den Grundschulen zurück. Und so leid es mir tut, ist die Wiedereinführung der Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung keine Lösung für die aktuellen Herausforderungen in unserem Bildungssystem. Wir müssen sehr viel stärker in die Frühkindliche Bildung und auch in die Grundschulen investieren, damit wir Kinder schon vor Erreichen der weiterführenden Schulen so fördern, dass sie keine Schwierigkeiten haben, die Anforderungen an den weiterführenden Schulen zu erfüllen. Es wird, die Zahlen sprechen hier eine deutliche Sprache, auch kein Zurück zu einem dreigliedrigen Schulsystem, wie es „früher einmal war“ geben. Vielmehr müssen wir es schaffen, in den weiterführenden Schulen die gestiegene Heterogenität, die übrigens an allen Schularten zu beobachten ist, mit pädagogischen Mitteln besser in den Griff zu bekommen. Die Frage der individuellen Förderung wird sich an allen Schularten, übrigens auch an den Gymnasien, zukünftig noch stärker stellen, als dies ohnehin heute bereits der Fall ist. Genauso wie sich unsere Gesellschaft in den letzten zwanzig Jahren verändert hat, hat sich auch die Realität in unseren Klassenzimmern verändert. Dies drehen wir nicht dadurch zurück, indem die Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung wieder eingeführt wird. Wir werden es nicht schaffen, vermeintlich homogene Lerngruppen zu schaffen, wir müssen uns vielmehr dem Umgang mit der gestiegenen Heterogenität durch geeignete pädagogische Konzepte stellen.

Und gestatten Sie mir den ergänzenden Hinweis, dass auch und gerade Länder, die im internationalen Bildungsranking vor Deutschland und auch Baden-Württemberg stehen, ein „Einsortieren“ von Schülerinnen und Schülern in verschiedene Schularten nicht kennen. Diese Länder, wie zum Beispiel Kanada als klassisches Einwanderungsland, gehen mit der Vielfalt und Heterogenität in ihrem Schulsystem anders um und sind dabei sehr erfolgreich.

Realist: Sollte die SPD nach der Wahl 2026 Teil der Regierung werden ... Hat die Realschule danach noch eine Zukunft als eigenständige Schulart innerhalb des gegliederten Schulwesens oder wird die Realschule in der „Neuen Sekundarschule“ aufgehen?

Die Realschule war und ist ein qualitativvoller und verlässlicher Teil unseres baden-württembergischen Bildungssystems. Unser gesamtes Bildungssystem und damit auch alle Schulen und Schularten stehen aber in der Verantwortung, bestmögliche Bildungschancen für alle Kinder zu schaffen. Dazu gehört für mich auch das Ziel der Bildungsgerechtigkeit besser zu erreichen, als dies in der Vergangenheit der Fall war. Es wird die Aufgabe einer neuen Landesregierung sein, einen Bildungskonsens zu schaffen, der über die kommende Legislaturperiode hinaus trägt.

Das von Fachleuten erarbeitete Konzept einer „Neuen Sekundarschule“ nimmt zahlreiche pädagogische Elemente der Realschulen, ebenso wie auch der Gemeinschaftsschulen, auf und versucht quasi das Beste aus zwei Welten zu schaffen. Wir werden in Baden-Württemberg eine Schulstrukturreform, die bereits begonnen wurde, weiterführen und abschließen müssen, da wir bereits heute feststellen, dass wir die bestehenden und teilweise auch in Konkurrenz zueinanderstehenden Schularten gar nicht mehr mit den notwendigen Pädagoginnen und Pädagogen ausreichend ausstatten können. Bereits hieraus ergibt sich ein erheblicher Druck zur Konsolidierung unseres Bildungssystems. Dies sollte immer vor dem Hintergrund erfolgen, wie wir unserer Verantwortung gerecht werden, möglichst für jedes Kind und jeden Jugendlichen bestmögliche Bildungschancen zu schaffen und dem Anspruch unserer Landesverfassung gerecht zu werden, wonach

jedes Kind ohne Rücksicht auf seine Herkunft oder seine wirtschaftliche Lage Anspruch auf beste Bildungschancen hat. Ich bitte darum, dass wir alle bei allen politischen Diskussionen dieses Ziel nicht aus den Augen verlieren.

Sehr geehrter Herr Stoch, herzlichen Dank!

Die Fragen stellte Ralf Merkle



Drei Fragen an... Dr. Ulrich Rülke (FDP)

Zur Person

Dr. Ulrich Rülke wurde 1961 in Tuttlingen geboren. Er ist verheiratet und Vater dreier Söhne.



Nach dem Abitur in Singen und seinem Wehrdienst studierte er Germanistik, Politik, Geschichte und Soziologie in Konstanz. 1991 promovierte er zum Dr. phil. und arbeitete anschließend am Hilda-Gymnasium in Pforzheim als Gymnasiallehrer, von 2001 bis 2006 war er zusätzlich Fachberater für Politik und Wirtschaft beim damaligen Oberschulamt Karlsruhe.

Bereits seit 1985 ist er Mitglied der FDP. Bis 2025 war er Kreisvorsitzender der FDP Pforzheim/Enzkreis, seit 1999 ist er Mitglied des Pforzheimer Gemeinderates. Im April 2006 wurde er zum Landtagsabgeordneten gewählt. Seit 2009 ist Dr. Rülke Fraktionsvorsitzender der FDP/DVP-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg. Im Jahr 2018 wurde Dr. Rülke Mitglied des Bundesvorstandes der FDP.

und IGLU zeigen seit Jahren den Abstieg des früheren Bildungsprimus in mittlere bis hintere Ränge; zugleich steigt der Anteil der Kinder, die Mindeststandards in Lesen, Schreiben und Rechnen verfehlen.

Seit 2011 ist vieles aufgegeben worden, was Baden-Württemberg zuvor stark gemacht hat. Die Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung war dabei ein zentraler Fehler. Sie hat dazu geführt, dass Kinder auf Schularten wechseln, die nicht zu ihrer Leistungsentwicklung passen. Die Folgen sind Überforderung der Kinder, steigende Sitzenbleiber- und Abschlusssquoten sowie wachsende Belastungen für Lehrkräfte.

Zudem wurde der Lehrkräftemangel über Jahre politisch kleingeredet, ignoriert und durch fehlendes Gegensteuern verschärft. Besonders problematisch ist dabei der Umgang der Landesregierung mit den sogenannten „Geisterlehrern“: Tausende rechnerisch geführte Lehrerstellen stehen den Schulen über Jahre hinweg real nicht zur Verfügung und täuschen über den tatsächlichen, massiven Personalmangel hinweg. Statt frühzeitig ausreichend Studienkapazitäten zu sichern, den Beruf attraktiver zu machen und Schulen spürbar zu entlasten, blieben die grün geführten Landesregierungen zu lange untätig und vermittelten vielen Lehrkräften zugleich das Gefühl mangelnder Wertschätzung. Die Folgen sind dramatisch: Unterrichtsausfall, fachfremder Unterricht und gestrichene Förderangebote gehören zum Alltag, Vertretungsreserven sind aufgebraucht, Schulleitungen und Lehrkräfte massiv überlastet.

Wir Freie Demokraten stehen für eine Bildungspolitik, die Qualität wieder in den Mittelpunkt stellt und das Leistungsprinzip als Grundlage schulischer Bildung stärkt. Dazu gehören verbindliche Standards, klare Bildungswege und ein vielgliedriges

INTERVIEW



Gealist: Sehr geehrter Herr Dr. Rülke, 2011, zu Beginn der Ministerpräsidentenschaft von Winfried Kretschmann, gehörte Baden-Württemberg zusammen mit Bayern und Sachsen zum Spitzentrio der deutschen Bundesländer im Bildungsbereich. Heute, 15 Jahre später, sind wir im unteren Drittel der Bundesländer angekommen. Wie erklären Sie sich diese Entwicklung?

Die hervorragende Ausgangsposition im Bildungsbereich 2011 war das Ergebnis von 15 Jahren leistungsorientierter Bildungspolitik mit FDP-Beteiligung. Doch die seither grün geführten Landesregierungen haben eine 180-Grad-Wende in der Bildungspolitik vollzogen – weg von Verbindlichkeit, Leistungsprinzip und passgenauen Bildungswegen. Mit drastischen Folgen für Leistungsniveau und Bildungsqualität. Bildungsstudien wie IQB

Schulsystem, das sich an den Begabungen der Kinder orientiert und nicht an ideologischen Leitbildern.

Realist: Vor kurzem hat die Landesregierung aus Bündnis90/Grüne und CDU die Wiedereinführung der verbindlichen Grundschulempfehlung beschlossen, aber nur für das Gymnasium. Für die Realschule nicht. Wir sehen darin, dass Grüne und CDU letztlich eine Einheitsschule im Sekundarbereich wünschen. Auf der einen Seite das Gymnasium, auf der anderen Seite eine Gesamtschule, die aus der ehemaligen Realschule, Werkrealschule und Gemeinschaftsschule besteht, so eine Art „Realschule Plus“ wie in Rheinland-Pfalz, nur bei uns mit dem Titel „Neue Sekundarschule“. Wie sehen Sie diese Entwicklung?

Die jetzt beschlossene Wiedereinführung der verbindlichen Grundschulempfehlung nur für das Gymnasium ist aus unserer Sicht inkonsequent und bildungspolitisch falsch. Das differenzierte Schulwesen bietet mit seinen verschiedenen Schularten die Möglichkeit, auf individuelle Stärken und Interessen einzugehen. Wir fordern daher ausdrücklich die Wiedereinführung der verbindlichen Grundschulempfehlung für alle Schularten. Das jetzige Modell sendet ein völlig falsches Signal über den Stellenwert von Realschule und Werkrealschule. Die Realschule ist als Kaderschmiede des Mittelstands ein absolutes Erfolgsmodell. Auch die Werkrealschule ist gerade im ländlichen Raum für viele Jugendliche ein wichtiger Ort der Orientierung, Förderung und beruflichen Perspektive. Die Ausnahme dieser Schularten von der verbindlichen Grundschulempfehlung sowie die Abschaffung des Werkrealschulabschlusses halte ich für die tiefgreifendste bildungspolitische Fehlentscheidung dieser Legislatur.

Die damit forcierte, schleichende Abkehr von unserem bewährten, vielgliedrigen Schulsystem in Richtung Einheitsschule oder „Neuer Sekundarschule“ sehen wir mit größter Sorge und wird von uns Freien Demokraten entschieden abgelehnt. Baden-Württemberg braucht keine neue Einheitsschule, sondern ein leistungsfähiges, differenziertes Schulsystem. Unterschiedliche Schularten sind kein Problem, sondern eine Stärke, wenn sie klare Profile haben, gleichwertig behandelt werden und die Durchlässigkeit gewährt bleibt. Deshalb fordern wir nicht nur eine Bestandsgarantie für die bestehenden Schularten, sondern auch, dass die Abschaffung des Werkrealschulabschlusses rückgängig gemacht wird. Zukunftsfähige Weiterentwicklungen mit Augenmaß sind dabei ausdrücklich erwünscht.

Realist: Sollte die FDP nach der Landtagswahl am 8. März 2026 wieder Teil der Regierung werden ... Hat die Realschule mit Ihrer Regierungsbeteiligung eine Chance, als eigenständige und profilierte Schulart in Baden-Württemberg zu überleben?

Ja, mit einer Regierungsbeteiligung der FDP hat die Realschule eine sichere Zukunft als eigenständige und profilierte Schulart. Die Realschule ist die stabile Mitte unseres Schulsystems und unverzichtbar für die Sicherung des Fachkräftenachwuchses für unsere Wirtschaft. Die Realschule verdient Respekt, Stärkung und klare Perspektiven. Deshalb ist es für uns entscheidend, die pädagogische Eigenständigkeit der Realschule mit klarem Profil zu schützen, insbesondere vor ideologisch motivierten Vereinheitlichungsversuchen, die unter dem Deckmantel der Bildungsgerechtigkeit die Qualität der Realschule opfern wollen.

Auch die Verpflichtung, den Hauptschulabschluss ohne eigenen Hauptschulzug

anbieten zu müssen, erschwert die pädagogische Ausrichtung und Arbeit der Realschulen. Sie müssen wieder in die Lage versetzt werden, diejenigen Schülerinnen und Schüler ausbilden zu können, deren Begabungen an dieser Schulform am besten gefördert werden können. Dafür braucht es die Einführung der verbindlichen Grundschulempfehlung für alle Schularten.

Unser Anspruch ist ein Bildungssystem, das nicht nivelliert, sondern fördert und das Eltern und Kindern Orientierung und Verlässlichkeit bietet und Lehrkräften Rückhalt und Wertschätzung gibt. Dafür stehen wir Freie Demokraten und dafür werde ich in einer künftigen Landesregierung eintreten.

Sehr geehrter Herr Dr. Rülke, herzlichen Dank!

Die Fragen stellte Ralf Merkle



Dritte Herrenberger Erklärung

Landesrealschultag, 13. Oktober 2025

Herrenberg

„Wir leben Realschule!“

Der Realschullehrerverband Baden-Württemberg fordert starke Realschulen und ein Ende der Vereinheitlichung von Schularten!

Bildungspolitisch falsche Weichenstellungen in der Vergangenheit haben zu Verwerfungen in der Bildungslandschaft geführt, deren negative Auswirkungen sich in der Gesellschaft immer deutlicher zeigen. Fachkräftemangel, Lehrermangel und der erhebliche Leistungsabfall Baden-Württembergs in den Bildungsrankings haben nachvollziehbare Gründe, auf die der Realschullehrerverband beharrlich hinweist. Es gälte schon lange, die politischen Ursachen dieser Bildungsmisere anzugehen.

Leider wurde mit der Verabschiedung des neuen Schulgesetzes im Januar 2025 die große Chance verpasst, das Schulsystem nicht nur durch Wiedereinführung von G9, sondern auch der Wiedereinführung einer verbindlichen Grundschulempfehlung für ALLE Schularten zu stabilisieren. Übereilt und im Windschatten der Wiedereinführung von G9 wurde stattdessen die fatale Vereinheitlichung der Schularten weiterbetrieben und zusätzlich ein Keil zwischen akademische und berufliche Bildung getrieben.

- Den Werkrealschulen wird durch die Abschaffung des Werkrealschulabschlusses und der Verunmöglichung von kooperativen Verbänden mit anderen Schularten die Existenzgrundlage entzogen und somit ihr Ende besiegelt.
- Die Einführung einer verbindlichen Grundschulempfehlung nur für die Gymnasien, in Zusammenhang mit der Zerschlagung der Werkrealschulen, stellt Weichen hin zu einer Einheitsschule neben dem Gymnasium sowie zu einem starren, zweisäuligen Schulsystem. Ein so starres System stellt also für die unterschiedlichen Kinder im Land eine Mobilitätsfalle dar, verhindert damit die Durchlässigkeit und ist damit das Gegenteil dessen, was Baden-Württemberg für seine gesellschaftliche und wirtschaftliche Zukunft braucht!

Der Realschullehrerverband dringt auf eine Überarbeitung des neuen Schulgesetzes:

1. Wir fordern eine verbindliche Grundschulempfehlung für alle Schularten, wie im Volksantrag ‚Nicht ohne unsere Realschulen!‘ ausgeführt. Eine Verbindlichkeit für die Realschulen regelt gleichzeitig auch den Zugang zu den Hauptschulen und Werkrealschulen, gilt somit für alle Schularten des gegliederten Schulsystems und sichert unkompliziert und ohne zusätzliche Kosten deren Existenz und Eigenständigkeit.



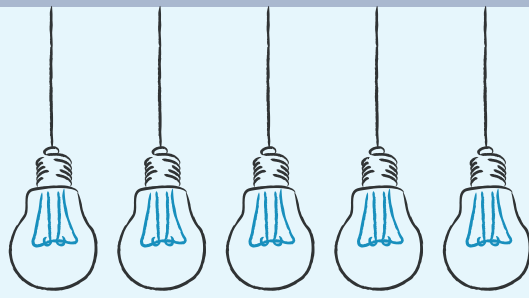
2. Wir fordern die tatsächliche Stärkung und Profilierung der bewährten Schularten Gymnasium, Realschule, Haupt-/Werkrealschule (und daneben der SBBZen) und ein klares Bekenntnis zur differenzierten Bildung in Baden-Württemberg. Unser Land braucht in Zukunft die jeweils bestens ausgebildeten Abgänger aller Schularten dringend für die berufliche und akademische Bildung. Dazu gehört, dass der Hauptschulabschluss ausschließlich an Haupt-/Werkrealschulen und Gemeinschaftsschulen abgelegt werden kann, wo er ursprünglich verankert ist. Außerdem sind Realschulen dazu bereit, einen eigenständigen Hauptschulzug einzurichten, wo keine entsprechende Schulart mehr in der Nähe ist.

Unterschiedliche Kinder brauchen unterschiedliche Schularten, die unterschiedliche Leistungsanreize bieten! Bildungsgerechtigkeit bedeutet, der Vielfalt und Unterschiedlichkeit von Kindern durch tatsächlich unterschiedliche Bildungswege gerecht zu werden. Die Realschule ist die profilierte Schulart für eine starke mittlere Bildung!

3. Wir fordern von der Politik ein stabiles Schulsystem, das in seiner Vielfalt übergreifende Orientierung bietet. Ein Schulsystem, das sich an den realistischen Fähigkeiten und Leistungen der Kinder ausrichtet, sinnvoll ineinandergreift und den Anspruch von Genauigkeit und Objektivität pflegt. Ein Gesamtrahmen, der Kinder und Lehrkräfte gegen die vielen Einflüsse von außen schützt und Lehrkräften die Möglichkeit gibt, an ihrer Schulart mit der jeweils passenden Methodik und Didaktik, die Potentiale der Kinder (die kognitivakademischen sowie die praktischtechnischen) jeweils maximal zu fördern. Übergänge zwischen den Schularten sind dabei leistungsorientiert immer möglich.

Fazit: Das neue Schulgesetz ist zu ändern! Ohne die verbindliche Grundschulempfehlung für alle Schularten werden die profilierten Schularten in Baden-Württemberg, erneut rein ideologisch motiviert, endgültig verschwinden. Mit ihnen verschwinden der Mittelstand und der damit verbundene Wohlstand sowie die qualitativ hochstehende berufliche Bildung, die Baden-Württemberg einstmals zum erfolgreichen und vielfältigen Bildungsland und Wirtschaftsstandort gemacht haben. Seit Jahren werden stabile Strukturen, welche die Qualität sichern, nachhaltig zerstört. Lehrkräfte aber brauchen ein realistisches und sinnvolles Schulsystem, um ungestört von ideologischen und bildungsfernen Einflüssen, ihre tägliche Profession des Unterrichtens und Erziehens unserer Kinder ausüben zu können.

Landesrealschultag
Herrenberg, 13. Oktober 2025



PRAXISTIPP

Infos zum Sabbatjahr

2024 wurde im Kultusministerium die „Verwaltungsvorschrift Freistellungsjahr“ für Lehrkräfte angepasst. Leider wurden dabei Möglichkeiten für die Inanspruchnahme eines Sabbatjahres eingeschränkt. Der Artikel soll einen Überblick über die Änderungen und die grundsätzlichen Bedingungen geben.

Ein Freistellungsjahr ist grundsätzlich die Möglichkeit, eine begrenzte Zeit bei reduziertem Gehalt zu arbeiten und am Ende der Anspanzeit für bis zu einem Jahr bei gleicher Bezahlung freigestellt zu werden. Möglich sind Modelle von drei Jahren (zwei Jahre Anspanzeit und ein Jahr Freistellung) bis zu acht Jahren (sieben Jahre Anspanzeit und ein Jahr Freistellung).

Entgegen dem früheren Modell gelten nun folgende Einschränkungen:

- In den ersten fünf Dienstjahren kann kein Freistellungsjahr beantragt und angespart werden.
- Zwischen zwei Freistellungsanträgen müssen wiederum fünf Jahre vergehen.
- Die Freistellungsphase schließt sich unmittelbar an die Anspanphase an. Mehrere Freistellungsjahre können nicht zusammengefasst und beispielsweise am Ende der Dienstzeit, vor dem Ruhestand, genommen werden. Über Einzelfallausnahmen kann das Regierungspräsidium entscheiden (muss es aber nicht).

Dies schränkt die Möglichkeit eines Sabbatjahres nun deutlich ein und bedingt eine unter Umständen langfristige Planung. Dumm nur, falls sich in dieser Zeit die Vorschriften wieder ändern, was fast zu erwarten ist. Allerdings kann bei Änderungen der persönlichen Voraussetzungen ein bereits angefangenes Modell auch wieder rückabgewickelt werden. Beispiele wären hier Scheidung, Auslandsschuldienst, Schwerbehinderung und anderes.

Möglich ist diese Form der Teilzeitarbeit sowohl ausgehend von einer Vollbeschäftigung als auch von einer Teilzeitbeschäftigung. Bei einer Teilzeitbeschäftigung errechnet sich das Gehalt dann analog um den Teilzeitfaktor. Beispiel: Eine Lehrkraft arbeitet 75 % (aktuelles Minimum, falls keine anderen Gründe für eine weitere Reduzierung, z. B. aufgrund von Kindern, vorliegen). Die Lehrkraft entscheidet sich für ein 5-Jahresmodell. Sie arbeitet vier Jahre 75 % und wird danach ein Jahr freigestellt. Über die gesamte Dauer erhält die Lehrkraft ein Gehalt von 60 %.

Ein entscheidender Punkt bei der Inanspruchnahme eines Sabbatjahres ist die Auswirkung auf das Ruhestandsgeld: Da man insgesamt durch die Regelung ein Jahr weniger arbeitet, reduziert sich damit auch die Dienstzeit um ein Jahr. Für Lehrkräfte, die durch das Studium (welches nur mit zwei Jahren und 125 Tagen angerechnet wird) auf eher weniger Dienstjahre kommen, bedeutet das Sabbatjahr damit fast immer eine Pensionskürzung; braucht man doch 40 volle Dienstjahre, um die volle Pension zu erreichen.

Auch hier ein Beispiel: Eine Lehrkraft, die mit vollem Ruhegehalt mit 67 in den Ruhestand möchte, muss mit spätestens 29 Jahren den Vorbereitungsdienst beendet haben und dann Vollzeit arbeiten. Zeiten wie z. B. im Privatschuldienst, ohne Verbeamtung, zählen dabei nicht. Teilzeittätigkeit, z. B. während der Erziehung von Kindern, verringert auch die Anzahl der (vollen) Dienstjahre.

Bleiben wir bei der oben genannten Lehrkraft, die sich überlegt, ein Jahr früher in den Ruhestand zu gehen. Hier ergäben sich nun zwei Möglichkeiten:

1. Durch das Ansparen eines Freistellungsjahres ein Jahr früher ohne Tätigkeit zu sein. Das Ruhegehalt vermindert sich, da statt 40 nur 39 Dienstjahre erreicht wurden. Statt 71,75 % erreicht man nur noch 70,19 %. Das sind aktuell rund 100 € weniger Pension im Monat.
2. Stattdessen geht man auf Antrag ein Jahr früher in den Ruhestand. Wieder erreicht man nur noch 70,19 %, allerdings wird davon nochmals ein Abschlag von 3,6 % vorgenommen, weil man vor Erreichen der gesetzlichen Altersrente in den Ruhestand geht. Dies wäre ein weiterer Abschlag von rund 160 € im Monat.

Auf den ersten Blick wäre also ein Sabbatjahr besser im Hinblick auf den Ruhestand, doch es gilt hier, genau zu rechnen. Erstens verliert man bis zum Eintritt in den Ruhestand ja ein ganzes Jahresgehalt, das man bis dahin zum Beispiel für die private Altersvorsorge hätte verwenden können, um die Lücke zu schließen. Zweitens bleibt im letzten Jahr die Beihilfe noch beim Satz von 50 %, wenn man sich im Freistellungsjahr befindet. Die höheren Beiträge für die private Krankenversicherung können da schnell rund 2.500 € für dieses Jahr ausmachen. Rechnet man sich das Ganze durch, kommt man schnell darauf, dass man weit über 80 Jahre alt werden muss, damit das Sabbatjahr die bessere Lösung für den früheren Eintritt in den Ruhestand ist.

Es empfiehlt sich für jeden, der ein Sabbatjahr möchte, genau durchzukalkulieren, welche finanziellen Folgen dieses hat - kurzfristig für die Zeit der Durchführung und langfristig für die Pension. Hier hilft der persönliche Versorgungsrechner im Servicebereich des Landesamts für Besoldung und Versorgung.



Da dieser auch nicht alle Fälle genau abdecken kann, werden wir im nächsten realist einen Praxistipp zum Ruhestandsgehalt veröffentlichen. Denn gerade heute folgen Arbeitsbiografien und persönliche Lebensumstände nur noch selten einer geraden Linie.

Was kaum jemand weiß: In der Landesverwaltung wurde mitnichten in allen Bereichen eine gleiche Regelung getroffen. Vielmehr wird in allen Ministerien immer wieder aufs Neue eine Verwaltungsvorschrift erlassen, die festlegt, ob und unter welchen Bedingungen Beschäftigte ein Sabbatjahr nehmen können. In der Kultusverwaltung gibt es gar eine zweite Regelung für den außerschulischen Bereich, die Ende 2026 ausläuft und dann neu verhandelt bzw. festgelegt wird. Ein schönes Beispiel dafür, wie sich die Verwaltung an dieser Stelle lieber mit sich selbst beschäftigt, statt für alle Landesbeschäftigten eine einheitliche Regelung zu treffen. Wenn die neue Landesregierung sich vornimmt, Bürokratie abzubauen, wäre dies ein gutes Beispiel, damit anzufangen. In Verhandlung mit der Arbeitsgemeinschaft der Hauptpersonalräte könnte mit dem Blick auf die bestehenden Verwaltungsvorschriften ein einheitliches Gesetz geschaffen werden und alle untergesetzlichen Regelungen würden entfallen! Und bei dieser Gelegenheit wäre es vielleicht auch überlegenswert, statt dreier Regelungen (Dienstalter, Dienstjahre, Jubiläumszeit) eine Berechnung der erzielten Dienstzeit zu schaffen, die einfach und nachvollziehbar ist.

Tarifverhandlungen 2025/26

Regionalvorverhandlung in Leinfelden-Echterdingen

von Florian Gantner

Nach den Tarifverhandlungen ist vor den Tarifverhandlungen. Seit im öffentlichen Dienst die Bundesländer (außer Hessen) separat mit den Beschäftigtenvertretungen Tarife aushandeln, ist der öffentliche Dienst fast ständig in Verhandlungen. Derzeit sind die Tarifrunden des Bundes und der Kommunen etwa ein Jahr vor denjenigen der Länder, was Vor- und Nachteile hat. Die Beschäftigten der Länder hinken damit der Einkommensentwicklung ständig hinterher, was gerade in der Verwaltung dafür sorgte, dass bei einem besseren Angebot Beschäftigte beim Land kündigten oder es weniger Bewerbungen bei Stellenausschreibungen gab. Auch der Verhandlungsspielraum der Tarifpartner wurde auf Länderebene so geringer. Bei schlechter Konjunktur tendenziell besser für die Beschäftigten, da die Länder kaum noch weiter hinter den Ergebnissen bleiben konnten als zuvor bei Bund und Kommunen.

Die Vorverhandlungen für die aktuelle Tarifrunde begannen 2025 im Herbst mit insgesamt sechs Regionalvorverhandlungen, davon eine in Leinfelden-Echterdingen. Erstmals konnten auch wir hier einen Vertreter in Gestalt meiner Person entsenden. Die Stimmung war insgesamt deutlich: trotz der schwierigen Lage war spürbar, dass die Beschäftigten, insbesondere die Angestellten, unzufrieden sind. Eine Forderung, die auf allen Regionalkonferenzen als wichtig erachtet wurde, ist die stufengleiche Anhebung bei Angestellten. Dies bedeutet, dass Angestellte, analog zu den Beamten, bei einer Beförderung und Feststellung höherwertiger Leistungen, bei der Hebung auf eine höhere Entgeltgruppe nicht gleichzeitig Erfahrungsstufen verlieren. In der Praxis hatte sich so bisher die Beförderung zu Beginn oft kaum ausgewirkt; manchmal bewirkte eine Beförderung teils nur eine Anhebung der Bezüge um etwa 100 €. Ein weiteres Thema waren zudem die untersten Beschäftigtengruppen. Dabei zeigte sich, dass nur noch im Kultusbereich, bei Hotel- und Küchenkräften des ZSL, die Entgeltgruppe 2 (und dies oft nur in Teilzeitbeschäftigung!) zugrunde gelegt wird. Diese Beschäftigten erhalten so oft nur eine Bezahlung, die knapp über dem Existenzminimum liegt.

Insgesamt votierten die Vertreter der Regionalkonferenz dafür, dass eine möglichst kurze Tariflaufzeit von zwölf Monaten, zusammen mit einer Forderung von 7 %, die Basis für die Tarifverhandlungen sein sollen. Die erste Verhandlungsrunde im November war erwartungsgemäß ergebnislos. Düster stimmt, dass bis zum Ende des Jahres 2025 die Ergebnisse der Tarifverhandlungen auf Bundes- und kommunaler Ebene nicht vollständig umgesetzt wurden. Das könnte dann auch auf Länderebene geschehen, insbesondere wenn sich in Baden-Württemberg, parallel zum Ergebnis der Tarifverhandlungen, erst noch eine neue Landesregierung bilden muss. Mit einer Erhöhung der Bezüge, die sich auch auf der Gehaltsabrechnung zeigen wird, ist somit wohl erst im Sommer 2026, gegebenenfalls auch erst später, zu rechnen.



Realschulen als unterschätzte Innovationsmotoren

Was „Jugend forscht“ über die Zukunftsfähigkeit der Realschulen in BW zeigt

Der 60. Bundeswettbewerb „Jugend forscht“ 2025 lieferte mehr als beeindruckende Einzelerfolge engagierter Schülerinnen und Schüler. Das Projekt „Kleine Ferkelei“ der Anne-Frank-Realschule Laichingen zeigt hierzu exemplarisch, welche zentrale Rolle Realschulen für Innovation, Fachkräftesicherung und regionale Wirtschaftsentwicklung in Baden-Württemberg spielen – schade, wie wenig diese Rolle derzeit bildungspolitisch anerkannt wird.

Ein Projekt mit Signalwirkung: praxisnah, wirtschaftsrelevant, realschultypisch

Das vielfach ausgezeichnete Projekt „Kleine Ferkelei“ der Anne-Frank-Realschule Laichingen steht modellhaft für die Bildungsqualität der Realschulen. Drei Schüler entwickelten eine vollautomatisierte Fütterungsanlage für Ferkel, die mechanische Konstruktion, elektronische Steuerung, Sensorik, Programmierung und hygienische Anforderungen intelligent verbindet.

Entscheidend ist dabei nicht nur die technische Raffinesse allein – so beeindruckend sie ist – als vielmehr der Entstehungskontext: So wuchs das Projekt aus dem familiären landwirtschaftlichen Betrieb eines der beteiligten Schüler, wurde in der Schule weiterentwickelt (u. a. mithilfe schulischer 3D-Drucker) und in Eigenarbeit immer wieder optimiert. Genau hier zeigt sich die Stärke der Realschule: Lebensweltbezug, Anwendungsorientierung und systematische Problemlösekompetenz greifen ineinander. Die Realschule ist eben keine „Resteschule“ für all jene, welche an der Bildungsempfehlung fürs Gymnasium scheiterten, sondern vielmehr eine eigenständige Innovationschule, die Theorie und Praxis systematisch verschränkt und Schülern die Möglichkeit gibt, theoretisches Basiswissen innovativ und praxisorientiert anzuwenden.

Leistung auf Augenhöhe – auch im bundesweiten Vergleich

Der Erfolg der „Kleinen Ferkelei“ spricht für sich: So konnten die Schüler im vergangenen April mit ihrem Automatisierungsprojekt zur zeitaufwändigen Ferkelfütterung zunächst den Landessieg in Baden-Württemberg für sich entscheiden. Beim Bundesfinale „Jugend forscht“ in Hamburg erreichten sie dann einen sensationellen 2. Platz und sicherten sich zusätzlich den Sonderpreis Technik der Friedrich Stiftung. Insgesamt winkte den Schülern ein Preisgeld von über 3.500 Euro, eine Einladung beim Bundeskanzler sowie ein Angebot der TU Ulm, die Schüler auf Grundlage ihrer Projektidee beim Gründen eines Startups zu unterstützen.

Bemerkenswert ist, dass diese Platzierungen nicht etwa gegen schwächere Konkurrenz, sondern im Wettbewerb mit Projekten aus Gymnasien, Privatschulen & Hochbegabtenförderprogrammen erzielt wurden. Dass Realschüler hier nicht nur mithalten, sondern Maßstäbe setzen, ist für den RLV kein Zufall, sondern Ergebnis eines Bildungsgangs, der Praxisorientierung gezielt fördert: Realschulen leisten nachweislich Beiträge zur Innovationsfähigkeit des Landes.

Realschulen & regionale Wirtschaft: Eine stille Erfolgsgeschichte

Baden-Württemberg lebt wie kein anderes Bundesland vom Mittelstand, von Handwerk und Industrie, Agrar- und Automatisierungstechnik. Das Projekt der „Kleinen Ferkelei“ zeigt, dass Realschulen genau jene Kompetenzen fördern, die diese Wirtschaftsstruktur benötigt:

- Theoretisches Basiswissen
- Technisches Systemverständnis
- Problemlösefähigkeit unter realen Bedingungen
- Frühe Berufsorientierung



Die Bildungsbiografien der beteiligten Schüler – zwei absolvieren derzeit eine Ausbildung zum Mechatroniker, der dritte bereitet sich auf die Übernahme des elterlichen Landwirtschaftsbetriebes vor – verlaufen bruchlos in Engpassberufe hinein. Realschulen sind damit faktisch Innovations- und Fachkräfteschmieden, ohne diesen Status offiziell zu besitzen. In Anbetracht der bildungspolitischen Entwicklung der vergangenen 15 Jahre zeigt diese Erfolgsgeschichte deutlich: Wer Realschulen schwächt, verhindert auch die wirtschaftliche Zukunft des Landes.

Der blinde Fleck der Bildungspolitik

Denn: Trotz solcher Erfolgsgeschichten bleiben Realschulen im bildungspolitischen Diskurs Baden-Württembergs mittlerweile eher unerwähnt, unterbewertet und – wenn man die bildungspolitischen Pläne der aktuellen Landesregierung betrachtet – leider auch ungewollt.

Dabei sind es gerade die engagierten und gut ausgebildeten Realschullehrkräfte, die über Kompetenzen verfügen, praxisorientierte Projekte wie „Jugend forscht“ zu fördern; es eben nicht nur als zusätzlichen Aufwand zu sehen, sondern vielmehr als integralen Bestandteil ihres Unterrichts zu implementieren und – wie das Projekt der „Kleinen Ferkelei“ zeigt – auch Erfolg damit zu haben.



Nicht zuletzt deshalb fordert der RLV weiterhin, eine bereits an den PHs beginnende, zielgerichtete Realschullehrerausbildung.

Fazit: Realschulen stärken, heißt Innovationskraft sichern

Das Beispiel der „Kleinen Ferkelei“ ist mehr als eine Erfolgsgeschichte einzelner Schüler. Es ist eine bildungspolitische Argumentationsgrundlage im besten Sinne: So sind Realschulen in Baden-Württemberg eben keine nachgeordneten Bildungseinrichtungen oder Auffangbecken, sondern eigene aktive Innovationsorte, die einen konkreten Beitrag zur regionalen Wertschöpfung leisten, indem sie junge Menschen früh an reale, technische und wirtschaftliche Fragestellungen heranführen. Erfolge, wie im Wettbewerb Jugend forscht, machen

sichtbar, was im politischen Diskurs um die Realschule oft zu wenig Anerkennung erfährt: Realschulbildung ist leistungsstark, praxisnah und vor allem zukunftsrelevant.

Was aktuell fehlt, ist die politische Anerkennung und strukturelle Unterstützung. Es ist deshalb umso wichtiger, solche Beispiele offensiv in die bildungspolitische Debatte einzubringen, als Beleg dafür, dass die Realschule kein Auslaufmodell, sondern ein Zukunftsmodell ist.

Anne-Frank-Realschule
Laichingen (SSA Biberach)
Mörikestraße 10 / 89150 Laichingen

Würth Bildungspreis

Der Würth Bildungspreis fördert Schulprojekte, in denen Schülerinnen und Schüler selbstbestimmt, eigenverantwortlich und teamorientiert auf die Bewältigung ökonomisch geprägter Lebenssituationen vorbereitet werden. Insbesondere Projekte, die unternehmerisches Denken und Handeln in den Mittelpunkt stellen, werden unterstützt. Dabei ist unternehmerisches Denken und Urteilen weit gefasst. Die ausgewählten Projektideen erhalten ein Startkapital von 7.000 Euro für Sachmittel und fachliche Unterstützung.

Allgemeinbildende weiterführende Schulen können sich bis zum **30. Juni 2026** um eine Nominierung für den Würth Bildungspreis im Schuljahr 2026/27 bewerben.



Zur Website des
Kompetenzzentrums
Ökonomische Bildung



Stiftung WÜRTH x Kompetenzzentrum ÖKONOMISCHE BILDUNG

Zeichen einer bemerkenswerten Realschulgemeinschaft

Weihnachtsmarkt an der Realschule Weil der Stadt

Der hauseigene Weihnachtsmarkt an der Realschule in Weil der Stadt ist fast so alt wie die Realschule selbst. Bis hinein in die 70er Jahre verkörpert diese Art von Feier ein Schulfest der ganz besonderen Art, welches für Gemeinschaft, Zusammenhalt, Miteinander & den Gedanken an andere steht.

Der Samstag vor dem ersten Advent ist somit ein fester Termin für viele Menschen, die mit der Realschule Weil der Stadt verbunden sind oder einfach gemütliche Stunden auf einem schönen und besinnlichen Weihnachtsmarkt verbringen wollen. Ehemalige Lehrer und Schüler der vergangenen Jahrzehnte treffen auf die aktuellen

Wie so viele Dinge verlor der Markt durch das Coronavirus und die getroffenen Maßnahmen seine Selbstverständlichkeit. Aufgrund der Schulschließungen konnte es natürlich keinen Markt geben. Doch wie sollte es danach weitergehen? War der Markt noch zu stemmen, als nach und nach das Schulleben langsam wieder in geordneten Bahnen lief? Es stellte sich die Frage, ob die große Bereitschaft der Schulgemeinschaft noch gegeben ist. Möchten und können die Schüler, Eltern und Lehrer diesen Kraftakt noch stemmen und dafür auch in ihrer Freizeit aktiv werden? Ferner gab es ganz pragmatische Probleme. Die sonst genutzten Kartenstände für die schön gestalteten Verkaufsflächen waren ebenso wie weitere Materialien nicht mehr vorhanden. Kurzum: Man nahm 2023 einen neuen Anlauf, den Markt wieder auf die Beine zu stellen, was im gesamten kommenden Jahr die ganze Stärke der Realschule zeigte.



Seit jeher wurde in der Schule in Abstimmung mit Eltern, Schülern und Lehrern geplant, im Unterricht und darüber hinaus in nachmittäglichen Gruppen gebastelt, hergestellt und geprobt, sodass sich das hochwertige Angebot an den Ständen, zusammen mit dem Weihnachtsmarkt, einen Namen in der Stadt und darüber hinaus machte. Die hochwertigen Adventskränze zum Beispiel sind teilweise schon vor dem Markt reserviert und für die einzelnen Klassen kommt immer ein guter Beitrag für die Klassenkasse zusammen. Auch der soziale Gedanke fließt stets in dieses Fest mit ein. So trifft sich hier nicht nur Jung und Alt, sondern ein Drittel der Einnahmen geht an soziale Projekte. In den letzten beiden Jahren konnte man das Projekt „fairWandlung“ in seiner Entstehung 2025 unterstützen. Diese sozialtherapeutische Jugendhilfeeinrichtung bietet bis zu 20 Mädchen in prekären Lebenslagen ein Zuhause in einer liebevollen Wohngruppe. Freudig konnten wir einige der Mädchen und Mitarbeiterinnen zum Weihnachtsmarkt 2025 auch als Besucher begrüßen.

Akteure der Schule und es kommt zu anregenden Gesprächen im Weihnachtscafé, bei Speisen und Getränken im Freien oder zwischen den Angeboten der Klassen, unterbrochen durch besinnliche und beeindruckende Beiträge von Sängern, Musikern und weiteren Darbietungen der kleinen und großen Talente unter den Schülern.

So schrieb die Vorsitzende des Seniorenrates: „Am Samstag war ich wieder auf dem Weihnachtsmarkt in der Realschule. Ich komme schon seit vielen Jahren immer gerne. Es gibt tolle Sachen zu kaufen, leckere Dinge zu essen, musikalische Darbietungen und schöne Gestaltung. Dieses Mal habe ich zusammen mit meinem Mann gesagt, es ist ein wirklich tolles Projekt mit viel Integration von Eltern, Schülern und Schülerinnen, mit unterschiedlicher Herkunft und Religion. Es kommen viele Menschen aus Weil der Stadt. Ich weiß, wie viel Arbeit und Engagement von Lehrern und der ganzen Schulgemeinde darin steckt. Ganz herzlichen Dank dafür!“

Konnte man sich 2023 mit den geliehenen Marktständen unserer Partner und Freunde der Würmtalschule (WRS) behelfen, so entstanden über das Jahr 2024 mit großem Engagement aller am Schulleben beteiligten Personen und darüber hinaus neue, wunderschöne Marktstände. Die ersten beiden eigenen Stände entstanden direkt in den Projekttagen am Ende des Schuljahres 2023. Schüler und Lehrer der Schule bauten nach dem Vorbild der im letzten Jahr ausgeliehenen Stände gemeinsam die Stände nach. Zwei großartige Stände konnten im Projekt gefertigt werden. Materialbeschaffung, wirtschaftliche Kalkulation, technische Fertigkeiten – all diese Dinge waren gefragt und wurden geschult. Doch ebenso stand folgende Frage im Raum: Wie kommen wir an weitere Stände für unsere Schule? Die Kosten für Holz, Beschläge usw. sind nach Corona explodiert! Wie können wir neben dem Unterricht weitere Stände außerhalb der Projekttag erstellen? Waren wenigstens zwei bis drei weitere Stände in Anbetracht dieser Fragen möglich?



von Andreas Bogner, Realschule Weil der Stadt

Die Antwort auf alle diese Fragen lautete „ja“ und alle Erwartungen konnten durch eine gemeinschaftliche Aktion übertroffen werden.



Während der Elternabende zu Schuljahresbeginn hatten wir unsere Eltern gebeten, beim Bau der Stände gemeinsam mit ihren Kindern zu unterstützen. Die Rückmeldungen waren überwältigend. Eltern und auch Großeltern erklärten sich zusammen mit Schülern bereit, sowohl die Stände zu bauen als auch die Stoffdächer zu nähen.

Unsere Fachschaft Technik überarbeitete die Stände und konnte dadurch massiv an Kosten und Material einsparen, ohne die Qualität der Stände zu verschlechtern. Es entstanden Zeichnungen und Bilder vom

Herstellungsprozess, die zu einer Bauanleitung zusammengefasst werden konnten. Mit großem Engagement wurde in vielen Stunden das Material zur Abholung vorgefertigt und bereitgestellt.

Für die Stoffdächer erstellte die Mutter eines Schülers gemeinsam mit der Fachschaft AES ebenfalls eine Vorlage und nähte gleich fünf Dächer selbst. Viele weitere Mütter, Väter, Omas und Opas sowie Schüler unserer Schule nähten, bohrten, schraubten und stellten somit letztendlich 17 Stände für unsere Schule her. Ein weiteres Mal unterstützte uns auch unser Förderverein äußerst großzügig mit 750 Euro bei der Anschaffung der Stoffe für die Dachbespannung. Die Stände werden uns viele Jahre nicht nur an der Schule gute Dienste leisten, denn neben dem Weihnachtsmarkt gibt es weitere Einsatzmöglichkeiten. So wurden die Stände auf der hauseigenen Ausbildungsmesse ebenso verwendet, wie dem Schulträger für eine Veranstaltung zur Verfügung gestellt.

Die Geschichte rund um den Weihnachtsmarkt der Realschule steht sinnbildlich für eine großartige Schulgemeinschaft und die ganze Stärke der Realschulen. Berufsorientierung, wirtschaftliche Aspekte, technische Fähigkeiten, soziales

Miteinander und Verantwortung, gemeinsame Absprachen, künstlerische Darbietungen, Problemlösung, handwerkliches Geschick, Koch- und Backkünste und so vieles mehr. All dies lässt sich treffend als ein Mit- und Füreinander in der Schulgemeinschaft mit Beteiligung aller Fachschaften zusammenfassen und ist nur ein Beispiel von vielen gelungenen Dingen in unseren Realschulen.

Wir leben
(und lieben)
Realschule!

Realschule Weil der Stadt
(SSA Böblingen)
Jahnstraße 12
71263 Weil der Stadt





7 Ottmar-Mergenthaler-RS
Vaihingen-Enz



8 Maximilian-Lutz-RS
Besigheim



9 RS am Karlsberg
Crailsheim



10 RS Rheinmünster



11 Konrad-Adenauer-
RSPforzheim



12 RS Niefern
Kirnbachschule



13 RS Bissingen



14 Albertville-RS
Winnenden



15 Robert-Schuman-
RS Achern



16 Wilhelm-Ganzhorn-
Schulen Straubenhardt



17 Christiane-Herzog-RS
Nagold



18 RS Althengstett



19 RS Ditzingen



20 Freihof-RS
Kirchheim unter Teck



21 RS Erbach (Donau)



22 RS Seelbach



23 Heinrich-Hansjakob-RS
Elzach



24 RS Schramberg



25 RSEhingen



26 Lammerberg-RS
Tailfingen



27 RS Gammertingen



28 Anne-Frank-RS
Laichingen



29 Friedrich-Adler-RS
Laupheim



30 RS Schömburg



31 Max-Weishaupt-RS
Schwendl



32 RS Bad Dürkheim



33 RS Gosheim-
Wehingen



34 Grafen-von-Zimmern-
RS Meßkirch



35 Dollinger-RS
Biberach an der Riß



36 RS Ochsenhausen



37 RSErolzheim



38 RS Jestetten



39 Gerhard-Thielcke-
RS Radolfzell



40 RS Überlingen



41 RS Ravensburg



42 Jakob-Emele-RS
Bad Schussenried



43 RS Wangen



44 Daniel-Straub-RS
Geislingen



45 Geschwister-Scholl-
RS Riedlingen



46 RS Hechingen



47 RS Horb



48 RS Neuffen



49 Ludwig Uhland Grund- und RS
Heimsheim



50 Anna-Essinger-Realschule
Ulm



51 RS Meßstetten



52 RS Weil der Stadt

Über 400
mal im Land!



Ehrungen 2. Halbjahr 2025

40 Jahre RLV-Mitglied Helmut Fessler, Maselheim-Ellm

50 Jahre RLV-Mitglied
ein halbes Jahrhundert

Winfried Huch, Reutlingen

Geburtstage 2. Halbjahr 2025 · Wir gratulieren ...

den 65-jährigen:

Thomas Huber, Mosbach
Renate Schäfer, Zimmern a.d.B.
Karin Kesselburg, Offenburg

den 70-jährigen:

Sigrid Baur, Rottenburg
Walter Dill, Heilbronn-Böckingen
Bernd Riestler, Oberdisingen
Marion Österle, Friedrichshafen
Marion Frank, Mannheim - Edingen

den 75-jährigen:

Gerhard Bruns, Oberndorf
Friedl Schneck, Rottenburg
Maren Maier, Esslingen

den 80-jährigen:

Eberhard Stärker, Grossbottwar
Annemarie Vöhringer, Mosbach

den 85-jährigen:

Eugen Schüssele, Lahr
Ilse Werner, Bad Säckingen
Gertrud Seeberger, Albstadt
Ingrid Rufflar, Bonn

den hochbetagten Mitgliedern:

Günter Langner, Albstadt • zum 90. Geburtstag
Gertrud Hensle, Heddesheim • zum 90. Geburtstag
Anton Maier, Gammertingen • zum 91. Geburtstag
Andreas Gückel, Mühlingen-Gallmannsweil • zum 92. Geburtstag
Klaus Voigt, Ettlingen 5 • zum 93. Geburtstag
Manfred Weber, Salach • zum 95. Geburtstag
Irmgard Bredschneider, Graben-Neudorf • zum 104. Geburtstag



Das Alter ist ein höflich' Mann:
Einmal übers andre klopft er an;
Aber nun sagt niemand: Herein!
Und vor der Türe will er nicht sein.
Da klinkt er auf, tritt ein so schnell,
Und nun heiß't's, er sei ein grober Gesell.

Johann Wolfgang von Goethe

I M P R E S S U M

Herausgeber

Realschullehrerverband
Baden-Württemberg RLV

Geschäftsstelle Christine Blodig

Zeisigweg 11 · 72218 Rottenburg am Neckar
Telefon: 0176 31 27 24 03 · info@rlv-bw.de

Redaktion „Realist“

Ralf Merkle (Chefredakteur),
Anton Blank, Kerstin Curth-Wegst

Redaktionsanschrift

Landesgeschäftsstelle Realschullehrerverband BW

Leserbriefe an: leserbriefe@rlv-bw.de

Bitte nur mit vollständigem Namen + Adresse. Die
Redaktion behält sich eine Veröffentlichung und ggf.
Kürzung vor. Die Veröffentlichung erfolgt ohne Adress-
angabe, nur Name und Wohnort werden veröffentlicht.

Verbreitungsgebiet Baden-Württemberg

Layout · Produktion

Seeger-Werbung GmbH & Co. KG
Keplerstraße 13 · 72250 Freudenstadt
T: 07441 8857-0 · www.seeger-werbung.de

Bilder · Fotos · Grafiken

Alle Bildrechte (soweit nicht anders vermerkt): RLV BW

Neujahrsgriße: Dr. Karin Broszat

Außerschulischer Lernort: Gemeinde Frickingen

BW vor der Landtagswahl:

M. Hagel: CDU BW;
A. Stoch: SPD BW;
Dr. U. Rülke: FDP/DVP-Fraktion im Landtag von BW

Realschulen als unterschätzte

Innovationsmotoren:
Anne-Frank-Realschule Laichingen

Zeichen einer bemerkenswerten

Realschulgemeinschaft:
Realschule Weil der Stadt

AdobeStock:

Seite 27: ©Nuthawut_407185510
Seite 31: ©Svitlana_618646964
Seite 32: ©666309567
Seite 54: ©kerbspix_24278814
Seite 20: ©Günter Albers_172193233

Urheberrecht

Alle abgedruckten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck oder anderweitige Verwendungen nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers.

Haftung

Der Inhalt dieses Hefts wurde sorgfältig erarbeitet. Redaktion Autoren und Herausgeber übernehmen keine Haftung für die Richtigkeit von Angaben, Hinweisen und Ratschlägen sowie für eventuelle Druckfehler.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers oder der Redaktion wieder.

Beiträge und Zuschriften erbeten an Chefredaktion.

Für unverlangt eingesandte Beiträge wird keine Verantwortung, für unverlangt eingehende Bücher, Schriften oder Arbeitsmittel keine Verpflichtung übernommen. Rücksendung erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.



#ZukunftImGriff

Bewerbungsunterlagen wie für Schüler:innen gemacht.

berry2b begleitet Schüler:innen Schritt für Schritt beim Schreiben von Bewerbungen – verständlich, nachvollziehbar und ohne Vorwissen.

- ✓ Klare Anleitung statt leeres Blatt
- ✓ Ideal für Berufsorientierung & Bewerbungstraining

Neugierig, wie das im Unterricht aussehen kann?

Jetzt QR-Code scannen

home.berry2b.com/schulen



Beispiel: Anschreiben im Unterricht erarbeiten



Anschreiben Generator

Schritt für Schritt zum professionellen Anschreiben

Wichtige Hinweise für dein Anschreiben

- ✓ Sprich möglichst eine konkrete Ansprechperson an. Das wirkt persönlicher.
- ✓ Zeige, dass du dich mit der Stelle und dem Unternehmen beschäftigst hast.
- ✓ Formuliere kurz, klar und überzeugend.

Anschreiben erstellen

-  **Kopf** (Empfänger, Betreff, etc.)
-  **Einleitung** (Warum ich?)
-  **Hauptteil** (Was bringe ich mit?)
-  **Schluss** (Verabschiedung + Wunsch)



BBW
Beamtenbund
Tarifunion

BB
Bank
Better Banking

Besser finanzieren mit unserem besten BBBank-Zins¹

Sie haben große Pläne? Dann haben wir die passende Baufinanzierung.
Als Hausbank des BBW bieten wir Ihnen individuelle Beratung und
unseren aktuell besten BBBank-Zins¹.

Exklusiv für
BBW-Mitglieder
und ihre
Angehörigen



Jetzt informieren

www.bbbank.de/bbw oder Mail zum Thema
Baufinanzierung für BBW-Mitglieder an
baufinanzierung@bbbank.de

¹ Sie legen der BBBank vor Darlehensvertragsabschluss ein personalisiertes, aktuelles (nicht älter als fünf Bankarbeitstage) und verbindliches Konkurrenzangebot eines Kreditinstituts mit Sitz in Deutschland mit konkreten Parametern (Zinsart – variabel/fest, Zinsbindung, Rate/Tilgung, Immobilie und Sondertilgungsoptionen) vor. Dieses muss dieselben Parameter enthalten wie das künftige Darlehen, das mit der BBBank geschlossen werden soll. Die BBBank wird Ihnen sodann ein entsprechendes Angebot mit einem günstigeren Zinssatz unterbreiten. Sollte die BBBank die Kundenbonität oder Sicherheitenbewertung anders bewerten als das Kreditinstitut, das das Vergleichsangebot erstellt hat, kann sie die Darlehensvergabe ablehnen. Dieses Angebot gilt ausschließlich für Produkte, die im Leistungsangebot der BBBank enthalten sind. Änderungen, Anpassungen oder die Einstellung des Angebots bleiben vorbehalten.